

ENTWURF
EINES
STRAFGESETZBUCHES
FÜR
STAATSGEBIETE
DES
DEUTSCHEN BUNDES,
VON
FRIEDRICH KARL VON STROMBECK.

UND WIEDER VERBESSERTER AUFLAGE.

BRAUNSCHWEIG,
VERLAG VON FRIEDRICH VIEWEG.

MDCCCXXXIV.

UB Braunschweig

84



2301-220-8

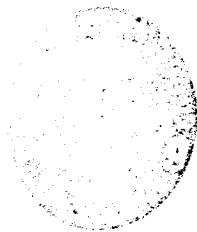
E N T W U R F
E I N E S
STRAFGESETZBUCHES
F Ü R
STAATSGEBIETE
D E S
DEUTSCHEN BUNDES,
V O N
FRIEDRICH KARL VON STROMBECK

ZWEITE, HIN UND WIEDER VERBESSERTE AUFLAGE.

BRAUNSCHWEIG.

VERLAG VON FRIEDRICH VIEWEG.

MDCCCXXXIV.



RIEDT VIEWEG & CO. K.G.
BRAUNSCHWEIG

V O R R E D E

Z U R Z W E I T E N A U F L A G E .

In diese zweite Auflage meines *Entwurfes eines Strafgesetzbuches* bedeutende Veränderungen aufzunehmen, habe ich mich nicht bewogen finden können. Nur einige Artikel haben Abänderungen erlitten, meist aus dem Umstande herbeigeführt, daß man ihre Bestimmungen, vielleicht nicht ohne meine Schuld, mißverstanden hatte. Dieses war z. B. mit dem Art. 35 der Fall, in welchem nichts weniger als *aristocratische* (wie man jetzt sagt), sondern nur *humane* Gesinnungen ausgedrückt seyn sollten. In andern Stellen habe ich eine gerügte Undeutlichkeit nicht erkannt. Der Leser findet demnach, bis auf Weniges, die alte Arbeit, und diese ist das

Resultat einer langjährigen Beschäftigung, als Richter in der obersten Instanz, mit Strafsachen. So mag es kein Vorwurf werden, daß das Werk, nach langem Nachdenken über den Gegenstand, in wenigen Monaten niedergeschrieben wurde.

Noch jetzt bin ich der Meinung, daß die *Todesstrafe* in Deutschland jetzt wenigstens entbehrlich sey: eingestehend jedoch, daß es *zweifelhaft* seyn kann, ob ein *Mörder* ferner, selbst als ein bürgerlich Todter, unter den Lebenden wandeln dürfe. Auch möchte ihm, der *selbst* den Tod als Sühnung herbeirufen muß, ein *Leben*, wie ich es ihm bestimmte, als zur Verzweiflung führend — eben weil er ein *Mörder* ist — zu gräßliche Strafe seyn. Wer hier, aus diesen oder entgegengesetzten Gründen, bestimmte Meinung für die Nothwendigkeit der Todesstrafe hat, möge im Art. 338 vor dem Worte »*Tod*« das Wort »*bürgerlicher*« streichen. Selbst wenn dieses auch an andern Orten Statt fände, würde die Straf-Scala meines Entwurfes im Übrigen nicht verändert zu werden, erfor-

derlich seyn: daher ich ihn denn auch dort für nicht unanwendbar erachten kann, wo man überzeugt ist, die Todesstrafe beibehalten zu müssen.

Dafs ich den *Titel* meines Buchs veränderte, wurde dadurch herbeigeführt, dafs man mich darauf aufmerksam machte, weswegen ich eine andere Strafgesetzgebung für Norddeutschland und eine andere für Süddeutschland zu wünschen schiene: beide Hälften — wenn hier eine trennende Grenze überall denklich sey, welches zu leugnen — bildeten das grofse schöne Vaterland des Deutschen.

Schließlich wird es mir wohl erlaubt seyn, zu äufsern, dafs mir das vorliegende Werk die Quelle gröfser und edeler Freuden wurde. In meinem Vaterlande ist es nicht ganz ohne Wirksamkeit geblieben, wie ich in den Arbeiten der hiesigen Rechtsgelehrten oftmahls wahrnehme; es hat mich in Verhältnisse des freundschaftlichen Wohlwollens mit den edelsten Männern Deutschlands und Frankreichs gebracht: ja es wurde die Veranlassung, dafs Rufs-

lands erhabener Monarch meine Bemühungen, das Beste der Menschen zu befördern, anerkannte und kaiserlich belohnte.

Wolfenbüttel, im Mai 1834.

F. K. von Strombeck.

V O R R E D E

Z U R E R S T E N A U F L A G E .

Bei der Ausarbeitung des vorliegenden *Entwurfes eines Strafgesetzbuches* hatte ich zwar im Allgemeinen ein *Nord-deutsches Staatsgebiet* vor Augen, vorzüglich jedoch *das Herzogthum Braunschweig*, welches ich unter allen Deutschen Ländern am genauesten kenne, da ich in diesem, meinem Vaterlande, fast ausschliessend mein Leben hingebracht habe.

Der Culturzustand dieses Landes (der des übrigen Norden von Deutschland ist wohl im Wesentlichen derselbe), grossentheils hervorgegangen aus den Bemühungen einer langen Reihe wahrhaft landesväterlicher Fürsten ¹⁾, ist von

¹⁾ Die Mehrheit der Herzoge von Braunschweig-Wolfenbüttel, seit der Reformation, gehörte nicht allein zu den besten Regenten im deutschen Vaterlande, sondern auch zu den *Gelehrten*.

der Beschaffenheit, daß grausame und die menschliche Natur hinabwürdigende Strafen hier sehr unzweckmäfsig erscheinen würden ²⁾. Daher fand sich denn auch *des jetzt regierenden Herrn Herzogs von Braunschweig Durchlaucht* bewogen, bereits unter dem 26^{sten} Julius 1827 zu verordnen:

»Die Strafe der öffentlichen Ausstel-
 »lung soll allein bei Bestrafung des
 »Meineides Statt finden, und wird so-
 »dann die Natur einer Ausstellung am
 »Schandpfahl annehmen;«

desgleichen:

»körperliche Züchtigung soll bei er-

S. Byttemeister: *Commentarius historicus de augustae domus Brunsvigio - Lunenburgensis meritis in rem literariam*. Helmst. 1730. 4.

Versuch einer Nachricht von den gelehrten Herzogen und Herzoginnen von Braunschweig. Braunschweig, bei Schröder. 1790. 8.

Herzog *August*, der unsterbliche Stifter der jetzt regierenden Linie, corrigirte eigenhändig die Druckbogen der von ihm selbst abgefaßten Verordnungen, wie noch vorhandene Exemplare beweisen.

²⁾ Von Strafen dieser Art, wären sie auch durch veraltete Gesetze angedroht, kommt seit langer Zeit in den Braunschweigischen Landen keine zur Anwendung, wie denn auch die Tortur seit länger als einem halben Jahrhundert nicht angewendet ist.

»wachsenen Personen gänzlich weg-
»fallen.« ³⁾

Nicht der geringste Nachtheil für öffentliche Sicherheit ist aus diesen Verordnungen hervorgegangen ⁴⁾; Jeder, dem Veredlung der Menschen am Herzen liegt, erkennt aber darin den Beweis der Humanität, welche die Gegenwart von einer rohern Vergangenheit auch in den Gesetzen zu unterscheiden weifs ⁵⁾.

³⁾ Nach öffentlichen Nachrichten sollen in der künftigen Preussischen Legislation körperliche Züchtigungen ebenfalls wegfallen.

⁴⁾ Hier wäre also der *Versuch* glücklich gemacht, den von Zeiler in *Wagner's* Zeitschrift für Österreichische Rechtsgelahrtheit (Wien, 1825, 1. Jahrg. Nro. XI, S. 172) wünscht, und wobei *Mittermaier* (im neuen Archiv des Cr.-Rechts, X, 1, S. 153) mit Recht bemerkt: »Es ist nicht redlich von Seiten einiger neuen Vertheidiger der körperlichen Züchtigungen, daß sie immer noch von *empfindsamen Theoretikern*, als den Gegnern der Züchtigungen, reden, und ganz davon schweigen, daß einer der ehrwürdigsten Praktiker, dessen erhabene Stellung eine reichhaltige Beobachtung ihm möglich machte, v. *Zeiler*, gegen die Züchtigungen sich erklärt, und meint, daß eines *Versuchs der Gegenstand* doch *werth sey*.«

⁵⁾ *Più forti, e sensibili devon essere le impressioni sugli animi induriti di un popolo a pena uscito dallo stato selvaggio. Vi vuole il fulmine per abbattere un feroce Leone, che si rivolta al colpo del fucile. (Beccaria.)*

Nach dem classischen, mehrfach gekrönten Werke des Französischen Rechtsgelehrten *Charles Lucas* ⁶⁾, und nach dem, was Deutsche Gründlichkeit und Gelehrsamkeit über die *Zulässigkeit der Todesstrafen* verhandelt hat, *hier* etwas über diesen Gegenstand ausführen zu wollen, scheint überflüssig ⁷⁾. Wer mit Aufrichtigkeit Belehrung sucht, wird in jenen Ausführungen Überzeugung finden; aber auch denen wird sie nicht fehlen, welche so organisirt sind, daß sie solche nur durch ihnen vor Augen tretende *Thatsachen* erhalten können. Nie waren in *Toscana* weniger Verbrechen zu bestrafen, als unter *Leopolds*

⁶⁾ *Du système pénal, et du système répressif en général, de la peine de mort en particulier. Ouvrage couronné à Genève et à Paris. Paris 1827. 8. LXXXVIII und 407 Seiten. — Destutt de Tracy in der Französischen Deputirten-Cammer, Sitzung vom 28sten Febr. 1829.*

⁷⁾ Vergl. *Vom Justizmorde*, ein Votum der Kirche. Untersuchung über die Zulässigkeit der Todesstrafe aus dem christlichen Standpuncte, S. 41 — 57. Die entgegengesetzte Meinung ist vertheidigt in *Rofshirts* vortrefflichem, eben erschienenen Werke: *Entwicklung d. Grundsätze d. Strafr. n. d. Quellen des deutschen R.* S. 453.

milden Gesetzen, der die Todesstrafe abschaffte ⁸⁾).

Ich füge also nichts hinzu, als: in den Gegenden Deutschlands, welche dieser Entwurf eines Strafgesetzbuches berücksichtigte, ist die Todesstrafe wenigstens *entbehrlich* ⁹⁾. Diefs muß dem *Rechtsgelehrten* hinlänglich seyn, für ihre Abschaffung zu stimmen, dem *Gesetzgeber*, diese zu beschließen. Es schien mir aber der *Deutschen Fürsten*, deren Gebiete das Titelblatt nennt, würdig, die öffentliche *Blutrache* in ihren Gesetzbüchern zu tilgen, und mit diesem Lorber des Siegs über Vorurtheile ihre fürstlichen Häupter zu schmücken. *Kein Rechtsnachtheil wird aus dieser Milde entstehen* ¹⁰⁾; diefs

⁸⁾ Lucas, l. c. S. 358.

⁹⁾ *Ogni atto di autorità di uomo ad uomo, che non derivi dall' assoluta necessità è tirannico. Beccaria de delitti e delle pene § 2.*

¹⁰⁾ » *L'expérience a fait remarquer que dans les pays où les peines sont douces, l'esprit du citoyen en est frappé, comme il est ailleurs par les grandes.*» Montesquieu, de l'esprit des lois, Chap. XII. Wie sehr hat die Erfahrung Alles das, welches in diesem Capitel gesagt ist, bestätigt!

darf ein Richter sagen, der seit vielen Jahren in der höchsten Instanz, unter der Mitberathung großer und würdiger Rechtsgelehrten, das Strafamt ausübte ¹¹⁾). Ich setzte den *bürgerlichen Tod* ¹²⁾ an die Stelle des physischen; dem Verbrecher ein gewiss größeres Übel: — »*multi enim sunt, qui mortem, ut requiem malorum, contemnunt, et graviter expavescent ad captivitatem,*« um mit *Seneca* zu reden; — aber ein menschlicheres ¹³⁾). — *Hier* ist es möglich, den Todten in das Leben zurückzurufen, wenn des Richters Irrthum (und ist er nicht ein Mensch? — wurde nie ein Unschul-

¹¹⁾ Ich glaube nicht nöthig zu haben zu versichern, daß ich, als Richter, die Gesetze beobachtend, auf den Tod stimmte, wenn die Gesetze den Tod forderten. Doch mit Widerwillen. Ich selbst faßte Todesurtheile ab, und unterschrieb sie: aber mit welcher Empfindung! —

¹²⁾ Was gegen diesen geschrieben, ist mir nicht unbekannt. *Hier* steht aber diese Strafe isolirt, als Ersatz der Strafe des physischen Todes, nicht als Folge einer andern Strafart. — Über den bürgerlichen Tod als Criminalstrafe, von *Kleinschrod*. Im Neuen Archive des Cr.-Rechts, B. I, S. 65.

¹³⁾ *Die Weisheit Salomonis*, Cap. 1, V. 13. 14. »Gott hat nicht Lust am Verderben der Lebendigen: sondern er hat alles geschaffen, daß es im Wesen seyn sollte.«

diger aus Irrthum zum Tode verurtheilt?) dieses nothwendig macht.

Führt wohl ein Zeugenbeweis, ein Urkundenbeweis, oder selbst das eigene Bekenntniß, zu *unbedingter* Gewissheit? — Man denke nur an die Tausende der Unglücklichen, die nicht nur im peinlichen Verhöre, sondern auch im göttlichen, das Verbrechen der Zauberei eingestanden! — »Um eine Bürgschaft zu erhalten, daß die richterliche Überzeugung auf allgemein gültigen Gründen beruhet habe, fordern die neueren Gesetzgebungen ¹⁴⁾ zur Verurtheilung auf harmonisch zusammentreffende *Indicien* eine größere Stimmenanzahl; aus einer gewissen Ängstlichkeit, die den Irrthum der Richter, im Fall der Entdeckung desselben, dann nicht mehr gut machen zu können weiß, gestat-

¹⁴⁾ Königl. *Hannoverische* Verordn. d. d. 25sten März 1822, § 5 und 6. Fürstl. *Schaumburg-Lippische* Verordn. d. d. 11ten Sept. 1828, § 5 und 6. Diese Verordn. stimmt mit der *Hannoverischen* im Wesentlichen überein. Die gemeinschaftliche Quelle ist unstreitig das Strafgesetzbuch für *Baiern*, II. Theil, vom Proceß in Strafsachen, Cap. VI, Art. 308 ff.

ten sie aber (freilich nicht sehr consequent) die Verurtheilung zur *Todesstrafe auf Indicien nicht.*¹⁵⁾ — Dieses findet sich in allen neuern Gesetzbüchern. — Also *hier* war der Gesetzgeber ängstlich, eine Strafe zu erkennen, die jede Art der Genugthuung ausschloß? — Aber ist denn wohl ein *Zeugenbeweis* dem Philosophen ein besserer, als ein Beweis durch *Indicien*? — Finden sich nicht in jedem Strafgesetz-

¹⁵⁾ *Mittermaier's* Deutsches Strafverfahren, I, Seite 279. *Pfeiffer's* pract. Ausführungen aus allen Theilen der Rechtswissenschaft, B. II, Nro. 15. Der Verf. giebt hier zu, daß wenn der künstliche Beweis vollständig geführt sey, der Theorie nach auch auf die gesetzliche Strafe erkannt werden müsse, rechtfertigt dagegen die Praxis, welche hinsichtlich der Todesstrafe eine Ausnahme macht, da nach so vielen Beispielen, wo auf eine kaum glaubliche Weise die Unschuld eines auf vollständigen actenmäßigen Beweis Verurtheilten späterhin an den Tag gekommen ist, der Richter es möglichst vermeiden müsse, auf bloße, wenn gleich noch so dringende und überzeugende Anzeigen, ohne Geständniß des Angeklagten und ohne Zeugenbeweis, über die Begehung der That, eine Strafe zu erkennen, welche ihm die Möglichkeit entzöge, dem Verurtheilten, nach etwa noch entdeckter Unschuld desselben, wenigstens die *der Lage der Sache nach ausführbare* Wiederherstellung und Schadloshaltung angedeihen zu lassen. — Wer kann aber leugnen, daß es viele künstliche Beweise giebt, die mehr überzeugen, *als der so misßliche Zeugenbeweis*? —

buche Bestimmungen gegen *falsche Zeugen*? — Also muß es doch solche geben. Gab es nicht sogar Menschen, die, dem Tode sich weihend, falches Zeugniß gegen sich selbst ablegten? — So lasset uns denn auf alle Criminalfälle ausdehnen, was alle Gesetzbücher bei der Verurtheilung auf *Indicien* bestimmten: denn nur *Indicien* sind dem Philosophen Zeugenbeweis und eigenes Bekenntniß. — Auch kömmt gewiß eine Zeit, wo man eben so staunen wird, daß es möglich war, öffentlich einen Menschen vom Leben zum Tode zu bringen, als man jetzt staunt, wie es möglich gewesen, die *Tortur* anzuwenden, oder einen Menschen tagelang, mit zerbrochenen Gliedern, auf dem Rade jammern zu lassen. — Wäre diese glückliche Zeit früher erschienen, wie manches Verbrechen würde ungeschehen seyn!

»*Infortuné monarque! ah, si, lorsque Beccaria plaidait avec tant de succès la cause de l'humanité, Louis XV, éclairé comme Léopold, par le flambeau de son génie, eût renversé l'échafaud, au lieu de cette voix élo-*

quente et isolée (de Condorcet), mille autres se seroient élevées en ta faveur, et une révolution, qui s'accomplissoit au nom des droits de l'homme, n'auroit jamais osé violer le plus sacré de tous.«
Lucas, l. c. p. 374.

So möge denn dieser Entwurf eines Strafgesetzbuches sich den *Fürsten* und den *Bürgern* zeigen *ohne Schwert, ohne Schandbühne, ohne Brandmark und Geißel.*

Möge man mich der Weichlichkeit zeihen, von der ich mich frei weiß!

Das System der Strafen, welches ich anwandte, ist das im Allgemeinen im Norden von Deutschland und namentlich in dem Herzogthume Braunschweig jetzt und seit langer Zeit bestehende. Keine neue Anstalt wäre zu schaffen, träte dieser Entwurf ins Leben, wenn ich allenfalls, was Braunschweig anbetrifft, ausnehme, daß das Strafinstitut des *kleinen Karren* seit einiger Zeit hier außer Gebrauch gekommen ist, und also herzustellen wäre. Es schien mir nothwendig, dasselbe wieder hervorzurufen, um die Lücke aus-

zufüllen, welche zwischen der Strafe des *Zuchthauses* und der schweren Kettenstrafe des *großen Karren* offenbar vorhanden ist.

Einen Unterschied zwischen dem *Zuchthause* und der *Zwangsarbeit* ¹⁶⁾ zu machen, konnte ich mich nicht entschließen. Beide Strafen werden im Herzogthum Braunschweig jetzt für *gleich hart* gehalten; die neueren Gesetze drohen gewöhnlich mit »*Zucht- haus- oder Zwangsarbeit*,« als gleich schweren Strafen, und der Richter wählt nach der Individualität des Verbrechers. Noch zweckmäßiger scheint es mir, daß

¹⁶⁾ Die *Zuchthaus-Anstalt* für das ganze Braunschweigische Land befindet sich mitten in der Stadt Braunschweig, in demselben Gebäude mit einer Irren-Anstalt. Das *Zwangsarbeits-Institut* zu Wolfenbüttel, theils in den Gefängnissen des *Philippsberges*, theils in einem weitläufigen, noch nicht vollendeten Gebäude, welches mit diesem in Verbindung steht. Die Einrichtung ist hier äußerst zweckmäßig. Die *Karrenanstalt* ist in dem untern Stockwerke des *Philippsberges*. Für die Gesundheit sämmtlicher Sträflinge, die größtentheils im Freien arbeiten, wird auf das Sorgfältigste gesorgt.

Der Bau eines gottesdienstlichen Gebäudes für die Anstalten wird beginnen, sobald die Hauptbauten gänzlich vollendet sind.

die *Administrations-Behörde* die Wahl zu treffen habe, selbst bei *einem* Sträflinge Wechsel eintreten lassen könne, so wie es die Persönlichkeit und Gesundheit desselben erfordern möchte. Wer die Zwangsarbeiter die Festungswerke Wolfenbüttels abtragen sieht, wird sich überzeugen, daß ihre Arbeit keine gesundheitserstörende sey, wie Zuchthausstrafe, ihrer Natur nach, oft werden muß ¹⁷⁾. Wechsel der Strafart bei einer Person, die *auf Jahre* verurtheilt wurde, wäre *hier* also Wohlthat.

Bei der Ausarbeitung dieses Entwurfes hatte ich die Ergebnisse der *Baierischen* Legislation, vorzüglich das Strafgesetzbuch von 1813, das Werk des unsterblichen *Feuerbach*, die über dieses und über den Baierischen Entwurf von 1822 ¹⁸⁾ in nicht geringer Anzahl

¹⁷⁾ Vorzüglich bei den die Luft der Kerker verpestenden Wollarbeiten. Erzählt uns doch ein Aufsatz in dem ältern Archive des Criminalrechts, daß in einem süddeutschen Zuchthause die gesündesten Menschen bei den Wollarbeiten bald, mit Geschwüren bedeckt, dem Tode hinwelkten. — Nun versuchte man andere Beschäftigungen.

¹⁸⁾ Den *Baierischen revidirten Entwurf* von 1827 empfing ich, nach vielfachem vergeblichen Bemühen, mir solchen

erschienenen Schriften, ganz besonders aber den *Entwurf eines Strafgesetzbuches für das Königreich Hannover*, nebst *Bauer's* und *Mittermaier's* verdienstvollen Arbeiten stets vor Augen. Die Klarheit und der practische Blick, welcher aus den Schriften dieser beiden Gelehrten (mögen immerhin ihre Ansichten über manche Gegenstände verschieden seyn) hervorleuchten, mußten zu dem Studium ihrer Darlegungen vor allen andern einladen ¹⁹⁾.

durch den Buchhandel zu verschaffen, nebst den *Motiven* (München, 1827), nachdem mein Entwurf schon vollendet und *der allgemeine Theil* selbst schon zum Drucke abgesendet war. Dennoch habe ich jenen Entwurf, das Product reiflicher Überlegungen und der Erfahrung, nachträglich an mehreren Stellen benutzt. Die ausgezeichnete Güte eines hohen Baierischen Staatsbeamten verschaffte mir dieses schöne Werk, nebst den dazu gehörigen Motiven. Ich erlaube es mir, in dem *Anhange* daraus einige Bestimmungen über solche Gegenstände, die besonders oft besprochen wurden, mitzuthellen. — Den 2ten Theil der kritischen Beleuchtung des Strafgesetzs-Entwurfes für das Königr. Hannover, nebst dem Entwurfe selbst, von *S. P. Gans*, erhielt ich erst, nachdem der Druck des vorliegenden Werks beinahe vollendet war: ich habe diese Arbeit also nicht benutzen können.

¹⁹⁾ Auch *Frankreich* beginnt der Deutschen Rechtsgelehrten Verdienste um die Criminal-Gesetzgebung anzuerkennen. „*N'oubliez pas* (sagt der *Globe*, St. vom 21. Januar

b*

Auch der Hannoverische Entwurf entlehnte Vieles wörtlich, oder fast wörtlich aus dem Baierischen Gesetzbuche ²⁰⁾ und dem spätern Entwurfe dieser Regierung, und mit grossem Rechte: denn hier galt es, *das Beste* zu liefern, nicht stets etwas *Neues* zu schaffen. So habe ich ebenfalls vielfach *wörtlich* benutzt, was mir die Arbeiten der Baie-

1829, bei Gelegenheit der Anzeige einiger legislatorischen Werke), *que chez nos voisins les jurisconsultes de Heidelberg et de Munich, parmi lesquels on doit citer en première ligne M.M. Mittermaier et Feuerbach, ont écrit sur cette matière, et qu'il sera curieux de connaître leurs idées.*»

²⁰⁾ Mit Ehrfurcht muß man *Baierns König* nennen, wenn von Gesetzgebung die Rede ist. Was *Maximilian Joseph* begonnen, hat *Ludwig* mit wahrhaft königlicher Besonnenheit fortgesetzt. Schon die ersten Maafsegeln seiner Regierung enthüllten die Pläne, welche er zur Beglückung seines Volkes entworfen hatte, und jetzt leuchtet *Baiern* als ein Stern erster Gröfse den übrigen Staatsgebieten Deutschlands vor. Von *Baiern* aus ging die grofse Reform der Criminallegislation. Die Strahlen dieses Lichtes dringen bis nach Schweden und Rußland; und vielleicht dauert es nicht lange, daß das eisige Kamtschatka Wohlthaten *Maximilian Josephs* und *Ludwigs* empfängt. Denn dieß ist der Aufklärung Eigenschaft, daß sie, gleich der Wärme, sich nicht sperren läßt. Eine herrlichere Eroberung als die des grofsen Alexander! Er zerstörte Reiche, sie aber bauet auf das Reich des Lichts.

rischen Rechtsgelehrten *und vorzüglich der Hannoverische Entwurf* darboten, wie ich auch die *Ordnung der Materien*, die zwar keinesweges gleichgültig ist, nicht aber die Bedeutenheit hat, welche die Verhandlungen der Rechtsgelehrten derselben beizulegen scheinen, mit wenigen Ausnahmen aus diesem Werke entlehnt habe ²¹⁾.

Dafs ich auch die Oesterreichische und Französische Legislation, die Sächsischen Entwürfe, *Zachariä's Entwurf*, und *zum Theil* auch, was über diese Werke verhandelt ist, nicht unberücksichtigt liefs, wird dem Literaturkenner nicht entgehen.

Gern will ich daher meine Arbeit *größtentheils nur für eine Revision* der Arbeiten meiner Vorgänger, vorzüglich in Baiern und Hannover, gelten lassen; ja, ich würde mich sehr geehrt fühlen, könnte man sie *mit Recht* als eine *Revision* betrachten.

²¹⁾ Vergl., was hierüber S. 84 der *Motive* zum revidirten Entwurf des Baierischen Strafgesetzbuches (1827) gesagt ist. *Anhang*, Nro. I.

Dankbar und unumwunden erkenne ich also an, was ich den Vorarbeiten Anderer verdanke, wobei ich jedoch hoffe, daß man eine bedeutende Anzahl von Materien finden wird, die ich selbstständig, vorzüglich durch eigene Erfahrung geleitet, bearbeitet habe, wie ich denn auch nichts ohne sorgfältige Prüfung aufnahm. Sagte mir jedoch diese, ich sey nicht im Stande, etwas Besseres zu schaffen, als ich vorfand, so betrachtete ich dieses als das Resultat gemeinschaftlicher Berathungen, und nahm es dankbar auf, eine Veränderung für eine Verschlechterung achtend. Ohne jene Vorarbeiten wäre ich wohl schwerlich im Stande gewesen, das vorliegende Werk, ein Resultat des Nachdenkens und der Erfahrungen Vieler, zu liefern. — Wie lückenhaft würden die neuern Deutschen Strafgesetzbücher und Entwürfe zu diesen sich ausnehmen, wenn nur *Feuerbach* das Seine aus solchen zurückforderte!

Was *die Bestimmung der Strafen* anbetrifft, so bin ich in dieser Beziehung meinen Vorgängern wenig oder

nichts schuldig. Keiner der aufgestellten Strafrechtstheorien *ausschliesslich* huldigend, bestimmte ich die Strafen nach meinen practischen Ansichten von der *Natur der Verbrechen*, den Folgen, welche sie nach der *Gerechtigkeit* für den Verbrecher haben müssen, und nach dem, was die *Sicherheit des Staates* und seiner Bürger mir zu erfordern schien ²²⁾).

Überall suchte ich die Strafgröfse in Harmonie mit der Gröfse des Verbrechens zu stellen ²³⁾, und so dem Strafinstitute den Zweck unterzulegen, in

²²⁾ »*Sunt haec quidem magna, quae nunc breviter adtinguntur: sed omnium, quae in hominum doctorum disputatione versantur, nihil est profecto praestabilius quam plane intelligi, nos ad justitiam esse natos, neque opinione, sed natura constitutum esse jus.*« Cicero de legibus, I, 10.

²³⁾ Ist diese Harmonie nicht vorhanden, so sucht man vergebens den Richter zu zwingen, das Gesetz zu beobachten. Seine menschliche Natur empört sich bei dem Gedanken, das Organ der Ungerechtigkeit zu seyn, und er sucht und — findet endlich Auswege. Vergl. Tittmann: dass sich die Urtheilssprecher in der Nothwendigkeit befinden können, eine *gesetzwidrige* Strafe zu bestimmen, um ein *gerechtes* Urtheil zu sprechen. Im Neuen Archive des Gr.-Rechts, Band I, S. 352.

Verbindung mit allen übrigen Staatseinrichtungen, *das Gesetz aufrecht zu erhalten* ²⁴⁾. Keinesweges will ich mir daher *den* Ruhm aneignen, daß mein Entwurf unter allen Gesetzbüchern und Entwürfen *die mildesten Strafen* darbiete. *Gerechte*, und also *menschliche*, hoffe ich, wird man finden: aber *Strenge* ist mit der Gerechtigkeit vereinbar, ja die Gerechtigkeit erfordert diese, wenn von *Verbrechen* die Rede ist. — *Fast* könnte ich behaupten, mein Entwurf enthalte die Praxis des Gerichts, bei welchem ich mein Amt bekleide: ²⁵⁾ im

²⁴⁾ Vergl. Neues Archiv des Cr.-R., B. IX, S. 712, und Mittermaier's Abhandl. über den Zustand der Criminalrechtswissenschaft in Deutschland, *ebendasselbst*, B. IV, S. 94 ff.: »Es ergeht an den Strafgesetzgeber die Forderung, daß er die Strafe mit allen ihren Merkmalen *sichernd* und *abschreckend*, *vergeltend* und *bessernd* auffasse, und darauf sein Gesetz, mit sorgsamer Prüfung der Nation, für welche es gehört, und aller Verhältnisse baue, ohne durch Hervorheben eines einzigen Merkmals aus der Strafe sich selbst, aus Consequenz, zu einer eisernen Härte, oder zur Anwendung fruchtloser Besserungsversuche zu nöthigen.«

²⁵⁾ In den Braunschweigischen Landen hat die peinliche Gerichtsordnung Karls V. noch gesetzliche Kraft, durch Particular-Gesetze selten gemildert, öfter geschärft. *Tod* steht auf Hausdiebstahl über 10 Thaler, *Tod* auf dem Dieb-

Allgemeinen wenigstens möchte wohl der Unterschied nicht sehr bedeutend seyn, der zwischen dessen Straferkenntnissen, und den Strafen, welche dieser Entwurf darlegt, vorhanden ist. Ich glaube, nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß, könnte ich annehmen, es empfinde dieser Entwurf im Herzogthum Braunschweig Gesetzeskraft, dann die Staatsunterthanen kaum merken würden, daß sich die Criminalgesetzgebung geändert habe ²⁶⁾. Am wenigsten wür-

stahl der Pferde. Selbst die *Folter* ist nicht abgeschafft. Längst hat jedoch der Gerichtsgebrauch ein anderes Strafsystem begründet.

Vergl. v. *Droste-Hülshoff's* Einleitung in das Deutsche Criminalrecht (Bonn, 1826), S. 57.

²⁶⁾ Vergl. Bemerkungen und Beweggründe zu *Tittmann's* Entwürfe eines Strafgesetzbuches für das Königr. Sachsen, 1. Band, Anhang, S. 3. — »Für die Fortbildung des Rechts erwartet die neuere historische Schule Alles von der Analogie der historischen Erkenntniß und einer gesunden Praxis, welche das schafft, was veränderte neue Verhältnisse nothwendig machen. Neue umändernde Gesetzgebungen fordert sie also nicht, und verwirft sie sogar, wenn sie den Faden des in der Gegenwart gültigen Rechts abschneiden. Wünschenswerth sind nur solche Gesetzgebungen, welche das bestehende, geltende Recht zusammenstellen, — also die bestehenden Gesetze, soweit sie noch anwendbar sind, nebst den Verbesserungen und Zusätzen, welche die Pra-

de man den Mangel der Todesstrafe vermissen, denn nur zweimahl ist von dem höchsten Gerichte, so lange solches in seiner jetzigen Verfassung (seit Januar 1817) besteht, ein Todesurtheil abgegeben worden ²⁷⁾. Während der langen segensreichen Regierung des Herzogs *Karl Wilhelm Ferdinand* ist aber nie, so viel mir erinnerlich, ein solches

xis theils eingeführt, theils als nothwendig erkannt hat — woran sich für den laufenden Bedarf der Fortbildung Entscheidungen von Controversen und gesetzliche Fixirung des anerkannten Gerichtsgebrauches anschließen mögen.« *Bienner*, Über die historische Methode und ihre Anwendung auf das Criminalrecht. N. Archiv für Cr.-R., X, 3, S. 476. *Savigny*, Beruf unserer Zeit für Gesetzgebung, S. 131—133.

²⁷⁾ Das eine Todesurtheil betraf eine höchst verworfene Frauensperson, welche, eines geringen Gewinnstes wegen, ihre Stieftochter, nach langjährigen Mißhandlungen des Kindes, erwürgt und den Leichnam in einen verlassenen Grubenbau geworfen hatte. Bei dieser Handlung hatte sie, für sich und das Kind, ein Vaterunser gebetet. Gänzlicher Mangel an moralischer Ausbildung, natürliche Bosheit und Armuth waren hier wirkende Ursachen gewesen. Das andere Todesurtheil traf einen Wilddieb, welcher den ihn verfolgenden Forstbedienten erst durchschossen, und dann ihm mehrere Messerstiche beigebracht hatte, an denen er bald nachher gestorben. Die Handlung hatte im Affect Statt gehabt, bestimmte Gesetze aber erforderten das Todesurtheil. — Beide Fälle ereigneten sich, fast zu gleicher Zeit, im Harzwalde.

vollstreckt, wenn es auch erkannt seyn sollte. Nie litt hierunter die öffentliche Sicherheit. — Nur *gewisser* wäre das Criminalrecht geworden; das *nicht geschriebene* Recht wäre in ein *geschriebenes* verwandelt. Nichts ist gefährlicher als Sprünge im Rechtszustande. So glaube ich, daß jener Vorzug meines Entwurfs vor manchem andern ein wesentlicher sey ²⁸⁾.

Ein *geschriebenes Recht* muß aber dem, für welchen es geschrieben, verständlich seyn; besonders das Strafgesetz. Nicht nur soll es vergelten und bessern, es soll auch *warnen* und *abschrecken* *Misera servitus ubi jus aut vagum, aut incognitum*. Daher mein Bestreben, nach der möglichsten *Einfachheit* und *Deutlichkeit*, besonders bei den Verbrechen, die täglich vorkommen, z. B. beim *Diebstahle*, wo ich mich ganz vorzüglich der größten Klarheit, Bestimmtheit und Einfachheit beflissen, und aller Rückweisungen, wie fast über-

²⁸⁾ Vergl. *Mittermaier*: Über den neusten Zustand der Criminalgesetzgebung in Deutschland, (1825), S. 18.

all, enthalten habe. So viel als möglich suchte ich jede Vorschrift für sich allein verständlich zu machen.

So möge denn dieser Entwurf, den ich vorzüglich *vier Staatsgebieten* widme, deren Culturzustand sich fast gleich zu seyn scheint, und welche, wenigstens in bürgerlichen Streitigkeiten ²⁹⁾, durch ein gemeinschaftliches höchstes Gericht (zu Wolfenbüttel) gewissermaßen vereint sind, ein Beweis meines Bestrebens seyn, mich meinen Mitbürgern nützlich zu machen, und zugleich ein Beweis der ehrfurchtsvollen Dankbarkeit, welche ich *den erhabenen Landesfürsten* jener Staatsgebiete schuldig zu seyn erachte.

Über die Competenz *eines Einzelnen* zur Abfassung eines Strafgesetzbuches äußert sich der geistreiche *Rehberg* ³⁰⁾ folgendermaassen:

»Ein Criminalgesetzbuch muß von Einem Geiste beseelt seyn. Es muß daher aus Einem Kopfe kommen. Mehrere Selbstdenkende stimmen nicht

²⁹⁾ Bis jetzt erkennt das hiesige Gericht nur für das Herzogthum Braunschweig in Strafsachen.

³⁰⁾ Neues Archiv des Cr. - R., X, 3, S. 402.

leicht in einem solchen Grade überein, daß sie gemeinschaftlich ein einziges Resultat hervorbringen könnten. Nachgiebigkeit ist aber höchsttadelnswerth, sobald sie Grundsätze betrifft, die sich in divergirenden Linien durch das ganze System verbreiten; ein Vergleich ist unmöglich.«

Nichts ist wahrer als dieser Ausspruch. Er schließt aber keinesweges aus, daß der Verfasser des Gesetzbuches das Beste, was er vorfindet, treu benutze, und daß das Ergebniss der Arbeit des Einzelnen die letzte Feile von andern Sachkennern empfangen, öffentlich der Prüfung eines Jeden ausgestellt. Werden aber Grundprincipien abgeändert — dann verunglückt das Ganze.

Auf die verschiedenartigsten Beurtheilungen meiner Arbeit bin ich gefaßt. Wäre nur nicht, wie ein geistreicher Schriftsteller irgendwo sagte, bei den meisten Menschen jedes Urtheil, das sie fällen, mit ihrer Individualität, von der sie sich nicht einmahl in gesellschaftlichen Verhältnissen los zu machen wissen, so enge verknüpft, daß

Jeder, der dieses Urtheil bestreitet, sie in ihrem innersten Wesen anzugreifen scheint. — Äußerst selten ist daher die Erscheinung, und setzt Männer von der höchsten Bildung voraus, daß in Berathschlagungen über Gesetzentwürfe eben das Beste den Sieg davon trage. Jeder sucht vielmehr von dem, was er für sein Geistesegenthum (gewöhnlich auch hierin irrend) hält, so viel hineinzu bringen als irgend möglich. Jeder Sieg in dieser Hinsicht ist *ihm* eine Eroberung für die gute Sache. Und wie wahr ist *Gönner's* Äußerung:

»Das Ansehn eines sanctionirten Gesetzbuchs unterdrückt manche Stimme; bei seinem Eintritte in das wirkliche Leben erscheint seine gute Seite in hellem Lichte, eine zweckmäßige Bestimmung wiegt die minder gelungene auf, die Unvollkommenheit aller Menschenwerke entschuldigt die Mängel, welchen der Gesetzgeber nachhelfen kann ³¹⁾. — Ein solches Glück

³¹⁾ Durch Lobeserhebungen desselben kann man sich mächtige Freunde machen, der Tadel würde sehr bedenkliche Folgen haben können.

ward *keinem Entwurfe eines Privatmannes* zu Theil; denn von allen günstigen Umständen kömmt ihm keiner zu Statten: ihn schützt kein äufseres Ansehen, Wenige bemühen sich, in den Geist des Ganzen einzudringen, seine gute Seite tritt im Leben nicht hervor, die Rivalität erwacht, Hunderte mit Balken im Auge lärmten über den Splitter im Auge des Nächsten, jede zweifelhafte Bestimmung wird hervorgehoben, das Gute verschwiegen, man verlangt überall Vollkommenheit, und tadelt einen *Entwurf*, den man als *Gesetzbuch* verehrte.« —

Ich fügte hin und wieder *Anmerkungen* hinzu. Sie sind von geringer Bedeutung, und wären vielleicht passender unterdrückt, besonders die *literarischen*, welche auf irgend eine Vollständigkeit keinen Anspruch machen können. Sie entschlüpfen bei der letzten Durchsicht der Handschrift meiner Feder, und enthalten meistens kleine Andeutungen, Rechtfertigungen und Hinweisungen auf die Quellen.

Der angehängte Entwurf *einer Verordnung über die Zulässigkeit eines vollständigen Beweises durch Indicien* schien mir zur Ausführung des Art. 9 des Entwurfes des Strafgesetzbuches für diejenigen Länder, in welchen die peinliche Gerichtsordnung Karls V. Gesetzeskraft hat, erforderlich. Ich benutzte bei der Entwerfung desselben die angeführte Österreichische, Baierische, Hannoverische und Schaumburg-Lippische Gesetzgebung.

Wolfenbüttel, am 2^{ten} April 1829.

F. K. v. STROMBECK.

I N H A L T.

	Seite
Einige Worte über die Verhütung der Verbrechen im Allgemeinen und insbesondere durch die Strafge- setzgebung	XXXV

I. Allgemeiner Theil

Erster Titel. Von dem Gegenstande des Gesetzbuches, den nach demselben zu beurtheilenden Personen und den Bedingungen jeder Bestrafung	3
Zweiter Titel. Von den Strafarten	7
Dritter Titel. Von dem bösllichen Vorsatze	24
Vierter Titel. Von der Fahrlässigkeit, den Verbrechen, welche aus solcher entstehen, und ihrer Bestrafung	26
Fünfter Titel. Von der Vollendung eines Verbrechens	31
Sechster Titel. Von dem Versuche eines Verbrechens und von dessen Bestrafung	32
Siebenter Titel. Von den Theilnehmern an einem Ver- brechen und deren Bestrafung	35
Achter Titel. Von der Begründung der Strafflosigkeit	50
Neunter Titel. Von der Zumessung der Strafe und von den Milderungs- und Schärfungsgründen	61
Zehnter Titel. Von der Begnadigung	74

II. Besonderer Theil.

Erster Titel. Von Verbrechen gegen das Daseyn und die äußere Sicherheit des Staates	79
Zweiter Titel. Von Verbrechen wider die Majestät und die Ehre des Staats	87

v. STROMBECK'S Entw. c. Cr.-G.-B.

c

Dritter Titel. Von den Verbrechen wider die Regierung des Staats	93
Vierter Titel. Von den Verbrechen wider die öffentliche Sicherheit im Staate	110
Fünfter Titel. Von den Verbrechen wider öffentliche Treue und Glauben	124
Sechster Titel. Von den Verbrechen wider das Leben	145
Siebenter Titel. Von Beschädigungen und Mißhandlungen an der Person	159
Achter Titel. Von der Verletzung der Familienrechte	174
Neunter Titel. Von Ehrenkränkungen	177
Zehnter Titel. Von dem Verbrechen der Unzucht . .	183
Elfter Titel. Vom Diebstahle und der Unterschlagung	188
Zwölfter Titel. Von dem Betrüge	208
Dreizehnter Titel. Vom Nachdrucke	215
Vierzehnter Titel. Von dem Raube und der Erpressung	219
Fünfzehnter Titel. Von der Beschädigung des Eigenthums	223
Sechzehnter Titel. Von den besondern Verbrechen der Staatsbeamten und öffentlichen Diener	226
Entwurf einer Verordnung über die Zulässigkeit eines vollständigen Beweises in Strafsachen durch Anzeigen	243
Anhang. Mittheilungen aus dem revidirten Entwurfe des Strafgesetzbuches für das Königreich Baiern und den Motiven zu demselben	265
Bemerkungen gegen eine Kritik der jetzigen Baierschen Strafgesetzgebung, von F. K. v. Strombeck	284

Einige Worte über die Verhütung der Verbrechen im Allgemeinen und insbesondere durch die Strafgesetzgebung.

Keine bürgerliche Gesellschaft kann ohne *Gesetze* bestehen; also am wenigsten der Staat, die umfassendste aller bürgerlichen Gesellschaften ¹⁾. Nichts würde aber durch *das Vorhandenseyn* der Gesetze erreicht werden, wenn sie nicht *befolgt* würden. Es ist also durchaus erforderlich, soll anders der Staat Bestand behalten, die Mitglieder der Staatsgesellschaft zur Befolgung der Gesetze zu vermögen. Dieses ist bei dem Entgegenstreben des Egoismus ²⁾, nur durch Ein-

¹⁾ Denn der Staat ist die Gesellschaft mehrerer zu einem Volke verbundener Familien, bei welchen die Herrschaft des Rechts, mittelst eines allgemeinen gesetzlichen Zwangs durch eine oberste Gewalt, begründet und gesichert wird. (v. *Weber*.)

²⁾ »Die Erfahrung lehrt, daß die Herrschaft des Rechts keinesweges von allen Individuen in ihrer Verbindung mit Andern freiwillig anerkannt und unangefochten gelassen wird. Vielmehr ist zu bemerken, daß, jemehr sich die Menschen in ihrem Zusammenleben berühren, um so mehr auch der Egoismus der Einzelnen, als antisociales Princip, der allgemeinen Herrschaft des Rechts entgegentrete.« »*L'homme n'est pas mauvais, mais les hommes,*« sagt treffend

wirkung auf den *Willen* derselben möglich, wobei das grofse Problem als Axiom *vorausgesetzt* ist, dafs der Wille des Menschen frei sey, wiewohl Niemanden entgangen seyn wird, dafs der individuelle Organismus mehr oder weniger grofse Hindernisse der Freiheit des Willens entgegenstelle ³⁾.

Auf den Willen der Menschen, in Beziehung auf eine von ihnen zu unterlassende oder zu verrichtende Handlung, kann aber auf mehrfache Weise eingewirkt werden. Will also der Staat, dafs seine Gesetze beobachtet werden sollen, so mufs er diese verschiedenartigen Einwirkungen entweder in Verbindung unter einander, oder einzeln anwenden.

Folgende Einwirkungen auf den Willen sind es, welche uns die Erfahrung aller Jahrhunderte als wirksam gezeigt hat.

I. Der Staat setze möglichst seine einzelnen Mitglieder in die Lage, dafs sie nicht nöthig haben, oder nicht nöthig zu haben glauben kön-

Rousseau, und eben so wahr *Montaigne*: „il n'est rien si dissociable que l'homme, l'un par son vice, l'autre par sa nature.“ *Weber's* Grundsätze der Politik (1827), S. 20. Es sind also psychologische Einwirkungen nöthig, unter denen billig der psychologische *Zwang* (Strafe) die letzte seyn mufs.

³⁾ Vergl. *Groos's* Entwurf einer philosophischen Grundlage für die Lehre von den Geisteskrankheiten. Heidelberg, 1828.

nen, ein zum Besten des Ganzen gegebenes Gesetz zu übertreten. — Er kann dieses durch die möglichste Verbreitung eines allgemeinen Wohlstandes, in Beziehung auf eine große Menge von Gesetzen (solche, welche das Eigenthum schützen) in bedeutendem Grade erreichen ⁴⁾. Man braucht nur eine Reihe von Jahren in einem Gerichte gesessen zu haben, welches Verbrechen zu bestrafen hat, um sich zu überzeugen, daß bei weitem die größte Anzahl der Verbrechen aus dem Wunsche entsteht, die drückende Last der Armuth zu erleichtern. Wie selten kommt ein Verbrecher vor, der im Stande wäre, nur die Untersuchungs- und Vertheidigungskosten zu bezahlen. Und sind die Unglücklichen, die so zum Verbrechen hingerissen werden, nicht Geschöpfe Gottes eben der Gattung als die Wohlhabenden, die so selten Eingriffe in das Eigenthum, durch Diebstahl oder Raub, unternehmen? — Ist es wohl ein Verdienst, daß derjenige kein Brod stiehlt, dem täglich eine wohlbesetzte Tafel zu Gebote steht? — Empörend sind mir daher stets Ausbrüche der Härte und Rohheit gegen Unglückliche gewesen, die ein so dringender An-

⁴⁾ » *Le secours le plus efficace, que les gouvernans puissent donner aux gouvernés, est toujours l'argent, qu'ils évitent de leur enlever.*« Destutt de Tracy, *Commentaire sur l'esprit des lois de Montesquieu*, p. 472. (Paris, 1819).

trieb zur Übertretung der Gesetze hinrifs. — Da jammern Kinder nach Brod, auf dem Siechenbette liegt die Gattinn, kein Mittel ist vorhanden, das allen Winden offene Zimmer zu erwärmen, Betten und Kleidung fehlen, jeder Verdienst, selbst der Strafsenbau, hörte im Winter auf, die Armenanstalten sind unzureichend, die bettelnden Kinder kommen, halb erfroren, mit leeren Händen zurück: ist es ein Wunder, wenn hier die Verzweiflung zu Verbrechen hinreißt! Ist es Recht, hier mit den Worten »*Bettelgesindel*, *Taugenichts* u. s. w.« um sich zu werfen? — Vor Allem sind wir Unglücklichen der Art *Mitleiden* schuldig; der Staat aber Brod, Kleidung und Obdach, so viel er, nach seinen freilich beschränkten Kräften, vermag. Hier findet also die höchste Gewalt im Staate das erste, edelste und sicherste Mittel, Übertretungen zu verhüten. Wieviel aber die höchste Gewalt vermag, zeigte die unsterbliche Fürstinn *Pauline* zur Lippe, die es nicht verschmähte, selbst die Aufsicht über ihre Versorgungsanstalten zu führen.

II. Doch es ist dieses Mittel nicht hinreichend. — Auf eine zweite, freilich weit minder wirksame Weise (wenn die erste Aufgabe nicht erfüllt wird) kann auf den Willen des Menschen eingewirkt werden: *Durch Erziehung der Jugend zum Guten*. Dem drückendsten Mangel widersteht die genossene Erziehung *nicht im-*

mer, um sich von Eingriffen in das Eigenthum abhalten zu lassen, doch *oft*. Eine große Menge von Verbrechen, nämlich alle diejenigen, welche ihre Ursache in der ursprünglichen Rohheit finden, werden aber durch Erziehung, besonders durch religiöse Erziehung, in bedeutendem Grade vermindert ⁵⁾. Daher die große Verpflichtung des Staats, so viel Sorgfalt als möglich, auf die Erziehung der Jugend zu verwenden. Hier ist keine Summe, wenn sie zum Zwecke führt, zu groß. Sie verzinset sich tausendfach. Auch Erwachsene können noch einigermaßen nachgebildet werden: aber schwer. Auch dieses ist also nicht zu vernachlässigen. Es geschieht durch guten kirchlichen Unterricht ⁶⁾, und durch das Bestreben, vorzüglich der Staatsbeamten, in guten Beispielen vorzuleuchten. Wenig wird der Unterricht eines Religionslehrers helfen, der sich dem Trunke und dem Müssiggange ergiebt, und wenig die Ermahnung eines Richters, der sich

⁵⁾ Außerordentlich wohlthätig wirkt in dieser Beziehung der seit 1825 zu Berlin unter königl. Genehmigung bestehende Verein zur Erziehung sittlich verwahrloster Kinder. — Möchten sich doch in Europa viele ähnliche Vereine bilden, und die Verbrechen würden sichtbar abnehmen!

⁶⁾ Eben so sehr schaden verkehrte religiöse Begriffe. Im Jahre 1828 ermordete zu Lyon ein Vater seine geliebte Tochter, *um sie glücklich zu machen*. Die Geschworenen sprachen ihn *»als verrückt«* frei, doch wahrscheinlich mit Unrecht. — Auch in protestantischen Ländern kommen Fälle der Art jetzt häufiger als sonst vor.

bestechen läßt. Groß ist aber das Beispiel öffentlicher Moral, die auch in den Gesetzen ⁷⁾ und öffentlichen Anstalten zu erkennen ist. Wer kann den niedern Ständen den Glauben veraragen, daß ihr Wohl den höhern wenig am Herzen liege, wenn er den Zustand mancher Untersuchungsgefängnisse in Deutschland in Betracht zieht. In Löchern, zu welchen nur ein schwaches Tageslicht dringt, gesperrt für jeden Zutritt der freien Luft, feucht und stinkend, liegen die Untersuchungsgefangenen, oft Monate lang, ohne verhört zu werden! Die Tortur schafte man ab: aber ist es nicht die ärgste Tortur, in solchen Gefängnissen schmachten zu müssen, gänzlich von der Laune eines Inquirenten abhängig? —

Doch dieses Mittel des Unterrichts und öffentlichen guten Beispiels ist nicht erschöpfend, auch selbst dann nicht, wenn Wohlstand möglichst verbreitet seyn sollte. Aber die Natur bot uns noch mehrere Mittel zur Erreichung des Zweckes dar.

III. Vieles bewirkt man bei dem Menschen dadurch, daß man seine Handlungen mit *Vortheilen* in Verbindung setzt, die für ihn aus

⁷⁾ Die *Academie française* hat unter ihren für das Jahr 1829 und 1830 ausgesetzten Preisen einen von 10,000 Franken für den bestimmt, welcher die beste Abhandlung über den *Einfluß der Gesetze auf die Sitten* liefert.

solchen erwachsen können. Auch dieses Mittel (freilich, der Natur der Sache nach, ein eingeschränktes) versäume die oberste Gewalt im Staate nicht. Sie belohne, wo sie kann: aber nur dann theile sie Belohnungen aus, wenn sie verdient waren. Auf vielfache Art sind Belohnungen würdig und wirksam zu ertheilen. Ein durch langjährige Treue ehrwürdiger Dienstbote finde ein ruhiges Alter in einer öffentlichen Anstalt, die, bei zweckmäßigen Ersparungen in manchen Zweigen der Staatsverwaltung und des Luxus, gewifs so gut wie andere minder nützliche Institute, herzustellen seyn wird. — Eine Familie, welche in der Dürftigkeit durch viele Jahre Rechtschaffenheit bewahrte, werde von öffentlichen Abgaben befreit; dem Ernährer und Erzieher einer Waise, werde im eigenen Hause feierlich Dank von der Obrigkeit abgestattet; den durch Rechtschaffenheit ausgezeichneten Greisen werde ein Ehrensitz in der Kirche angewiesen, so wie ihn Griechenland im Theater darbot, — und wie manche Belohnung ähnlicher Art, die zum Theil schon das Alterthum kannte, läfst sich nicht ausdenken, wenn man nur will, wenn lebendiger Eifer für das öffentliche Beste anregt!

IV. Aber, wir dürfen es uns nicht verhehlen: auch dies ist nicht hinlänglich. Es giebt Menschen, die weder durch Wohlhabenheit, noch durch Erziehung, noch durch Belohnung

zur Beobachtung der Gesetze vermocht werden können, auch, leider! ist der Staat, seiner beschränkten Mittel wegen, selbst bei den zweckmässigsten Ersparungen und der gewissenhaftesten Verwaltung, nicht im Stande, jene Einwirkungen in genügendem Maasse anzuwenden.

V. Man mache es also so schwer als möglich, die Gesetze zu übertreten, und so leicht als möglich, sie zu beobachten.

Dieses, oft vernachlässigte Mittel ist in vielen Fällen äußerst wirksam. Durch eine tüchtige Polizei lassen sich Verbrechen gegen das Eigenthum äußerst vermindern. Manche Arten der Verbrechen werden durch zweckmäßige Einrichtungen fast ganz unmöglich gemacht. Man denke nur an die Verhinderung der Brandschäden durch eine gehörige Aufsicht bei den Versicherungen.

Welche Umstände gehören dazu, Münzen von der Vollkommenheit der jetzigen königlich-Preussischen nachzumachen, da hingegen einen schlechten Stempel jeder Pfuscher nachzustechen im Stande ist. Wäre der jetzige Stempel des herzoglich - Braunschweigischen Stempelpapiers früher angewandt, nie würde ein Justizbeamter auf den Gedanken gekommen seyn, falsches Stempelpapier zu verfertigen, welches so leicht war, als nur einige schlechte Typen dazu gehörten jene Fälschung verüben zu können.

Wie mancher Cassenbediente wäre seiner

Familie erhalten worden, wäre die Controle vollkommener gewesen und seine Casse ordnungsmäßig nachgesehen! Da man aber Jahre hingehen ließ diese Verpflichtung zu erfüllen, so wurde er sicher — und fiel ins Verbrechen. Mit Recht bittet der schwache Mensch: »*Führe uns nicht in Versuchung.*« — Des Staates Verpflichtung ist es, dieses Gebet zu erfüllen, und mithin auch keine Gesetze zu geben, welche die Natur des Menschen gegen sich haben. Wie viele Verbrechen entstanden aus dem Cölibat der catholischen Geistlichkeit! ⁸⁾

VI. Wenn jedoch durch alle diese Vor-

⁸⁾ Folgendes Schriben aus *Paris* enthalten öffentliche Blätter:

»Zu scandalösen Processen gaben nicht Operntänzerinnen, nicht Buhlerinnen, nicht Roué's den häufigsten Anlaß, sondern Männer, die den heiligsten Beruf auf Erden hatten, Priester, catholische Pfarrer. *Mingaret* ist ins Ausland geflüchtet, und bis jetzt hat der Bruder seines unglücklichen Schlachtopfers vergebens das Gesetz um Rache angefleht. *Molitor* und *Contrafatto* befinden sich auf den Galeren. — Vor nicht gar langer Zeit wurde *Jousseau*, ein Pfarrer aus dem Bezirke von Fontainebleau, wegen Verführung von Minderjährigen verurtheilt.« — Wen erfüllte nicht mit Schauder die von *Feuerbach* mitgetheilte Criminalgeschichte: *Tartüffe als Mörder?* (Berlin, 1828, abgedruckt aus *Hitzig's Annalen der Criminal-Rechtspflege*.) Hier ermordete ein catholischer Priester, Namens *Riembauer*, der lange im Geruche der Heiligkeit stand, seine Beschläferinnen, welche er sich förmlich antraute. — Ist ein Beispiel vorhanden, daß ein protestantischer Pfarrer ein solches Verbrechen begangen hätte? — Nicht, daß diese besser wären, als die catholischen: aber die *Versuchung fehlte*.

kehrungen Verbrechen nicht gänzlich zu beseitigen sind, so bleibt nichts übrig, als die Übertretung der Gesetze, mit darauf folgenden Übeln (Strafen) in Verbindung zu setzen; und hier hätten wir denn den so oft besprochenen *psychologischen Zwang*. Ein Zwang, der als Unterstützungsmittel auch selbst guten Menschen höchst wohlthätig werden, und in dieser Beziehung ein *Erziehungsmittel* genannt werden kann ⁹⁾.

⁹⁾ »Der gewöhnliche Mensch der Erfahrung, selbst der sogenannte *gute Mensch*, ist gemeiniglich nur von negativer Güte. — Was er ist, das ist er durch seinen Instinct, durch die natürliche Gutmüthigkeit seiner Neigungen, welche ihn, unschuldigen Gemüths, friedlich rechtlich den großen Weg fortleitet. — Aber irgend eine hervorstechende Neigung werde an einem Gegenstande, den Zeit und Umstände darbieten, *zur Leidenschaft entzündet*, irgend eine Lieblingsmeinung, irgend eine einseitige Richtung des Gemüths treffe auf einen besondern Zweck des Begehrens und hefte sich an ihn mit innigem höchsten Verlangen: — plötzlich, unvermuthet und unvorbereitet, ist dann das innere Gleichgewicht zerrüttet, und Alles stürzt, aus seinen Fugen getrieben, der Stützen beraubt, dahin, wohin die Übermacht es drückt. — So tritt oft unerwartet selbst der Bessere in die Reihe der Verbrecher. — Es ist nicht allein der gute Wille der Moralphilosophen, welcher vor solchem Falle schützt. Der Stern der Vernunft leuchtet nur, so lange ihn nicht der Sturm der Leidenschaften mit seinen Wolken deckt. Sobald schon der Kampf begonnen hat, entscheidet allein die Stärke den Sieg. Nur wer dem Streite selbst zu begegnen, ihm zuvorzukommen weiß, ist seiner Stärke gewifs.« — (v. Feuerbach, im 1sten Bande der actenmäßigen Darstellung merkwürdiger Verbrechen). In Lagen dieser Art ist es, wo der *psycholo-*

Soll der Staat also bestehen, so muß er auch *strafen* dürfen: hier die natürliche Begründung des Rechts der Strafandrohung. Würde diese Drohung aber nicht vollzogen, so wäre sie leer und unnütz; sie muß also, wurde das Strafgesetz übertreten, vollzogen werden.

Die Strafandrohung angemessen zu machen der zu bestrafenden Handlung ist des Gesetzverfassers große Aufgabe. Sie ist äußerst schwer und in der höchsten Vollkommenheit nicht zu erreichen. Doch ist es vergönnt, sich der Auflösung des großen Problems zu nahen. Das innere Gefühl des Menschen scheint die beste Führerin bei diesem Geschäft zu seyn. Dieses classificirt die Handlungen oder Unterlassungen *nach dem Grade ihrer Verwerflichkeit* und also Strafbarkeit ¹⁰⁾. Verrath des Vaterlandes ist mehr als Verrath des Freundes; der Verrath die-

gische Zwang höchst wohlthätig einwirkt. Er ist ein neues Gewicht in der Wagschaale des Rechtes. — Schwacher Mensch, sey nicht zu stolz darauf, wenn du nicht dem Gesetze verfielst. Wie Manches ist es, was dich bestimmt, kein Verbrecher zu werden! Mangel an Versuchung, Mangel an Leidenschaft, und — *Aussicht auf das so wohlthätige Strafgesetz*. Also Segen auch diesem wohlthätigen psychologischen Zwange!

Vergl. Köppen's Politik, S. 75. Weber's Politik, S. 33.

¹⁰⁾ Der Begriff des Rechts und dessen letzter Grund kann nicht aus der Erfahrung, noch aus irgend einem positiven Rechte genommen werden. — Was als Recht überhaupt gelten soll, muß aus der allgemeinen *Menschennatur* selbst hervorgehen. Vergl. Weber's Politik, S. 9.

ses mehr als Verrath des Fremden. Tödtung des Vaters mehr als Tödtung des in der Schande geborenen Kindes; Tödtung des Kindes mehr als Abtreibung der Leibesfrucht; Todtschlag mehr als Verletzung; Raub mehr als Diebstahl; Brandstiftung in einer Stadt mehr als Anzündung einer einzelnen Hütte; eine dem Staate sehr schädliche Handlung mehr als eine solche, die dem Einzelnen einen geringen Schaden bringt, also z. B. Falschmünzerei mehr als Wiederausgabe einer empfangenen falschen Münze. Nur als Paradoxon konnten die Stoiker den Satz aufstellen:

Ὅτι ἴσα τὰ ἀμαρτήματα καὶ τὰ κατορθώματα,
im Sündigen und im Rechthandeln finden
keine Grade Statt;

jeder wird in seinem Innern fühlen, daß es ein unermesslicher Unterschied sey, mit ungestempelten Karten gespielt, oder sein Vaterland verrathen zu haben, obwohl er in beiden Fällen dem Staate schade und das Sittengesetz beleidige. Also nach der *Scala der Gerechtigkeit* müssen die Strafen angedrohet werden, wenn sie nicht empören und so schaden sollen. Gewiß ist es aber, daß die Unmoralität einer Handlung *allein* nicht zu einer Strafdrohung berechtigen kann: die zu bedrohende Handlung muß auch eine Rechtsverletzung enthalten. — Hier schaue ich das Lächeln des Zweifels und höre ich die Frage: Welches Recht verletzt der

Gotteslästerer, der Sodomit? — Er wirkt verderblich durch sein Beispiel, und verleugnet die Würde der Menschheit zum Schaden der Menschheit. — Freilich ist hier die Grenze schwer zu bestimmen: wer dem Hilfsbedürftigen ein Almosen versagt, muß z. B. straflos bleiben, so unmoralisch er, unter Umständen, handeln mag. Der Sächsische Entwurf von 1824, das ausgezeichnete Werk des verehrungswerthen *Stübel*, bestraft z. B. die Mißhandlung der Thiere. Ist dieses angemessen? — Ich zweifle, obwohl ich den Thierquäler verabscheue. So unmoralisch die Handlung ist, wer möchte es billigen, daß der Koch bestraft würde, der sein Schlachtthier nicht auf die kürzeste Art tödtete; oder wer billigt es, wenn Griechische Richter dem Knaben das Leben absprachen, der der Taube nicht den Schutz verlieh, welchen sie in seinem Schoofse vor einem Adler in Anspruch nahm. Nur aber die *Grenze* der Strafgerechtigkeit ist schwer zu erkennen, ihr Gebiet, im Ganzen, liegt deutlich vor. Jeder vernünftige Mensch wird einsehen, daß es ungerecht sey, wegen einer Salzdefraude mit der Galere zu bestrafen, des zweiten Diebstahls wegen die Hand abzuhaueu, eines dritten wegen das Leben zu nehmen.

Um so angemessener wird aber die Strafe seyn, jemehr sie den Character der *Züchtigung* annimmt. Strafen, durch welche *Besserung* bewirkt werden kann, sind allen übrigen vorzuzie-

hen. Zu verwerfen solche, welche die Besserung hindern. Verbannt also seyen Strafstein, Schandpfahl und Brandmark! — Wer am Strafsteine stand, wird gleichgültiger für den Schandpfahl, und wer an diesem den Blicken des Publicums preisgegeben, dem ist das Brandmahl nur ein Schmerz. Zum Feind des Menschengeschlechts ist er aber gestempelt.

Möge ich in diesem Entwurfe gerechte Strafen vorgeschlagen, und dem Richter den gehörigen Spielraum gelassen haben, um auch für den vorliegenden Fall, nach der Individualität des Verbrechens, eine *gerechte* Strafe bestimmen zu können! Es würde mich sehr freuen, obwohl der unschädliche Entwurf eines Privatmannes vorliegt.

Könnte ich aber glauben, daß auch diese Worte beitragen, in dem Verbrecher, auch wenn ihm, der sich nicht warnen liefs, gerechte Strafe trifft, *den Unglücklichen* zu erkennen, dann würde ich mich sehr glücklich fühlen, und nicht vergeblich dieses Werk abgefaßt zu haben erachten ¹¹⁾.

¹¹⁾ »Das ganze Strafwesen sieht gegenwärtig in Deutschland und in vielen andern Ländern mehr einer Krankheit des gemeinen Wesens ähnlich als einem Heilmittel. Haufenweise werden die Sträflinge zusammen eingesperrt, und theilen einander ihre sündhaften Gesinnungen und Gewohnheiten mit.« *Rehberg*, a. a. O. — In Landstädten, wie in Residen-

zen werden Theater auf Actien gebauet, in America aber nur giebt es Actien-Gesellschaften zur Verbesserung der Gefängnisse. — Wie mancher Untersuchungsgefangene, und unter diesen wie mancher Unschuldige, mag in Deutschlands weitem Umfange aus Mangel an Licht, Luft und Reinlichkeit dem Tode entgegen quälen; wie Mancher mag in dem Augenblicke, da ich dieses schreibe, in der Verzweiflung den Tod zur Rettung rufen! — Er ist ein *Verbrecher*, er gehört zum *Gesindel*, er ist nicht werth, dafs man sich seinetwegen Sorge macht!! — Wie viele Minister der Justiz und des Innern mag es in Europa geben, welche *regelmäfsig selbst* den Zustand der Gefängnisse nur der Residenz untersuchen? Aber keinen Oberstallmeister giebt es auf dem weiten Erdkreise, der seine Rosse nicht in ihren Ställen persönlicher Aufmerksamkeit würdig hielte. — Natürlich! Diese sind edele Vollblut-Gäule, die Gefangenen — nur unglückliche Menschen.

ALLGEMEINER THEIL.

ERSTER TITEL.

Von dem Gegenstande des Gesetzbuches, den nach demselben zu beurtheilenden Personen und den Bedingungen jeder Bestrafung.

ART. 1.*

Der Gegenstand des vorliegenden Gesetzbuches ist die Bestimmung der Strafen für unerlaubte Handlungen und Unterlassungen.

ART. 2.

Die in solchem mit Strafen bedrohten Handlungen und Unterlassungen werden, ohne Berücksichtigung des Grades ihrer Strafbarkeit, unter dem Namen »*Verbrechen*« ¹⁾ begriffen, und die Ahndung derselben heisst eine »*peinliche Bestrafung*.« ²⁾

¹⁾ Vergl. Neues Archiv des Cr.-R., B. II, S.183, und B. VI, S. 186. — Die satyrische Schrift: »*Birmanisches Gesetzbuch*, übersetzt von *Zaunschliffer*« (1822), Art. 2: »Die strafbaren Handlungen theilen sich nach der neuesten Criminal-Philosophie in mehrere Gattungen. Mit Vorbehalt weiterer Entdeckungen setzen wir deren hier folgende fest: Verbrechen, Vergehen, Versehen, Vertretungen, Verirrungen, Verbiegungen, Versetzungen und Verstosse.«

²⁾ Vergl. *Mittermeier*, das deutsche Strafverfahren, in der Fortbildung durch Gerichts-Gebrauch und Particular-Gesetz-

ART. 3.

Eine Handlung oder Unterlassung, welche in diesem Gesetzbuche nicht (entweder ausdrücklich oder ihrem unverkennbaren Sinne nach), mit Strafe bedroht wird, ist kein Gegenstand einer *peinlichen* Bestrafung ³⁾.

ART. 4.

Besondere Verordnungen bestimmen die Strafen für solche *Vergehungen*, welche nicht zu den Verbrechen gehören, wie z. B. in Disciplinar-, Wrogen-, Steuer- und Polizei-Sachen.

ART. 5.

Es werden nach den Bestimmungen dieses Gesetzbuches gerichtet:

1. alle Unterthanen des Herzogs (Fürsten), in sofern sie nicht besondern Gesetzen unterworfen sind, ihre Verbrechen mögen began-

bücher (1827), Abth. I, S. 6 ff., vorzüglich die S. 10 und 11 angeführten Verordnungen.

Nach der Herzogl. *Braunschweigischen* Verordn. vom 15ten Januar 1814, § 2, werden »als *Polizeivergehen* diejenigen betrachtet, welche keine höhere Strafe nach sich ziehen als 14 Tage Gefängniß oder 10 Rthlr. Geldbusse.« Die Art und Weise, wie in diesen Polizeisachen der Untersuchungsprozess angewendet und erkannt wird, ist in der Regierungsverfügung vom 3ten Februar 1814, §§ 28 bis 32 vorgeschrieben, welche gesetzliche Bestimmungen durch die Verordn., *die Einrichtung des Justizwesens betreffend*, vom 26ten März 1823 § 2, N^o 3, Modificationen erhalten haben.

³⁾ S. *Treilhard*, *Exposé des Motifs du Code pénal*, zum Art. 4. — *Nulla poena sine lege*.

gen seyn im Inlande oder im Auslande, an Inländern oder an Fremden, am hiesigen Staate, am deutschen Bunde, an einem einzelnen Staate desselben, oder selbst an einem außerdeutschen Staate ⁴⁾);

- 2) alle Fremde, wenn sie im Inlande Verbrechen begingen, oder wenn ihre verbrecherischen Handlungen, obwohl im Auslande begangen, Bezug auf die Sicherheit des Herzogs (Fürsten) oder des Staates haben, und die Verbrecher sich innerhalb der Grenzen desselben betreten lassen oder dessen Gerichten ausgeliefert werden.

ART. 6.

Auch an den Unterthanen eines feindlichen Staates, in sofern sie nicht im Felde als Feinde gegenüberstehen, können Verbrechen begangen werden.

ART. 7.

Verbrechen, welche ein Fremder im Auslande an einem hiesigen Unterthan beging, sind der Ahndung durch die hiesigen Gerichte nur dann unterworfen, wenn der Fremde im Inlande

⁴⁾ Vergl. *Feuerbach's* Lehrbuch des peinl. Rechts 9te Aufl. Seite 40, Note a.

»Der Unterthan, welcher einen fremden Staat oder Unterthan verletzt, handelt wider den völkerrechtlichen Frieden, und gefährdet dadurch seinen Staat, der eben darum ein eigenes Interesse hat, solche Beleidigungen als Verbrechen *wider sich selbst* zu betrachten und zu strafen.«

Besitzthum hat; in welchem Falle die hiesigen Gerichte, in Beziehung auf Strafe und Entschädigung, Maafsregeln gegen solches Besitzthum ergreifen können.

ART. 8.

Nur der vernünftige Mensch ist Gegenstand der Bestrafung: also weder des Verstandes Beraubte, noch Kinder, das Andenken eines Todten oder Leichname.

Nähere Bestimmungen über diesen Gegenstand werden folgen.

ART. 9.

Nur völlig bewiesene Verbrechen können bestraft werden.

Es fallen mithin die sogenannten ausserordentlichen Strafen weg ⁵⁾.

⁵⁾ *Pessimum namque et periculosum est quemquam de suspicione judicare. Capit. reg. Franc. L. VII. cap. 259.*

Die Königl. Hannoversche Verordnung, über die Abschaffung der Folter und Zulässigkeit des Anzeigenbeweises vom 25ten März 1822 enthält so weise Vorschriften, dafs man ihr als »geschriebener Vernunft« allenthalben wird Gesetzeskraft einräumen müssen. — Ein *Beweis durch Anzeigen* ist also keinesweges ausgeschlossen. Freilich wird hier, um mit jenem Gesetze zu reden, der Sachkenntniss, Erfahrung, Urtheilskraft, Unbefangenheit des Richters das Meiste überlassen werden müssen. Eben so weise ist hier jedoch die Vorschrift (da Irrthum immer möglich bleibt), wenn der läugnende Angeschuldigte für überführt angenommen wird, nicht auf Todesstrafe zu erkennen. — Nach dem in *diesem* Entwurfe vorliegenden Strafsysteme dürfte es kaum nöthig seyn, Ausnahmen in jenem Falle eintreten zu lassen.

ART. 10.

Die Vorschriften dieses Gesetzbuches sind nicht auf diejenigen Verbrechen anzuwenden, die vor dem Tage, an welchem das Gesetzbuch in Kraft tritt, verübt worden.

Wenn jedoch die Vorschriften desselben für den Angeschuldigten vortheilhafter sind als die frühern Gesetze, so ist nach solchem, auch was die vor jenem Tage verübten Verbrechen anbelangt, die Strafe zu bestimmen.

• —————

ZWEITER TITEL.

Von den Strafarten.

ART. 11.

Nur folgende selbstständige Strafen können erkannt werden:

1. die Strafe des großen Karren;
2. die Strafe des kleinen Karren;
3. die Zuchthaus- und Zwangsarbeits-Strafe;
4. die Landesverweisung;
5. die Dienstentsetzung;
6. das Gefängniß;
7. die Dienstentlassung;
8. die Dienstsuspension:

9. der gerichtliche Verweis.

10. Geldstrafe.

Die ersten fünf Strafen heißen *schwerere*, die fünf letztern *leichtere peinliche* Strafen, und die Verbrechen, welche mit den erstern belegt werden, *schwerere*, die, so mit den letztern belegt werden, *leichtere Verbrechen*.

ART. 12.

Bei jugendlichen Verbrechern ist auch, nach den Bestimmungen des Gesetzbuches, *körperliche Züchtigung* ⁶⁾ anzuwenden.

ART. 13.

Die *Confiscation* findet nur bei einzelnen Gegenständen, die entweder zu dem Verbrechen

⁶⁾ Bei unerwachsenen Personen nimmt die körperliche Züchtigung einen ganz andern Character an, als bei Erwachsenen. Aber auch bei jenen ist, nach ihren individuellen Verhältnissen, vor der Erkennung dieser Strafe sehr zu überlegen, welche Folgen sie für das künftige Leben des jungen Menschen haben kann. — Einen Erwachsenen zu prügeln, hat etwas die menschliche Natur Herabwürdigendes. Der Verfasser dieses Entwurfs ist stolz darauf, daß er es war, welcher in den ständischen Conferenzen es durchsetzte, daß *die Geißel*, bis dahin auf gut Britisch im Braunschweigischen Militair-Codex angewendet, in den mit den Landständen berathenen *Kriegsartikeln* vom 29sten Octob. 1821 unter die Militair-Strafen nicht aufgenommen wurde. Nicht die geringste nachtheilige Wirkung ist dadurch herbeigeführt worden; vielmehr zeichnet sich das Braunschweigische Militair durch eine treffliche Disciplin aus.

Vergl. *Mittermaier* über die Fortschritte der Criminalgesetzgebung in Deutschland. Neues Archiv des Cr.-R., Band VI. S. 19.

als Mittel angewendet, oder ein Ergebniss desselben sind, Statt.

ART. 14.

Der *Verlust eines Gewerbes* wird alsdann als *Zusatz* zu der gewöhnlichen Strafe erkannt, wenn Jemand schon zweimahl sein Gewerbe zur Begehung eines Verbrechens gemißbraucht hat.

Besondere Bestimmungen bei den einzelnen Strafen.

ART. 15.

Die Strafe des grofsen Karren besteht in öffentlicher Arbeit in *schweren Ketten*.

Sie kann nicht unter *fünf* Jahre erkannt werden, ihre Dauer kann sich aber auf die ganze Zeit des Lebens erstrecken.

ART. 16.

Erstreckt sie sich auf die ganze Dauer des Lebens, dann führt sie den *bürgerlichen Tod* mit sich, und empfängt diesen Namen.

Es wird demnach der Verurtheilte, von der Zeit der Rechtskraft des Erkenntnisses an, für *bürgerlich todt* geachtet.

Sein Vermögen fällt an seine Erben, welche jedoch aus demselben, so weit solches hinreicht, die Staatskasse für den Unterhalt des Verurtheilten zu entschädigen verpflichtet sind ⁷⁾.

⁷⁾ Der Herr Bürgermeister *Binder* zu Nürnberg schlägt in

Er ist keines Besitzes und keiner Erwerbung fähig. Er kann nicht vor Gericht auftreten und kein Zeuge seyn. Er kann keine Ehe schliessen; seine Ehe löset sich auf. Er verliert alle Rechte über seine Kinder. Er ist ehrlos.

Der Staat *schützt* ihn jedoch vor Beleidigungen, und in dieser Beziehung kann er Klage bei dem Vorgesetzten der Strafanstalt führen, welcher ihn vertritt. Er genießt die Tröstungen der Religion, und der Staat sorgt dafür, daß er gottesdienstlichen Handlungen beiwohnen kann.

ART. 17.

Der *auf eine bestimmte Zeit* zu der Strafe des großen Karren Verurtheilte behält sein Eigenthum und die Fähigkeit der Erwerbung neuer Rechte; doch ist er während seiner Strafzeit unfähig zu jeder Verfügung über das Seine, sowohl auf den Todesfall als unter den Lebenden. Er erhält, wenn er Vermögen besitzt, für die Dauer der Strafe einen Vormund, welcher sein

seinen *Bemerkungen zu dem Entwurfe eines Strafgesetzbuches für das Königr. Baiern von 1822*, S. 22, vor, zu verordnen:

»daß zwar das Vermögen des Verurtheilten an seine Erben falle, daß aber der Staat schuldig sey, ihm den nöthigen Unterhalt zu reichen.«

Ich sollte glauben, daß, so wie der Artikel von mir gefasst ist, er den Grundsätzen des Rechts entspreche.

Vermögen verwaltet und seine Rechte über seine Kinder ausübt.

Seine Ehe wird getrennt, wenn dieß sein Ehegenosse verlangt. So lange seine Strafzeit dauert, ist er ehrlos, kann nicht vor Gericht auftreten und kein Zeuge seyn. Doch können die Gerichte von ihm unbeschworene Nachweisungen verlangen.

Nach Abbüßung seiner Strafe tritt er, mit den späterhin bemerkten Ausnahmen, in seine bürgerlichen Rechte zurück.

Der Staat sorgt für ihn und beschützt ihn, wie im vorigen Artikel bestimmt ist.

ART. 18.

Die Strafe des kleinen Karren besteht in öffentlicher Arbeit, bei welcher der Sträfling mit einer leichten Kette von einem Fusse zum andern gefesselt ist.

Sie kann nicht unter *fünf* Jahre zuerkannt werden, und ihre Dauer kann sich nicht über *zwanzig* Jahre erstrecken.

Diese Strafe führt keine Ehrlosigkeit mit sich, übrigens aber hat sie alle die Folgen, welche in dem vorhergehenden Artikel ausgedrückt sind.

ART. 19.

Beide Karrenstrafen machen *für beständig* unfähig zu dem Genusse der Gilden- und Zunftrechte; doch können die Entlassenen *unzünftig* ihr Gewerbe fortsetzen.

ART. 20.

Über die Art und Weise der Verwahrung, der Bekleidung und Beköstigung der Karrengefangenen, desgleichen hinsichtlich der von ihnen zu leistenden schweren Arbeiten, und der auch bei ihnen zu erstrebenden moralischen Besserung, bestehen besondere Vorschriften.

ART. 21.

Weibspersonen, gebrechliche und schwächliche Menschen, Leute über sechzig Jahre, welche nach ihren Verbrechen die Karrenstrafe treffen würde, sollen mit solcher verschont und in dem Zuchthause oder in der Zwangsarbeitsanstalt, jedoch von den übrigen Züchtlingen auf das Strengste getrennet, angemessen beschäftigt werden.

Sie tragen eine leichte Kette an den Füßen, und sind allen bürgerlichen Folgen desjenigen Grades der Karrenstrafen unterworfen, der ihnen hätte zuerkannt werden müssen, wenn sie rüstige Männer wären.

ART. 22.

Die Verwaltungsbehörde bestimmt darüber, nach dem Gutachten eines verpflichteten Arztes, ob ein Karrengefangener, wegen Alters oder Schwächlichkeit, auf die im vorigen Artikel bemerkte Weise im Zucht- oder im Zwangsarbeits-hause, für beständig oder auf eine gewisse Zeit, untergebracht werden soll.

ART. 23.

Die Strafe des Zuchthauses und die der

Zwangsarbeit sind, hinsichtlich der Härte, für gleich zu achten.

Die Gefangenen des Zuchthauses werden innerhalb dieses Gebäudes, ohne Fesseln, mit angemessenen Arbeiten beschäftigt. Die Gefangenen der Zwangsarbeits-Anstalt, gleichfalls ohne Fesseln, sowohl innerhalb des Gebäudes, als im Freien, unter angemessener Bewachung.

ART. 24.

Das Gericht bestimmt niemahls, welche von diesen beiden Strafen angewendet werden soll, sondern erkennt im Allgemeinen *auf Zuchthaus- oder Zwangsarbeits-Strafe*.

Der Verwaltungsbehörde bleibt es überlassen, zu bestimmen, in welchem dieser beiden Institute der Verurtheilte, nach Maaßgabe des Geschlechtes und der körperlichen Beschaffenheit, mit Arbeit beschäftigt werden soll.

ART. 25.

Das *Zuchthaus* ist vorzüglich für Frauenspersonen und schwächliche Männer bestimmt, Sie werden in diesem Institute mit Arbeiten, die ihrem Geschlechte oder ihren Kräften angemessen sind, beschäftigt.

Die Zwangsarbeits-Anstalt eignet sich mehr für rüstige Männer, da in solcher schwerere, und gewöhnlich im Freien zu verrichtende Arbeiten angewiesen werden können.

Beide Institute sind als *eine* in zwei Abtheilungen geschiedene Anstalt anzusehen. Vor-

züglichster Zweck in solcher ist: zu *bessern*, und den Sträfling, wenn es seine Persönlichkeit irgend erlaubt, fähig zu machen, durch Erlernung eines Handwerkes, einer Kunst oder irgend einer Arbeitsart, nach der Entlassung seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Ein außerordentlicher Fleiß wird bezahlt, und die so erworbene Summe dem Sträfling, bei seiner Entlassung, mitgegeben.

Durch ein vorzüglich arbeitsames, stilles und moralisches Betragen erwirbt er die Hoffnung, in sofern seine Strafe über ein Jahr dauert, daß diese, nachdem sie jene Zeit überschritten, um den *dritten* Theil des Restes verkürzt werde. Er empfängt bei seiner Entlassung ein Zeugniß über sein Betragen, und war dieses gut, so sorgt die Direction der Anstalt, in sofern er ein *hiesiger Unterthan* ist, nach Möglichkeit dafür, daß er nach seiner Entlassung Arbeit erhalte. Sie empfiehlt ihn, wenn seine Verhältnisse von der Art sind, daß es ihm nützlich seyn kann, in dieser Beziehung der polizeilichen Behörde seines Wohnorts zu besonderer Aufsicht. Ist er ein *Fremder*, so wird er zwar in sein Vaterland zurückgesandt, aber er wird durch ein vortheilhaftes Zeugniß seiner Obrigkeit empfohlen.

Um die moralische Besserung der Sträflinge zu erreichen, wird ihnen Unterricht in der Religion ertheilt, und sie werden zu einem regel-

mäßigen Besuche des Gottesdienstes in der Anstalt angehalten; wie denn auch, sowohl des Morgens als des Abends, täglich, jedesmahl eine Viertelstunde, Betstunde in der Anstalt gehalten wird.

Die Arbeit der Sträflinge ist zwar eine *schwere*, aber keine übermäßige; ihre Behandlung ist ernst und strenge, und die Ordnung, zu welcher sie angehalten werden, die pünktlichste, aber die Behandlung ist liebevoll, um auch so auf ihre moralische Besserung einzuwirken.

Ihre Kost besteht täglich in warmen Speisen, und ist durch die Ordnungen der Anstalten festgesetzt.

Nur durch Widersetzlichkeit ziehen sich die Sträflinge körperliche Züchtigungen zu, und zu diesen kann nur die Direction der Anstalt, nach vorhergegangener vergeblicher Warnung, dem Aufseher des Instituts, in Beziehung auf jeden Einzelnen, auf bestimmte Zeit, Anweisung ertheilen.

So sind beide vereinte Institute im eigentlichen Sinne *Besserungsanstalten*.

ART. 26.

Die Strafe kann durch den Richter in beiden Anstalten geschärft werden:

1. durch Beschränkung der Kost auf Wasser und Brod, jedoch nur auf drei Tage in der Woche, und unter Berücksichtigung der Persönlichkeit des Sträflings:

2. durch einsame Einsperrung desselben an gewissen Tagen;
3. durch Verbindung beider Schärfungsarten.
Diese Schärfungen können jedoch nicht länger als drei Monate im Jahre angewandt werden.

ART. 27.

Die Sträflinge in beiden Instituten behalten alle ihre Privatrechte, mit der Fähigkeit unter den Lebenden und auf den Todesfall zu verfügen.

ART. 28.

Zum Zuchthause oder zur Zwangsarbeit kann Niemand unter drei Monate und über zehn Jahre verurtheilt werden.

ART. 29.

Jeder Adelige, der zur Karre, zum Zuchthause oder zur Zwangsarbeit verurtheilt wird, verliert für beständig den Adel; so wie überhaupt diese Strafen den Verlust aller Würden, Staats- und Ehrenämter, der für verwaltete Staatsämter bewilligten Pensionen oder Wartegelder, der landständischen Rechte und der Ehrenzeichen für beständig nach sich ziehen ⁸⁾.

Diese Folge der Verurtheilung wird in dem Erkenntnisse ausgesprochen.

⁸⁾ Vergl. K. Württembergisches Edict über die Strafgattungen und Strafanstalten vom 17ten Jul. 1824, Art. 33 bis 38. Neues Archiv des Cr.-R., B. VIII, S. 55.

ART. 30.

Gilden- und Zunftrechte gehen durch die Strafe des Zuchthauses oder der Zwangsarbeit nicht verloren.

ART. 31.

Die Verurtheilung zu einer mehr als dreijährigen Zuchthaus- oder Zwangsarbeitsstrafe berechtigt den unschuldigen Ehegatten, auf Scheidung zu dringen; doch darf er dieses Gesuch nicht vor dem Ablauf eines Jahres nach dem Straf-erkenntnisse vortragen, wenn aus der Ehe Kinder vorhanden sind.

ART. 32.

Die Landesverweisung ⁹⁾ besteht in dem Gebote, niemahls innerhalb der Grenzen des hiesigen Landes sich betreten zu lassen.

Diese Strafe ist in der Regel nur gegen Ausländer zu erkennen. So oft solche zur Karen- oder Zuchthausstrafe verurtheilt worden, ist in dem Urtheile auszusprechen, daß sie, nach überstandener Strafe, des Landes verwiesen werden.

Den Einheimischen trifft, nach dem Ermes-

⁹⁾ Nirgend ist ein größerer und unzweckmäßigerer Gebrauch von der Landesverweisung gemacht, als in dem *Niederländischen Entwurfe eines Strafgesetzbuches von 1827. (Projet du Code pénal du Royaume des Pays-bas. Bruxelles, 1827.)* Vergl. *Mittermayer's* Bemerkungen darüber, im *Neuen Archiv des Cr.-Rechts*, B. X. 1. S. 114.

v. STROMBECK's Entwurfe. Cr.-G.-B.

sen der Richter, diese Strafe nur in solchen Fällen, wo, nach der Natur seines Verbrechens, seine Anwesenheit im Lande öffentliches Ärgerniß erregen würde.

ART. 33.

Die Dienstentsetzung führt den Verlust aller mit dem bisherigen Staatsdienste verbundenen Rechte mit sich.

ART. 34.

Die Gefängnisstrafe ist von doppelter Beschaffenheit.

a. *Die Festungsstrafe.*

Diese wird in einem Gefängnisse, in welchem der Gefangene vom Umgange ausgeschlossen und auf das Sicherste verwahrt ist, vollzogen.

Er darf jedoch einmahl im Monate seine Freunde und Verwandte empfangen, und kann zu seiner Gesundheit, unter Aufsicht, ins Freie geführt werden.

Der Festungsgefangene kann sich selbst beköstigen oder von den Seinen beköstigen lassen.

Ist dieses nicht der Fall, so empfängt er Kost, so wie sie im Zuchthause üblich ist.

Die Art und Weise seiner Beschäftigung wird ihm überlassen. Der Ertrag derselben gehört ihm; doch ist er gehalten, davon zuvörderst seinen Unterhalt zu beschaffen.

Er kann Briefe wechseln, doch nur durch

die Behörde, welcher die Aufsicht über ihn anvertraut ist.

ART. 35.

Die Gerichte erkennen auf diese Strafe ¹⁰⁾ in Erwägung besonderer Umstände, welche in der Stufe der Bildung und in den Standes- oder Amtsverhältnissen des Verbrechers liegen ¹¹⁾.

Sie ist stets nur Ersatzmittel der Karren- oder Zuchthausstrafe, und führt in der Regel diejenigen bürgerlichen Folgen mit sich, welche diese Strafen begleiten, an deren Stelle sie tritt.

Es ist also erforderlich, daß das Straf-Erkenntniß stets die verwirkte Karren- oder Zuchthausstrafe ausspreche, mit dem Zusatz: daß solche in *Festungsstrafe* verwandelt werde.

¹⁰⁾ Vergl. *Anmerkungen* zu dem Strafgesetzbuche für das Königreich Baiern (München, 1813), 1. Band, S. 101. *Oerstedt's* ausführliche Prüfung des Entwurfs zu einem St.-G.-B. für Baiern (1822); Kopenhagen 1823, S. 99. *Gönners* Motive zu dem Entwurfe u. s. w.; München 1825, S. 65.

¹¹⁾ »*Les hommes sont tous égaux dans le gouvernement républicain; ils sont égaux dans le gouvernement despotique: dans le premier c'est parceque ils sont tout, dans le second c'est parcequ'ils ne sont rien.*« *Montesquieu.* — Die größte Ungleichheit in der Strafe entsteht aus einer völlig gleichen Austheilung derselben. Selbst die bluttriefenden Kriegsartikel des vorigen Jahrhunderts verurtheilten nie einen Officier zum *Gassenlaufen*. Ihre Verfasser fühlten, der Stand würde herabgewürdigt, wollte man eine solche Gleichheit, welche die größte Ungleichheit gewesen wäre, eintreten lassen.

ART. 36.

In Erwägung besonderer Umstände können denen, welche zur Festungsstrafe *Statt des Zuchthauses* verurtheilt sind, die *Standesrechte* im Urtheile vorbehalten werden; niemahls aber denen, welche Karrenstrafe getroffen haben würde.

ART. 37.

Die Festungsstrafe ist von gleicher Dauer mit der erkannten Zuchthausstrafe; sie beträgt das Doppelte der auf eine gewisse Zeit beschränkten Strafe des großen Karren, und wird um die Hälfte erhöht, wenn sie Statt des kleinen Karren verordnet wird. Tritt sie an die Stelle des großen Karren, so wird dem Bestraften der Besuch der Seinen nur einmahl im Jahre gestattet.

ART. 38.

Den Zuspruch eines Geistlichen ihrer Religion können die Festungsgefangenen von Zeit zu Zeit verlangen.

ART. 39.

Tritt ihre Strafe in die Stelle des Zuchthauses, so ist sie auf eine ähnliche Weise, als diese, der Verminderung fähig.

ART. 40.

b. *Die gewöhnliche Gefängnisstrafe* findet auf länger als *fünf* Jahre nicht Statt.

Sie wird in den verschiedenen bürgerlichen Gefängnissen des Landes vollzogen.

Wenn der Gefangene sich selbst erhält, so empfängt er ein abgesondertes Gefängniß, und kann sich auf eine ihm beliebige anständige Weise beschäftigen. Wird er jedoch aus öffentlichen Mitteln erhalten, so muß er sich derjenigen, für ihn passenden Arbeit unterziehen, welche ihm aufgegeben wird, und er kann sodann kein abgesondertes Gefängniß verlangen.

ART. 41.

Diese einfache Gefängnißstrafe entzieht kein bürgerliches Recht, und führt keinen weitem Schimpf mit sich, als den, welcher aus der bestraften Handlung an sich erwächst.

ART. 42.

Die Dienstentlassung besteht in der einfachen Auflösung der bisherigen Dienstverhältnisse. Sie hat den Verlust aller Einkünfte, welche mit dem Dienste verknüpft waren, zur Folge. Sie zieht jedoch nicht den Verlust des Dienstitels und der damit verbundenen Ehrenrechte nach sich.

ART. 43.

Die Suspension vom Amte hat, so lange sie dauert, den Verlust des Gehaltes und der Dienstehkünfte zur Folge.

Sie kann nicht unter *einem* Monate und nicht über *drei* Monate erkannt werden.

ART. 44.

Ob während der Untersuchung ein öffentlicher Beamter vom Dienste suspendirt seyn soll,

hängt von der Beurtheilung der Richter und einem Erkenntnisse ab. Wird die Dienstsuspension erkannt, so führt sie die vorläufige Zurückbehaltung der Hälfte des Gehaltes mit sich.

ART. 45.

Den gerichtlichen Verweis empfängt der Verurtheilte vor versammeltem Gerichte in Person, in Gegenwart des Beleidigten oder Betheiligten.

ART. 46.

Eine Geldstrafe darf den Betrag von *fünfhundert* Reichsthaler nicht überschreiten.

Keine andere Strafe darf in Geldstrafe verwandelt werden.

Ist der Verurtheilte nicht vermögend, die Geldstrafe zu erlegen, so wird diese in Gefängnisstrafe verwandelt, und dann für jeden Thaler ein Tag Gefängnisstrafe gerechnet, doch so, daß diese nie das Maafs von *sechs* Monaten überschreiten darf.

Diese Verwandlung der Geldstrafe in Gefängnisstrafe findet auch bei Minderjährigen unter sechzehn Jahren, auf Antrag der Ältern und Vormünder, und bei den unter Curatel stehenden Verschwendern Statt.

ART. 47.

Es kann nie eine andere Strafart über den Verbrecher verhängt werden, als diejenige ist, mit welcher das gegenwärtige Gesetzbuch das begangene Verbrechen ahndet. Doch kann die Zuchthausstrafe durch die gesetzliche Schärfung,

nach dem Ermessen der Richter, verkürzt werden.

ART. 48.

Eine Ausgleichung zwischen dem Verbrecher und dem Beschädigten hebt die verwirkte Strafe nicht auf.

ART. 49.

Die Strafe des Verbrechers bewirkt keine Verminderung der Rechte desjenigen, welcher durch das Verbrechen beleidigt oder beschädigt worden, in Beziehung auf die *Genugthuung* von dem Verbrecher oder die *Entschädigung* aus seinem Vermögen.

Die Genugthuung, zu welcher *die Abbitte und Ehrenerklärung* gehört, erkennt das Criminalgericht; die Entschädigung dann, wenn ihr Betrag bei der Abgebung des Straferkenntnisses bereits völlig ausgemittelt ist.

ART. 50.

Die Entschädigung des Verletzten aus dem Vermögen des Verbrechers geht sowohl den Geldstrafen als den Forderungen des Fiscus, hinsichtlich der Gerichtsgebühren und der Atzungskosten, vor.

ART. 51.

Die vollzogenen Strafen des großen und kleinen Karren, des Zuchthauses und der Zwangsarbeit, in sofern die Dauer der letztern sich über zwei Jahre erstreckt, werden von dem in erster Instanz erkennenden Gerichte durch die

hiesigen öffentlichen Anzeigen bekannt gemacht.

Bei der Festungsstrafe hat dieses nur dann Statt, wenn sie in die Stelle einer Karrenstrafe tritt.

Bei andern, als den genannten Strafen, kann die öffentliche Bekanntmachung von dem erkennenden Gerichte *als Schärfung* hinzugefügt werden.

Auch ist es den Gerichten erlaubt, diese Maafsregel während eines Monats aufzuschieben, um dem verurtheilten Verbrecher, oder seinen Verwandten, Gelegenheit zu geben, um Erlassung der öffentlichen Bekanntmachung höchsten Orts nachsuchen zu können.

DRITTER TITEL.

Vom bösllichen Vorsatze ¹⁾.

ART. 52.

Der böslliche Vorsatz ist der Entschluß zu einer Rechtsverletzung, mit dem Bewustseyn der Gesetzwidrigkeit der Handlung oder der Unterlassung.

¹⁾ Vergl. *V. Weber*, über die verschiedenen Arten des Dolus. Neues Archiv des C.-R., B. VII, S. 550.

ART. 53.

Der bössliche Vorsatz ist auch alsdann vorhanden,

1. wenn der Thäter der Meinung war, die mit Strafe bedrohte Handlung oder Unterlassung sey nach dem Gewissen oder der Religion erlaubt oder geboten;
2. wenn er in Unwissenheit oder Irrthum über Art und Gröfse der Strafe war; ²⁾.
3. wenn der Bewegungsgrund oder der Zweck seiner Handlung oder Unterlassung von keiner bösslichen Beschaffenheit waren.

ART. 54.

Der bössliche Vorsatz wird nicht vermuthet. Es ist derselbe, ohne dafs es dafür eines besondern Beweises bedarf, aus der Beschaffenheit der gesetzwidrigen Handlung an und für sich, aus dem näheren oder entferneren Zusammenhange derselben mit dem daraus entsprungenen Erfolge, in sofern ein solcher mit zu dem Verbrechen gehört, und aus den der Handlung vorausgehenden, gleichzeitigen und nachfolgenden Umständen zu beurtheilen ³⁾.

²⁾ Vergl. *Rofshirt*: In welchen Fällen kann sich ein Verbrecher mit der Unkenntnifs des Rechts entschuldigen. Neues Archiv des C.-R., Bd. IX. S. 491.

³⁾ Vergl. Entwurf eines Strafgesetzbuches für das Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach, Satz 18. — *Mittermaier* bemerkt im Neuen Archiv des Cr.-R., B. VI. S. 388:

»In einem andern, dem Verf. bekannt gewordenen, in

VIERTER TITEL.

Von der Fahrlässigkeit, den Verbrechen, welche aus solcher entstehen und ihrer Bestrafung.

ART. 55.

Jedem liegt die Verpflichtung ob, solche Handlungen nicht zu thun, und sich solcher Unterlassungen nicht schuldig zu machen, deren gefährliche Folgen er zu erkennen vermag. Er ist also verbunden, mit solcher Bedachtsamkeit zu verfahren, dafs er nicht Andere, selbst ohne Absicht, an ihren Rechten verletze, oder die Gesetze übertrete.

Wer, dieser Verbindlichkeit zuwider, etwas that oder unterliefs, woraus, ohne seine Ab-

einem deutschen Lande vorgelegten Entwürfe steht folgende treffliche Bestimmung:

Bei einer wider eine Person erwiesenen gesetzwidrigen That wird nur dann für erwiesen angenommen, dafs dieselbe aus rechtswidrigem Vorsatze gehandelt habe, wenn entweder letzteres von ihr rechtsgültig eingestanden ist, oder auch der Zusammenhang aller wohlerrwogenen Umstände, verglichen mit der Erklärung des Thäters, nicht gestattet, die That einer blofsen Fahrlässigkeit beizumessen.«

Die bekannte grofse Streitigkeit über die *praesumptio doli* ist in der Praxis von geringer Wichtigkeit. Jeder gewissenhafte Richter wird eben so viel Sorgfalt anwenden für als gegen den Angeschuldigten zu untersuchen, und da ist es dann eine Hauptsache, darüber ins Klare zu kommen, ob er *dolose* handelte oder nicht.

sicht, eine in diesem Gesetzbuche geahndete Übertretung entstanden ist, der wird wegen eines *Verbrechens aus Fahrlässigkeit* verantwortlich.

ART. 56.

Dem richterlichen Ermessen bleibt es überlassen, in dem vorliegenden Falle den Grad der begangenen Fahrlässigkeit auszumitteln.

Die grössere oder geringere Wahrscheinlichkeit des Eintretens des gesetzwidrigen Erfolgs, die grössere oder geringere Leichtfertigkeit und Unbesonnenheit des Thäters, die Wichtigkeit der Verpflichtung, welche verletzt wurde, und die persönlichen Verhältnisse des Thäters, sind von den Richtern besonders zu berücksichtigen.

ART. 57.

Hiernach ist *grobe Fahrlässigkeit* vorhanden:

1. wenn der Beschädiger, die Gefährlichkeit seiner Handlung erkannt, und sie dennoch, aus Leichtsinn oder Gleichgültigkeit, nicht unterlassen hat;
2. wenn seine Handlung in solchem Grade gefährlich war, daß er bei einiger Aufmerksamkeit hätte einsehen müssen, daß der rechtswidrige Erfolg leicht daraus entstehen konnte;
3. wenn die gefährliche Handlung oder Unterlassung an sich schon rechtswidrig war;

4. wenn der Thäter, vermöge seiner Kenntnisse oder Verhältnisse, vorzüglich im Stande war, die Gefährlichkeit seiner Handlungsweise zu erkennen, oder den nachtheiligen Folgen derselben zuvorzukommen;
5. wenn der Handelnde, aufser der allgemeinen Verbindlichkeit, noch durch besondere Pflichten des Standes, Berufes und ähnlicher Verhältnisse zu vorzüglicher Sorgfalt und Überlegung aufgefordert wurde;
6. wenn er bereits wegen ähnlicher Fahrlässigkeit gestraft oder gerichtlich gewarnt worden, oder wenn er eine Privat-Warnung zur Zeit der Handlung erhalten;
7. wenn er ohne dringende Veranlassung eine Handlung unternahm, welche den Besitz einer Kunst oder Wissenschaft voraussetzt, und er zu der Ausübung derselben nicht berechtigt war;
8. wenn der Handelnde zu einer Zeit, wo ihm besondere Aufmerksamkeit nothwendig, sich berauschte, mit Willen, oder doch aus Leichtsinn und Mangel an Überlegung, sich in einen Zustand versetzte, welcher die gefährliche Handlung veranlafste.

ART. 58.

Geringere Fahrlässigkeit ist alsdann anzunehmen:

1. wenn die gefährliche Handlung mit dem gesetzwidrigen Erfolge nur in entferntem

Zusammenhange stand, so daß dieser zwar als möglich erkannt werden konnte, aber doch als unwahrscheinlich zu betrachten war;

2. wenn die gefährliche Handlung zwar von der Beschaffenheit war, daß deren gesetzwidriger Erfolg leicht zum Voraus zu erkennen, der Handelnde jedoch wegen Schwäche des Verstandes, oder wegen eines, die Aufmerksamkeit und Überlegung störenden unverschuldeten Gemüthszustandes, oder wegen ungünstiger äußerer Umstände, die Gefährlichkeit seiner Handlung nicht leicht einzusehen vermochte, oder ihren schädlichen Erfolg nur mit besonderer Anstrengung geistiger oder körperlicher Kräfte verhindern konnte;
3. wenn der Handelnde durch unverschuldete dringende Umstände zu einer schnellen Entschließung bestimmt wurde.

ART. 59.

Eine strafbare Handlung oder Unterlassung, welcher *Fahrlässigkeit* zum Grunde liegt, soll nach folgenden Vorschriften bestraft werden:

1. die *grobe Fahrlässigkeit* wird alsdann, wenn das erfolgte Verbrechen, könnte es, als mit Vorsatz begangen, angesehen werden, eine der fünf härteren Strafen nach sich zöge, mit *einmonatlichem* bis zu *zweijährigem* Gefängnisse, mit Dienstsuspen-

sion, oder mit Dienstentlassung bestraft. Zöge das Verbrechen, mit Vorsatz begangen, eine der leichtern fünf Strafen nach sich, so wird die Fahrlässigkeit mit *Verweis, Geldbusse, Dienstsuspension*, oder mit Gefängniß bis zu einem Monate gehandelt.

2. Die *geringere Fahrlässigkeit* kann nur mit Geldbusse oder Verweis bestraft werden.

ART. 60.

Bei der Zumessung obiger Strafen, bei welcher das Ermessen des Richters ganz vorzüglich wirksam seyn muß, ist vorzüglich auf die persönliche Beschaffenheit des Verbrechers hinsichtlich seiner Geisteskräfte, auf die Umstände, unter welchen er handelte, auf das Verhältniß zu derjenigen Strafe, welche das gleiche vorsätzliche Verbrechen trifft, auf die Gröfse und Gefährlichkeit der verschuldeten Fahrlässigkeit, auf die Natur und den Betrag des dadurch verursachten Schadens, und darauf, ob und in wie weit der Verletzte entschädigt worden, Rücksicht zu nehmen.

ART. 61.

Wenn anzunehmen ist, daß der Thäter nur einen minder strafbaren, als den eingetretenen Erfolg seiner Handlung beabsichtigt habe; so ist ihm die That, so weit sie *beabsichtigt* war als bösllicher Vorsatz, nach dem *Erfolge*

aber als Fahrlässigkeit anzurechnen, und hiernach die Strafe zuzutheilen.

FÜNFTER TITEL.

Von der Vollendung eines Verbrechens.

ART. 62.

Ein Verbrechen ist für *vollendet* zu halten, sobald Alles bewirkt worden, was zu dem gesetzlichen Begriffe desselben gehört.

ART. 63.

Erfordert der gesetzliche Begriff des Verbrechens eine bestimmte Wirkung, so ist das Verbrechen nicht eher für vollendet zu achten, bis diese Wirkung eingetreten ist.

ART. 64.

Wenn die verbrecherische Handlung von der Beschaffenheit war, daß sie, nach ihrer Natur, zur Hervorbringung des Erfolgs genügte, so ist auch anzunehmen, daß der Erfolg *aus ihr* entstanden sey, wenn nicht das Gegentheil durch die Untersuchung gewiß oder sehr wahrscheinlich wird.

SECHSTER TITEL.

Von dem Versuche eines Verbrechens
und von dessen Bestrafung.

ART. 65.

Ein *Versuch zu einem Verbrechen* ist vorhanden, wenn Jemand, in der Absicht ein Verbrechen zu begehen, eine solche Thathandlung vorgenommen, welche als der Anfang der Ausführung des beabsichtigten Verbrechens angesehen werden muß ¹⁾.

ART. 66.

Der Versuch eines Verbrechens ²⁾ wird nicht bestraft, wenn der Thäter vor der Versuchs-Beendigung, nicht durch äußere Hindernisse abgehalten, freiwillig von dem Unternehmen zurückgetreten.

¹⁾ Vergl. *Rofshirt*: im Neuen Archiv für C.-R., B. IX, S. 718. *Gönner's* Motive zum Baierschen Entwurfe eines St.-G. von 1822, S. 74. *Binder's* Bemerkungen zu diesem Entwurfe, S. 36. *Mittermaier's* Bemerkungen über den Entwurf eines St.-G. für das Königreich Hannover, S. 14. Heidelb. Jahrb. der Literat. 1824, Jul. S. 654. *Bauer's* Anmerkungen zu diesem Gesetzb., S. 366.

²⁾ *Code pénal*, Art. 2. »*Toute tentative de crime qui aura été manifesté par des actes extérieures et suivi d'un commencement d'exécution, si elle n'a été suspendu ou n'a manqué son effet que par des circonstances fortuites ou indépendantes de la volonté de l'auteur, est considéré comme le crime même.*«

Es wird dieses alsdann angenommen, wenn durch die Untersuchung kein Hinderniß der Vollbringung des Verbrechens ausgemittelt worden.

Lag in der Versuchshandlung jedoch schon ein eigenthümliches Verbrechen, so wird dieses bestraft.

ART. 67.

War das versuchte Verbrechen von solcher Beschaffenheit, daß dessen Vollendung mit einer Karrenstrafe hätte geahndet werden müssen, und es nach Obigem straflos bleibt: so können polizeiliche Sicherheitsmaafsregeln gegen den Thäter von dem Gerichte verordnet werden.

ART. 68.

Wenn alle zur Hervorbringung des Verbrechens erforderliche Handlungen geschehen sind, ohne daß der beabsichtigte Erfolg entstand: so ist *ein beendigter Versuch* vorhanden.

ART. 69.

Der beendigte Versuch wird mit der *Hälfte* derjenigen Strafe belegt, welche das vollendete Verbrechen nach sich gezogen hätte.

Kann die Hälfte dieser Strafe in derjenigen Strafart, mit welcher das vollendete Verbrechen geahndet wird, nicht vollzogen werden: so bestimmt das Gericht, nach seinem Ermessen, die geringere Strafe in *der* Art, daß sie, nach der Persönlichkeit des Verbrechers, für halb so hart, als die auf das vollendete Verbrechen gesetzte Strafe zu halten ist.

ART. 70.

Der nächste Versuch (oder das angefangene Verbrechen) ist vorhanden, wenn der Thäter schon diejenige Handlung angefangen hatte, deren Vollendung den gesetzwidrigen Erfolg unmittelbar hervorbringen sollte oder konnte.

ART. 71.

Dieser wird, unter obigen Bestimmungen, mit *einem Viertel* der Strafe belegt, mit welcher das vollendete Verbrechen geahndet wäre.

ART. 72.

Der entfernte Versuch (das vorbereitete Verbrechen) ist vorhanden, wenn der Thäter Handlungen begangen hat, durch welche die Haupt-handlung *erst vorbereitet* werden sollte.

ART. 73.

Der entfernte Versuch wird, nach dem Ermessen der Richter, in Berücksichtigung der Schwere des vorbereiteten Verbrechens und der Persönlichkeit des Thäters, mit einer der fünf leichtern Strafen belegt.

ART. 74.

Faßt der Versuch ein anderes vollendetes Verbrechen in sich, so wird dieses bestraft und die Strafe für den Versuch hinzugefügt.

ART. 75.

Wandte der Thäter zu dem Versuche solche Mittel an, welche als gänzlich untauglich zu dem Zwecke zu betrachten sind: so ist zu berücksichtigen, ob andere gesetzwidrige Folgen

aus ihrer Anwendung entstehen konnten, und ist sodann hiernach die Strafe zuzumessen.

Waren die Mittel gänzlich unschädlich, so ist höchstens auf Gefängnißstrafe von einem Monate zu erkennen.

SIEBENTER TITEL.

Von den Theilnehmern an einem Verbrechen und deren Bestrafung ¹⁾.

ART. 76.

Als *Theilnehmer* an einem Verbrechen sind *Urheber*, *Gehülfen* und *Begünstiger* zu betrachten. Ihre Handlungen werden von dem Gesetze nach den verschiedenen Graden ihrer Strafbarkeit geahndet.

ART. 77.

Urheber des Verbrechens ist derjenige, in dessen Willen und Handlung die Ursache vorhanden war, wodurch das Verbrechen als Wirkung hervorgebracht wurde.

¹⁾ Vergl. *Borst*, über die Theilnahme an einem Verbrechen. Neues Archiv des C.-R., B. VII, S. 671 ff. *Stübel*, über die Theilnahme mehrerer Personen an einem Verbrechen. Dresden, 1828. 8.

ART. 78.

Es gehören daher zu den *Urhebern*:

1. derjenige, welcher das beabsichtigte Verbrechen durch die eigene Handlung ausführte;
2. Der *Anstifter*, d. i. derjenige, welcher vorsätzlich bewirkte, daß das Verbrechen von Andern begangen wurde.

ART. 79.

Als *Anstifter* ist diesemnach zu betrachten, wer, in der Absicht, daß das Verbrechen geschehe, durch Gewalt, Drohung, Befehl, Auftrag, Rath, Verführung, Erregung oder Benutzung eines Irrthums oder einer Leidenschaft, zur Begehung des Verbrechens die Veranlassung gab.

ART. 80.

Dem *Urheber* ist der *Hauptgehülfe*, hinsichtlich der Strafbarkeit, gänzlich gleich zu achten. Als ein solcher wird derjenige betrachtet, der bösslich durch Hinwegräumung von Hindernissen, ohne welche das von einem Andern beschlossene Verbrechen ungeschehen geblieben wäre, die Veranlassung wurde, daß es Statt hatte.

ART. 81.

Die Ehefrau des Verbrechers, die in seiner Gewalt stehenden Kinder, Enkel und minderjährigen Pflegebefohlenen, werden, wenn sie als Miturheber seines Verbrechens befunden werden, nur als *Gehülfen* bestraft; es sey denn,

dafs die Umstände ergäben, dafs es nicht ihre Abhängigkeit von dem Verbrecher war, welche sie bestimmte.

ART. 82.

Wer durch Reden oder Handlungen *unabsichtlich* eines Andern Entschlufs zum Verbrechen *veranlafste*, wird nach den Vorschriften über Fahrlässigkeit bestraft.

ART. 83.

Einem *Anstifter* ist nicht nur diejenige That zuzurechnen, worauf dessen Wille bestimmt gerichtet war, sondern auch

1. jedes, nicht ausdrücklich von ihm ausgenommene Verbrechen, welches der Vollbringer als nothwendiges Mittel zu der Erreichung des Zweckes begangen hat;
2. jedes Verbrechen, welches als unvermeidliche Folge aus der Handlung entstanden, so weit es dem Übertragenden zuzurechnen wäre, wenn er die verbrecherische Handlung selbst ausgeführt hätte.

ART. 84.

Wenn von dem Vollbringer, Statt des ihm aufgetragenen Verbrechens, ein anderes ausgeführt worden, welches weder als Mittel noch als Folge mit dem übertragenen in Verbindung steht: so ist der Anstifter nach den Gesetzen wider den Versuch des übertragenen und nicht des ausgeführten Verbrechens zu bestrafen.

ART. 85.

War das Verbrechen, welches der Vollbringer als Mittel zur Ausführung der übertragenen Hauptthat begangen, von dem Anstifter ausdrücklich ausgenommen: so ist diesem blofs die vollführte Hauptthat, und wenn diese unausgeführt geblieben, allein der nächste Versuch zu dem übertragenen Verbrechen zuzurechnen.

ART. 86.

Wenn der Anstifter dem Vollbringer zugleich bestimmt die Art der Ausführung vorge-schrieben, dieser aber die bestimmten Grenzen überschritten: so ist jener zwar des entstandenen Verbrechens, jedoch ohne Rücksicht auf die nicht beabsichtigten Erschwerungen, für schuldig zu erkennen.

ART. 87.

Wenn die Mehrheit, oder selbst die Gesamtheit der Mitglieder einer *Gemeinde, Zunft oder Corporation* ein Verbrechen begangen hat, so sollen allein die schuldigen Einzelnen, nicht die gesellschaftliche Verbindung selbst, als strafbar angesehen werden.

Solchemnach ist so wenig eine Vermögensstrafe, als der Ersatz des Schadens oder der Proceßkosten aus den Gemeine-Gütern zu entnehmen.

ART. 88.

Wenn Zwei oder Mehrere, von denen Jeder an der Vollbringung einer bestimmten straf-

baren That ein Interesse hat, sich zu deren Begehung verabredet haben, desgleichen, wenn Jemand einer solchen Verabredung nachher beigetreten, so ist ein *Komplott* vorhanden.

ART. 89.

Jeder *Theilnehmer an einem Komplotte* ist, nach Vollendung des Verbrechens, als *Mit-urheber* desselben zu betrachten.

ART. 90.

Diejenigen, welche, ohne an der Hauptverabredung und den Berathschlagungen Theil zu nehmen, gleichwohl zur Beförderung der Absicht des Komplotts Beihülfe versprochen oder geleistet haben, sind, wenn sie nicht gesetzlich als *Hauptgehülfen* anzusehen, als *Gehülfen* zu bestrafen.

ART. 91.

Die *gemeinen Theilnehmer an einem Komplott* empfangen *die Strafe* des ausgeführten Verbrechens.

Wenn die Strafe von dem Gesetze nach der höchsten und geringsten Stufe bestimmt ist, so wird den verschiedenen Theilnehmern, nach der Beschaffenheit ihrer Mitwirkung, die Strafe innerhalb der gesetzlichen Grenzen zugemessen.

ART. 92.

Dagegen sollen die *Häupter des Komplotts* und zwar

1. diejenigen, welche zuerst die Vereinigung veranlaßt (d. i. die *Anstifter*), desgleichen

2. diejenigen, welche den Plan des Verbrechens entworfen, oder das Unternehmen zur Zeit der Vollbringung desselben geleitet haben (d. i. die *Rädelsführer*), mit geschärfter Strafe belegt werden.

ART. 93.

Blieb das Verbrechen unvollendet, so wird das Komplott nach den Bestimmungen über den *Versuch*, wenn solcher unter erschwerenden Umständen unternommen wurde, bestraft.

ART. 94.

Hat ein Theilnehmer des Komplotts bei der Ausführung des beschlossenen Verbrechens nicht mit gewirkt: so soll derselbe, wenn es der *Anstifter des Komplottes* ist, dennoch gleich einem *Miturheber* bestraft werden; ist es hingegen ein *gemeiner Theilnehmer*: so wird er mit der entsprechenden Strafe des *Versuchs* belegt.

Es ist in beiden Fällen besonders zu beachten, ob der *Theilnehmer* den Übrigen seinen Entschluß, von dem Komplotte *abzugehen, vor oder bei* der Ausführung bestimmt zu erkennen gegeben; oder ob er die Genossen *in der Erwartung seines Beistandes gelassen*, oder ob er sich *zur Mitwirkung bereitwillig* gezeigt hat; nach welcher Verschiedenheit die Strafe zuzutheilen.

ART. 95.

Ein Theilnehmer des Komplotts bleibt dann *von der Strafe frei*, wenn derselbe vor der Aus-

führung der That *zeitig* das Komplott der Obrigkeit angezeigt hat.

Auch dadurch, daß der *Theilnehmer* demjenigen, welchem durch das Komplott Schaden zugefügt werden sollte, so zeitig von den Umständen benachrichtigte, daß der Schaden nicht Statt hatte, wird für diesen anzeigenden Theilnehmer Strafflosigkeit bewirkt.

ART. 96.

Wenn bei der Ausführung ein schwereres Verbrechen, als welches ausdrücklich oder stillschweigend verabredet war, begangen wurde, so trifft

1. *die gemeinen Theilnehmer* die Strafe dieses schwereren Verbrechens nur dann, wenn sie dazu mitgewirkt, oder von demselben vor der Ausführung Kunde gehabt haben.
2. Die *Häupter des Komplottes* werden hingegen, auch ohne diese Voraussetzungen, zugleich wegen des begangenen schwereren Verbrechens, und zwar in Ermangelung besonderer Bestimmungen, mit der Strafe der *Beihülfe* zu diesem Verbrechen belegt.

Haben sie jedoch das schwerere Verbrechen nach Vermögen zu verhüten gesucht, so werden sie nur mit Rücksicht auf das verabredete Verbrechen bestraft.

ART. 97.

Die Gesetze wider das Komplott sind auch

auf *Banden* anzuwenden, worunter solche Komplotte verstanden werden, welche zur Verübung mehrerer, einzeln noch unbestimmter, Verbrechen eingegangen sind.

Die Vereinigung zu einer *Bande* ist als Erschwerungsgrund bei Zumessung der Strafe zu betrachten.

ART. 98.

Den einzelnen Theilnehmern einer Bande sind *nicht alle* von derselben verübte Verbrechen völlig zuzurechnen, sondern jeder einzelne Genosse derselben ist allein hinsichtlich derjenigen Verbrechen als *Miturheber* zu betrachten, welche er selbst mit verabredet, oder zu welchen er vor, bei oder nach der Ausführung auf irgend eine Art, durch Rath u. s. w. mitgewirkt, oder zu deren Mitausführung er durch seine Gegenwart, zur Zeit der Vollziehung, seine Bereitschaft erklärt hat.

ART. 99.

Diejenigen Mitglieder einer Bande, welche an keinem der einzelnen Verbrechen Theil genommen haben, sollen mit der Strafe des *nicht beendigten Versuchs*, hinsichtlich der von der Bande verübten Verbrechen belegt werden.

ART. 100.

Sie bleiben hinsichtlich der eben gedachten Verbrechen *straflos*:

1. wenn sie der Obrigkeit das Daseyn der Bande anzeigen;

2. wenn sie vor Entdeckung der Bande aus derselben gänzlich ausgetreten sind.

Diese gänzliche Verlassung des verbrecherischen Verhältnisses wird nur dann angenommen, wenn sie auf eine völlig unverdächtige Weise, wenigstens einige Monate lang, sich durch einen erlaubten Gewerbszweig ernährten.

ART. 101.

Wer die Ausführung des von einem Andern schon beschlossenen Verbrechens wissentlich und vorsätzlich befördert, ist *Gehülfe* ¹⁾.

War jedoch der von ihm geleistete Beistand so wesentlich zur Vollführung des Verbrechens, daß ohne denselben dieses nicht hätte zu Stande gebracht werden können, so wird er, als *Hauptgehülfe*, dem Urheber gleich geachtet.

ART. 102.

Als *Gehülfen des ersten Grades* sind diejenigen anzusehen:

1. welche dem Urheber über Art, Mittel oder Gelegenheit der Ausführung Belehrung ertheilt haben, nach welcher das Verbrechen vollzogen worden;
2. diejenigen, welche demselben die zur Vollziehung der That dienenden Mittel und

¹⁾ Vergl. *Gönnert*: Einige Motive zum Baierischen Entwurf des Strafgesetzb. (v. 1822), München, 1825. S. 8.

Werkzeuge mit bösem Vorsatze verschafft haben;

3. diejenigen, welche in dem Zeitpunkte der Ausführung Beistand leisteten, entweder durch unmittelbare Theilnahme an der Haupt-handlung selbst, oder durch Spähestehen, Kundschaftgeben oder auf ähnliche Weise;
4. Staatsbeamte und öffentliche Diener, welche durch ihr Amt zur Entdeckung, Verhinderung, Anzeige, Untersuchung oder Bestrafung eines Verbrechens verpflichtet sind, wenn sie den Verbrechern *vor oder in* der Zeit der Vollbringung die Unterlassung ihrer Amtspflicht versprochen, oder sonst das Verbrechen vorsätzlich befördert haben;
5. diejenigen, welche vorsätzlich die in ihrer Gewalt oder unter ihrer Aufsicht stehenden Personen an der Ausführung des von ihnen beabsichtigten Verbrechens nicht hinderten, sie mögen an den Vorthelen oder dem Erfolge des Verbrechens Theil genommen haben oder nicht.

ART. 103.

Als *Gehülfen des zweiten Grades* sind zu betrachten:

1. die Rathgeber, bei denen die eben ange-deuteten Erfordernisse nicht vollständig vorhanden sind;
2. diejenigen, welche dem Urheber solche Mittel und Werkzeuge verschafft haben, die

nur zu vorbereitenden, oder zu Nebenhandlungen, oder zu Unternehmungen und Absichten nach vollbrachter Hauptthat, dienen sollten;

3. diejenigen, welche vor dem Zeitpunkte der Vollbringung der That irgend eine Hülfe oder Förderung geleistet haben;
4. Alle, welche vor oder in dem Zeitpunkte der Vollendung dem Verbrecher die Verheimlichung seiner That, oder Hülfe und Unterstützung nach geendetem Verbrechen versprochen.

Würde aus den Umständen erhellen, daß der Thäter ohne solche Zusage das Verbrechen nicht verübt haben würde, so sind sie als Gehülfen des ersten Grades anzusehen.

ART. 104.

Jeder Unterthan ist schuldig, Verbrechen, welche in seiner Gegenwart vorbereitet oder angefangen werden, oder von welchen er in Erfahrung gebracht, daß sie geschehen sollen, entweder durch schleunige Anzeige bei der nächsten Obrigkeit oder durch Warnung der dadurch gefährdeten Person, und im Falle der Unthunlichkeit des Vorigen, durch Herbeirufen oder Herbeiholen Anderer, oder durch sonstige in seiner Macht stehende Mittel, soweit es ohne Gefahr für ihn oder einen Dritten geschehen kann, zu verhindern.

Wer diese Bürgerpflicht nicht erfüllt hat,

ist als ein *Gehülfe des dritten Grades* anzusehen.

ART. 105.

Die Strafe der Beihülfe des ersten Grades kann, in sofern das Gesetz keine besondere Vorschriften enthält, bis zu zwei Drittheilen der für das Verbrechen selbst gesetzlich angedrohten Strafe steigen.

Die Strafe der Beihülfe des zweiten Grades bis zur Hälfte.

Die Strafe der Beihülfe des dritten Grades kann Gefängnißstrafe nicht überschreiten.

ART. 106.

Blutsverwandte in auf- und absteigender Linie, leibliche Geschwister und Ehegatten sind gegen einander weder zur obrigkeitlichen Anzeige, noch zu solchen verhindernden Handlungen, welche die Anzeige zur Folge haben würden, bürgerlich verpflichtet. .

ART. 107.

Einem Gehülfen kommt die Einrede, daß er nach seiner Absicht die Beihülfe zu einem geringern Verbrechen leisten wollen, als von dem Urheber vollzogen worden, nur dann zu Statten, wenn es ausgemittelt wurde, daß ihn der Urheber ausdrücklich zu dem geringern Verbrechen aufgefordert habe, und wenn von ihm seine Beihülfe auch nur innerhalb der Grenzen dieses geringern Verbrechens geleistet worden.

In diesem Falle ist seine Strafe nach dem

Verhältnisse der Strafe desjenigen Verbrechens auszumessen, worauf, seiner Absicht nach, die Beihülfe gerichtet war.

ART. 108.

Ist das Verbrechen, zu welchem die Beihülfe geleistet wurde, nicht vollendet worden, so ist die Strafe des Gehülfen in dem Verhältnisse zu der vom Hauptthäter verwirkten Strafe *des Versuches* auszumessen.

War kein Versuch unternommen, so wird die Strafe des Gehülfen nur mit Rücksicht auf die selbst von ihm bewiesene Thätigkeit nach den gesetzlichen Vorschriften bestimmt.

ART. 109.

Eine blos versprochene aber nicht geleistete Beihülfe wird nach den Gesetzen wider den Versuch beurtheilt.

ART. 110.

Wer dem Thäter, ehe das Verbrechen vollendet worden, eine erst nach dessen Vollendung zu leistende Unterstützung versprach, dieses Versprechen aber nicht erfüllte, ist nur dann strafflos, wenn er jenem noch vor der Vollendung der That die Zurücknahme seiner Zusage bestimmt erklärte.

ART. 111.

Sowohl die Urheber als die Gehülfen eines Verbrechens haften dem Staate Einer für Alle und Alle für Einen für die Kosten, welche das

Strafverfahren und die Strafvollziehung verur-
sachten.

ART. 112.

Wer nach vollbrachtem Verbrechen einen
Übelthäter durch pflichtwidriges Thun oder Un-
terlassen in Bezug auf das begangene Verbre-
chen beförderlich ist, ohne ihm jedoch vor Voll-
endung der That Unterstützung versprochen zu
haben, der macht sich der *Begünstigung* schuldig.

Hierhin gehört:

1. Wer den Verbrecher wissentlich bei sich
aufnimmt oder verbirgt, der nachforschen-
den Obrigkeit verhehlt, oder denselben zur
Flucht oder zum Fortkommen behülflich ist;
2. wer die Entdeckung der That oder des
Thäters durch Unterdrückung der Werk-
zeuge und der Spuren des Verbrechens oder
der Beweismittel zu verhindern sucht;
3. wer die durch das Verbrechen gewonne-
nen Sachen wissentlich bei sich aufnimmt,
verbirgt, verheimlicht, an sich bringt, zum
Verhandeln, Zerstören, Unkennbarmachen
oder Unterbringen übernimmt.

ART. 113.

Es soll für eine *Begünstigung* geachtet wer-
den, wenn Jemand von einem Verbrecher, we-
gen welches eine unschuldige Person in Unter-
suchung und zur Haft gebracht, oder gar zu ei-
ner Strafe verurtheilt worden ist, Wissenschaft
hat, und die gerichtliche Anzeige unterläßt.

ART. 114.

Die *Strafe der Begünstigung* ist, vorbehältlich der für gewisse Fälle gegebenen besondern Vorschriften, mit Rücksicht auf die Gröfse des begangenen Verbrechens, in dem Maafse zu bestimmen, dafs,

1. wenn die Begünstigung *aus Interesse an der strafbaren Handlung selbst* verübt worden, keine höhere als Zuchthaus- oder Zwangsarbeits-Strafe —
2. wenn sie *aus Gewinnsucht* Statt gefunden, höchstens Gefängnisstrafe —
3. wenn sie *aus Theilnahme an dem Schicksale des Verbrechers* Statt hatte, höchstens Geldbuse erkannt werden soll.

Des Verbrechers Ehegatte, Verwandte in auf- und absteigender Linie, Geschwister, Verschwägte bis zum zweiten Grade, Vormünder, Pflegeältern und Pflegebefohlene, genau verbundene Freunde, bleiben im letzten Falle von aller Strafe frei.

ART. 115.

Der *gewerbsmäfsigen Begünstigung* (Hehlerei) ist derjenige für überwiesen zu halten, der den Beweis gegen sich hat, dafs er aus eigennütziger Absicht sich schon wenigstens dreimahl, zu verschiedenen Zeiten, der Begünstigung schuldig gemacht hat.

ART. 116.

Die *Strafe der Hehlerei* ist doppelt so

grofs als die der einfachen Begünstigung.

Wird die Hehlerei wiederholt, nachdem sie einmahl bestraft worden, so zieht sie auch den *Verlust des Gewerbes*, welches dieselbe erleichtert, als z. B. der Gastwirthschaft, des Trödelhandels u. s. w. nach sich.

ART. 117.

Wer vermöge seines Amtes, Berufes, oder in Gemäfsheit einer gesetzlichen Vorschrift *begangene* Verbrechen anzuzeigen verpflichtet ist, und dieses absichtlich unterläßt, der soll als *Begünstiger* bestraft werden.

Ist diese Unterlassung schon dreimahl geschehen, so wird er gleich einem Hehler bestraft, und seiner Dienste entsetzt.

ACHTER TITEL.

Von der Begründung der Strafflosigkeit.

ART. 118.

Die Strafbarkeit wird durch eine Gesetzwidrigkeit des Willens, als Ursache des Verbrechens, bedingt. Sie wird mithin *ausgeschlossen* durch das Vorhandenseyn eines Zustandes der Person, in welchem für sie die Möglichkeit aufgehoben war, entweder überhaupt nach Will-

kühr, und also frei zu handeln, oder ihre Willkühr den Strafgesetzen gemäß zu bestimmen.

Hierbei ist jedoch nothwendig erforderlich, daß dem *die unmittelbare Zurechnung* ausschließenden Zustande nicht selbst ein gesetzwidriger Wille, als Vorsatz oder Fahrlässigkeit, zum Grunde liege.

ART. 119.

Kannte der Thäter den bei ihm von Zeit zu Zeit eintretenden Zustand der Seelen-Unfreiheit, und er nahm keine Maafsregeln gegen mögliche Schadensstiftung, so macht er sich der *Fahrlässigkeit* schuldig.

ART. 120.

Es sind, nach obigen Grundsätzen, insbesondere von Strafe frei:

1. Kinder unter zehn Jahren, mit Vorbehalt dessen, was früherhin verordnet worden;
2. Rasende, Wahnsinnige, Verrückte, und überhaupt solche Personen, die eine Handlung in einem Seelenkrankheits-Zustande begangen haben, in welchem sie des Gebrauchs ihrer Vernunft nicht mächtig waren;
3. Solche, die durch Blödsinn *völlig* außer Stande sind, die Folgen ihrer Handlungen richtig zu beurtheilen, oder deren Strafbarkeit einzusehen;
4. Personen, welche durch Altersschwäche, oder auf jede andere Weise den Gebrauch ihres Verstandes verloren;

5. Taubstumme, wenn sie nicht durch Unterricht auf eine solche Art gebildet worden, daß mit Sicherheit anzunehmen ist, die Sträflichkeit ihrer Handlung sey von ihnen erkannt. Selbst aber in diesem Falle werden sie wie Personen behandelt, welche sich zwischen dem zehnten und sechzehnten Lebensjahre befinden.
6. Personen, welche die sträfliche Handlung in irgend einem vorübergehenden unverschuldeten Zustande gänzlicher Sinnenverwirrung oder mangelnder Vernunftthätigkeit begangen haben.

ART. 121.

Wenn die Umstände darweisen, daß durch die vorhandene Seelenkrankheit die Zurechnung zwar nicht ganz ausgeschlossen, aber doch gemildert wird, so ist die gesetzliche Strafe herabzusetzen.

ART. 122.

Aus ähnlichen Gründen ist eine Handlung für nicht strafbar zu halten,

7. wenn der Thäter, in unüberwindlicher schuldloser *Unwissenheit*, seine Handlung für erlaubt und unsträflich hielt, wobei vorauszusetzen ist, daß sie nicht schon nach den Naturgesetzen als rechtswidrig erscheine;
8. wenn Jemand durch unwiderstehliche körperliche Gewalt zu einer rechtswidrigen

Handlung auf die Art gezwungen wurde, daß die Handlung nicht für die seinige, sondern für die des Zwingenden gehalten werden muß.

ART. 123.

Es entschuldigt ein empfangener *Befehl* zur Begehung eines Verbrechens den Thäter nicht.

Wenn jedoch ein Staatsbeamter oder eine öffentliche Behörde ihren untergebenen Beamten, Dienern oder untergeordneten Behörden eine solche Handlung befohlen hat, welche nur als Mißbrauch, Überschreitung oder Verletzung der Amtspflichten straffällig ist, so wird allein der Befehlende verantwortlich.

ART. 124.

Die stillschweigende oder selbst die ausdrückliche Erlaubniß des Beschädigten zu einer strafbaren Handlung macht diese nicht erlaubt; es sey denn, daß sie allein in einer nicht gemeingefährlichen Verletzung solches Eigenthums bestehe, über welches er ausschließlic zu verfügen die Befugniss hat.

ART. 125.

Wer ein ihm zustehendes Recht auf die gesetzliche Weise ausübt, bleibt wegen der daraus erwachsenden Folgen ohne Verantwortung.

ART. 126.

Rechtswidrige Gewaltthaten und verbrecherische Angriffe auf Personen oder Güter, zu de-

ren Abwendung die Aufforderung obrigkeitlicher Hülfe unmöglich, oder diese unzureichend ist, darf ein Jeder von sich selbst und Andern durch *Privatgewalt* abwenden, und die in solcher rechtmäßigen Vertheidigung (*Nothwehr*) geschehene Vergewaltigung, Beschädigung oder Tödtung des Angreifers bleibt an dem Thäter ohne Strafe, sofern derselbe die gesetzlichen Grenzen nicht überschritten hat.

ART. 127.

In gleicher Weise darf einer Person, welche sich in der *Nothwehr* befindet, Beistand geleistet werden.

ART. 128.

Die gewaltsame Privatvertheidigung ist nicht entschuldigt, wenn Zeit und Gelegenheit zu andern, dem Angegriffenen nicht unbekannten Mitteln vorhanden waren, durch welche derselbe sich dem Angriffe gefahrlos entziehen, das bedrohte Gut in Sicherheit bringen, oder sonst die Absicht des Angreifers zu vereiteln vermochte.

ART. 129.

Bei der vorhandenen Nothwendigkeit zu einer gewaltsamen Privatvertheidigung darf ihre Ausübung nicht weiter getrieben und kein gefährlicheres Vertheidigungsmittel gebraucht werden, als zur Abwendung der drohenden Gefahr durchaus erforderlich ist.

Deshalb ist

1. der Gebrauch lebensgefährlicher Vertheidigungsmittel strafbar, wenn der Angreifende durch ungefährliche Gewalt übermannt oder abgehalten werden konnte;
2. wer durch bloß abhaltende Gegenwehr sich des Angriffs zu erwehren vermochte, wird durch die Anwendung einer auf Leib und Leben gerichteten Gewalt strafbar;
3. desgleichen derjenige, welcher den Gegner durch mäßige Verwundung abhalten konnte, und ihn dennoch lebensgefährlich verletzte oder tödtete.

ART. 130.

Überschritt der Angegriffene die Grenzen der Nothwehr, so ist nach den Umständen zu beurtheilen, ob derselbe in einem durch den Angriff verursachten Zustande der Zurechnungs-Unfähigkeit gehandelt habe, oder ob ihm die Überschreitung zur Fahrlässigkeit oder zum rechtswidrigen Vorsatze zuzurechnen sey.

ART. 131.

Wer in der *Nothwehr* einen Andern getödtet oder verwundet hat, ist verpflichtet, den Vorfall der nächsten Obrigkeit schleunigst *an-
zuzeigen*, wenn die Obrigkeit nicht schon auf andere Weise Nachricht von dem Vorfalle erhalten hat.

Wenn er dieses unterläßt, oder gar den Vorfall zu verheimlichen trachtet, so ist er mit Gefängniß, und zwar im Falle einer Tödtung

bis zu sechs Monaten, im Falle einer Verwundung aber bis zu zwei Monaten zu bestrafen.

ART. 132.

Wer, um eine gegenwärtige, dringende, nicht anders abzuwendende Gefahr für das Leben oder ein anderes unersetzliches persönliches Gut von sich oder einem Andern abzuwenden, eine gesetzwidrige Handlung begangen hat, dem ist diese in solchem *Nothstande* verübte That nicht zuzurechnen, in sofern solche nur in einem Eingriffe in das Eigenthumsrecht besteht, oder von der Beschaffenheit ist, daß ihre Folgen ausgeglichen werden können ¹⁾.

Hat sich jedoch der Thäter durch ein Verbrechen in den *Zustand der Noth* versetzt, oder denselben absichtlich herbeigeführt, um unter diesem Vorwande eine Rechtsverletzung zu begehen, oder hat er bei Abwendung der Gefahr die gehörigen Grenzen bösslich überschritten, so ist er dafür verantwortlich.

ART. 133.

Wenn ein Verbrecher, ehe die von ihm begangene strafbare Handlung überall bekannt geworden, den von ihm gestifteten *Schaden*

¹⁾ Diese Einschränkung ist durchaus nothwendig, sonst würde es erlaubt seyn, um Jemand aus den Händen eines Mörders zu befreien, diesen auf einen dritten Unschuldigen hinzuweisen. — Erlaubt ist es aber, um unter vielen denklichen Fällen nur ein Beispiel zu wählen, die Pferde Jemandes unbrauchbar zu machen oder gar zu tödten, um ihn an der Ausführung eines beabsichtigten Mordes zu hindern.

gänzlich ausgeglichen hat, so daß in dieser Hinsicht das Verbrechen als ungeschehen betrachtet werden kann: so soll er mit aller Strafe verschont werden ²⁾).

²⁾ Den Tadel, der diesen Artikel treffen wird, sehe ich voraus. Auch ist dasjenige, was gegen denselben eingewendet werden, und diesem wieder entgegengesetzt werden kann, so in die Augen leuchtend, daß es überflüssig seyn würde, es hier darzulegen. (Vorzüglich gut ist dieses ausgeführt von Oerstedt in der ausführlichen Prüfung des neuen Entwurfs zu einem Strafgesetzbuche für Baiern, von 1822, S. 160 ff.) Es scheint mir aber die Bestimmung des Artikels eben so sehr mit den Gesetzen der Moral als der Strafpolitik in Einklang zu seyn. Ein Domestik stiehlt z. B. seinem Herrn eine Summe Geldes. Ehe noch der Verlust bemerkt wurde, legt er aus Reue den ganzen Werth wieder an Ort und Stelle, vielleicht erklärt er sich selber für schuldig: — wer möchte hier Strafgesetze anwenden? — Ist es möglich, daß der Thäter, zur strengsten Moral zurückgekehrt, mehr thun konnte? — Muß er nicht in seinem Gewissen völlig beruhigt seyn? — Soll er sich selbst dem Richter überliefern? — Dieß verlangten niemahls Gesetze. *Oesterreichisches Gesetzbuch über Verbrechen und schwere Polizeivergehungen, von 1803, §167:*

»Jeder Diebstahl und jede Veruntreuung hört auf ein Verbrechen zu seyn, wenn der Thäter *eher als die Obrigkeit sein Verbrechen erfährt*, den ganzen aus seiner That entspringenden Schaden wieder gut macht.
»Eben dieses gilt auch von der Theilnehmung.«

Diese Bestimmung scheint mir gefährlich. Wenigstens müßte hinter den im Druck ausgezeichneten Worten *freiwillig* stehen. Vergl. ferner: den *Baierschen Entwurf von 1822, Art. 98. Gönner's: Einige Motive u. s. w., S. 81. Oersted's Neuer Beitrag zu den Verhandlungen über Gegenstände der Strafgesetzgebung, S. 135.*

ART. 134.

War aber das Verbrechen schon bekannt, obwohl auf den Thäter noch kein Verdacht gefallen: so kann jener freiwillige Ersatz *nicht völlige* Strafflosigkeit bewirken.

Der Richter ist in diesem Falle ermächtigt, eine mildere als die gesetzliche Strafe zu erkennen.

ART. 135

Niemand darf wegen desselben Verbrechens mehrmahls bestraft werden.

ART. 136.

Durch den Tod des Verbrechers wird die von ihm verwirkte Strafe getilgt.

Selbst eine rechtskräftig erkannte, annoch rückständige Geldstrafe wird von seinen Erben nicht eingefordert ³⁾.

Wegen Wiedererstattung, Schadensersatz, Schmerzensgelder, Haft- und Untersuchungskosten treten die Erben völlig in die Verpflichtung des Verbrechers.

ART. 137.

Durch die gesetzliche *Verjährung* wird die Strafbarkeit völlig getilgt.

Ist die Verjährungszeit bis auf zwei Drittheile abgelaufen, ohne dafs gegen den Verbrecher irgend eine gesetzwidrige Handlung zur

³⁾ Vergl. Entwurf eines Criminalgesetzb. für das Königr. Sachsen, von 1824, § 281.

Sprache gekommen, so ist dieser Umstand als ein Milderungsgrund anzusehen.

ART. 138.

Die zur Verjährung erforderlichen Zeiträume sind:

1. bei Verbrechen, welche durch den bürgerlichen Tod, oder die zeitliche Strafe des großen Karren geahndet werden, *zwanzig* Jahre;
2. bei solchen, worauf die Strafe des kleinen Karren steht, *funfzehn* Jahre;
3. bei denen, die durch Zuchthaus- oder Zwangsarbeit geahndet werden, *zehn* Jahre;
4. bei allen übrigen von amtswegen zu untersuchenden Verbrechen, *fünf* Jahre;
5. bei den nicht von amtswegen zu untersuchenden, *ein* Jahr.

ART. 139.

Die Zeit der Verjährung beginnt mit Beendigung der verbrecherischen Handlung.

Sie wird unterbrochen durch eine jede wider den bekannten Thäter gerichtete strafgerichtliche Verfügung.

Nach einer solchen Unterbrechung fängt ihr Lauf sofort von neuem an *).

*) Der Meinung des *Thomasius* (*de bigamiae praescrip.*, § 4): „*Praescriptio criminum non in eum finem est inventa, ut delicta impunita maneant, sed potius,*

ART. 140.

Gegen eine Verurtheilung findet keine Verjährung Statt.

ART. 141.

Die Verjährung des Verbrechens schließt die Verpflichtung zum Schadensersatz nicht aus.

ne propter factorum incertitudinem, ex temporis diuturnitate proveniente, innocentes, in quos suspicio criminis alicujus cadit, indebita afficiantur poena, aut beneficio defensionis priventur, quod ipsum post longum temporis lapsum, propter interitum probationum, maxime difficile redditur« — ist keinesweges haltbar. Es würde sodann bei einem freien offenen Bekenntnisse des Verbrechers gar keine Verjährung Statt finden dürfen. Mag immerhin jene aus dem Ablaufe der Zeit entstehende Schwierigkeit der Untersuchung ein Grund mehr seyn, eine Verjährung der Verbrechen Statt finden zu lassen; der Hauptgrund bleibt stets: die ermangelnde Nothwendigkeit der Ahndung einer gesetzwidrigen Handlung, welche dem Andenken der Menschen größtentheils entzogen ist. Aus diesem Grunde ist die moralische Besserung des Verbrechers nicht erforderlich, um die Verjährung eintreten zu lassen. — Ist die Verjährungszeit noch nicht ganz abgelaufen, und der Verbrecher lebte bis zur Zeit der Bekanntwerdung des Verbrechens unsträflich, dann mag auf seine wahrscheinliche Besserung, als Milderungsgrund, Rücksicht genommen werden.

NEUNTER TITEL.

Von der Zumessung der Strafe und von den Milderungs- und Schärfungsgründen ⁵⁾.

ART. 142.

Soweit das Gesetz den Grad der Strafe unbestimmt gelassen hat, ist der Richter verpflichtet, nach den eigenthümlichen, die Strafbarkeit mehrenden oder mindernden Umständen des besondern Falles, das Maafs der Strafe in anpassenden Graden zu bestimmen. Zu diesem Zwecke soll der Richter *auf die Beschaffenheit der zu bestrafenden Handlung* und *auf die Gröfse der Gesetzwidrigkeit des Willens* Rücksicht nehmen.

ART. 143.

Frauenspersonen ist die Strafe, in der Regel, in niedrigeren Graden als den Männern zuzumessen ⁶⁾.

⁵⁾ »Zum Glücke gingen die Ansichten und Vorschläge mancher Juristen, welche gern die Gesetzbücher zu Taxordnungen gemacht hätten, in welchen für jeden möglichen Fall der Verbrecher auch schon die Strafe angegeben finden könnte, welche er zu erwarten hätte, nicht in die Legislation über.« — *Mittermaier*, Über den neuesten Zustand der Criminalgesetzgebung, S. 64. — Nur Männer, welche nie in Gerichten gesessen, konnten solche geistlose Taxordnungen wünschen. Sie wurden als das Vollkommenste betrachtet!

⁶⁾ Vergl. *Wieland's Geist der peinlichen Gesetze*, Th. 1.

ART. 144.

In Beziehung auf die *Beschaffenheit der Handlung* steigt oder sinkt die Strafbarkeit:

1. nach der Verschiedenheit der Gröfse der entstandenen oder zu befürchtenden Rechtsverletzung oder Beschädigung;
2. nach der Ausdehnung der Beschädigung oder Gefahr, je nachdem diese auf mehrere oder weniger Personen sich erstreckte, das Verbrechen den Staat selbst oder ganze Gemeinden, eine unbestimmte Menge von Personen, oder nur Einzelne in Schaden oder Gefahr gebracht hat;
3. nach den aus den Verhältnissen der Zeit und des Ortes, so wie aus der Heiligkeit des Gegenstandes, entstehenden größeren Gefährlichkeit der That.

ART. 145.

Rücksichtlich der *Gesetzwidrigkeit des Willens* steigt die Strafbarkeit:

1. je zahlreichere und wichtigere Bewegungsgründe für die Beobachtung des Gesetzes

S. 366. *Spangenberg* über das rechtl. Verhältniß des weiblichen Geschlechtes u.s.w. Neues Archiv des Cr.-R., B. VI, S. 138 u. 283 ff. *Mitior enim circa eas debet esse sententia, quas pro infirmitate sexus minus ausuras esse confidimus.* L. 5, § 3, *C. ad leg. Jul. majest. (IX. 8.) — Cap. 6. X. de homicidio (Decretal. V, 12.): .. non solum quantitas et qualitas delicti, sed aetas, scientia, sexus atque conditio delinquentibus sunt attendenda.*

vorhanden waren; je vielfältigere und gröfsere Verpflichtungen von dem Verbrecher verletzt wurden, und jemehr dieser im Stande war, diese Beweggründe und Pflichten deutlich zu erkennen;

2. je vielfältiger und gröfser die Hindernisse waren, welche der Ausführung des Verbrechens entgegenstanden; je mehr Überlegung, Dreistigkeit, Lust oder Anstrengung zur Begehung der That angewendet wurden;
3. je geringer die Veranlassungen für den Thäter waren; je mehr dessen Entschluß aus dem eigenen Willen hervorging;
4. je mehr andere Personen von dem Thäter zur Theilnahme veranlaßt wurden;
5. je tiefer er in ein verbrecherisches Leben versunken;
6. je böartiger die Begierden gewesen, welche ihn zum Verbrechen reizten;
7. je mehr Bosheit er bei der Ausübung des Verbrechens zeigte.

ART. 146.

Die Strafbarkeit wird gemildert:

1. wenn der Verbrecher wegen Mangel an Unterricht und Erziehung, oder wegen religiösen Irrwahns, die Gefährlichkeit und Strafwürdigkeit seiner Handlung nicht völlig erkannt hat;
2. wenn er durch Überredung, Furcht, Versprechungen, Befehl oder Drohung, beson-

ders solcher Personen, denen er Gehorsam schuldig ist, in sofern hieraus nicht Strafllosigkeit erwächst, zu dem Verbrechen bestimmt worden;

3. wenn ihm drückende Armuth oder Noth zu dem Verbrechen die Veranlassung gab;
4. wenn eine ungesuchte, unerwartet aufgestoßene Gelegenheit seine Begierde gereizt hat;
5. wenn er in einer zufällig entstandenen, ihm nicht zur Schuld fallenden großen Gemüthsbewegung handelte;
6. wenn aus dem vorigen Lebenswandel des Verbrechers, und aus den übrigen Umständen auf einen geringen Grad moralischer Verderbtheit geschlossen werden kann.

ART. 147.

Deshalb wird auch *die Strafe gemildert*:

1. wenn der Verbrecher seine Genossen von Verursachung eines größern Schadens abgehalten hat;
2. wenn er die Folgen des Verbrechens zu verhindern, oder
3. den verursachten Schaden zu vergüten aus freiem Antriebe sehr thätig gewesen;
4. wenn er sich selbst freiwillig dem Gerichte angeben;
5. wenn er im Anfange der Untersuchung, vor der Überführung, sein Verbrechen umständlich und wahrhaft bekannt hat.

Wenn der Thäter unbekannte Verbrecher dem Gerichte anzeigte, oder zu deren Ergreifung Mittel und Gelegenheit angab, so hat dieses gleiche Wirkung, insofern es nicht aus Rücksichten geschehen ist, die auf die eigene Rechtfertigung des Verbrechers oder auf Rache Bezug haben.

ART. 148.

Bei Zumessung der Strafe ist das Gericht, aufser den Fällen, wo das Gesetz ausdrücklich die Verwandlung, Milderung oder Schärfung der gesetzlichen Strafe vorschreibt oder gestattet, von dieser gesetzlichen Strafe, weder hinsichtlich der Strafart, noch des Strafmaasses, in der Regel abzuweichen berechtigt.

Das Gericht ist, in der Regel, nur befugt, unter Erwägung der Umstände,

1. die im Gesetze nach ihrer größten und niedrigsten Stufe bestimmte Strafe des Verbrechens innerhalb dieser Grenzen zuzumessen;
2. da, wo das Gesetz unter mehreren Strafarten dem Richter die Wahl läßt, auf die angemessenere zu erkennen;
3. die gesetzliche Strafe wegen besonders erschwerender Umstände durch gestattete Zusätze zu schärfen.

ART. 149.

Wenn jedoch wegen der Wichtigkeit zusammenfassender, die Strafbarkeit vermindender

Umstände, selbst der geringste Grad der gesetzlichen Strafe mit dem Grade der Strafbarkeit des besondern Falles, nach dem richterlichen Ermessen in keinem Verhältnisse stehen würde: so kann das Gericht, als Ausnahme von obiger Regel, unter genauer Anführung der außerordentlichen Umstände, auf eine gelindere als die niedrigste gesetzliche Strafe erkennen.

Diese Bestimmung findet auch dann Statt, wenn die Strafart durch das Gesetz ohne Beschränkung festgesetzt ist.

ART. 150.

Bei der Zumessung der Freiheitsstrafen hat das Gericht eine billige Rücksicht auf das Alter des Verbrechers zu nehmen, so daß, wenn derselbe im Alter weit vorgerückt ist, das Maafs der Strafe (jedoch innerhalb der gesetzlichen Grenzen) niedriger anzusetzen ist.

ART. 151.

Eben so hat das Gericht bei der Zumessung der Strafen die Folgen in Anschlag zu bringen, welche die Strafe nach den häuslichen oder bürgerlichen Verhältnissen des Verbrechers für diesen haben wird.

ART. 152.

Die gesetzliche Strafe ist von dem Gerichte in den folgenden bestimmten Fällen nach dem angegebenen Verhältnisse *herabzusetzen*.

ART. 153.

Kinder, welche vor zurückgelegtem zehn-

ten Jahre ein Verbrechen begehen, sind in der Regel der häuslichen Züchtigung ihrer Vorgesetzten zu überlassen. Bei besonderer Bosheit und Gefährlichkeit hat diese Züchtigung unter Mitwirkung der Obrigkeit Statt, wie denn auch das Kind unter besondere Aufsicht gestellt werden kann.

ART. 154.

Hat der Verbrecher zwar *das zehnte, aber noch nicht das sechzehnte Lebensjahr* zurückgelegt, so soll vor Fällung des Strafurtheils, nach vorausgegangener, diesem Gegenstande besonders gewidmeter Untersuchung, zu welcher ein bewährter Schulmann zuzuziehen ist, erst *die Vorfrage* erledigt werden: ob das Verbrechen mit hinlänglicher Unterscheidungskraft verübt worden.

ART. 155.

Wenn diese Frage *verneinend* beantwortet wird, so ist, nach den Umständen, auf eine angemessene körperliche Züchtigung und höchstens auf Gefängniß zu erkennen.

Wird hingegen die gedachte Vorfrage *bejahet*: so sollen die unter den gewöhnlichen Umständen eintretenden Strafen des grossen und kleinen Karren in eine angemessene Zuchthaus- oder Zwangsarbeits-Strafe, und diese in Gefängniß-Strafe verwandelt werden; die Gefängniß-Strafe aber soll gemildert, oder zu einer

mäßigen körperlichen Züchtigung herabgesetzt werden.

ART. 156.

Ist der Verbrecher in dem Alter *zwischen sechzehn und ein und zwanzig Jahren*, so findet auch noch in sofern Milderung der Strafe Statt, daß nie auf die Strafe des großen oder kleinen Karren erkannt werden kann.

ART. 157.

Befindet sich der Verbrecher in dem Alter *zwischen ein und zwanzig und fünf und zwanzig Jahren*, so kann höchstens auf zwanzigjährige Strafe des großen Karren erkannt werden.

ART. 158.

Bei der Ausmessung der Strafen jugendlicher Verbrecher ist besonders auf die Beschaffenheit der Uebertretung selbst, auf das mehr oder weniger vorgerückte Alter des Thäters, auf die etwanige Verführung desselben, auf dessen Gemüthsbeschaffenheit, den Grad seiner Bildung und die von ihm geäußerten mehr oder weniger gefährlichen Neigungen zu achten.

ART. 159.

Mit vorzüglicher Nachsicht sind an jugendlichen Verbrechern die auf Fahrlässigkeit beruhenden Vergehungen zu bestrafen.

ART. 160.

Die Behandlung solcher Sträflinge in den Strafanstalten ist vorzüglich dahin zu richten, daß sie moralisch gebessert werden, und daß

ihnen, wenn es erforderlich ist, Gelegenheit gegeben werde, ein passendes Handwerk zu erlernen.

ART. 161.

Wenn sich aus der Untersuchung ergibt, daß auch bei *Personen, welche das jugendliche Alter bereits überschritten haben*, ein Zustand vorhanden sey, wodurch die *Zurechnung zwar nicht gänzlich ausgeschlossen, jedoch vermindert* wird: so ist die gesetzliche Strafe auf eine ähnliche Weise als bei jugendlichen Verbrechern bestimmt worden, herabzusetzen¹⁾.

ART. 162.

Wie Geistesranke, welche in lichten Zwischenräumen Verbrechen begangen, zu bestrafen seyen, bleibt, nachdem über ihren Seelenzustand die genauesten Untersuchungen angestellt worden, dem richterlichen Ermessen, hinsichtlich des Strafmaafses, überlassen. Es kann aber gegen solche Personen nie auf eine höhere Strafe als auf Zuchthaus erkannt werden, welche Strafe jedoch, wenn sie in die Stelle der des großen Karren tritt, von lebenslänglicher Dauer seyn kann.

ART. 163.

Hohes Alter bewirkt nur in sofern eine

¹⁾ Vergl. Entwurf eines Strafgesetzbuches für das Großherzogthum Sachsen - Weimar - Eisenach, Satz 97.

Herabsetzung der Strafe, daß bei Personen, welche das siebenzigste Jahr überschritten, die verwirkte Karrenstrafe in Zuchthausstrafe von derselben Dauer verwandelt wird.

ART. 164.

Auf gleiche Weise wird mit solchen Personen verfahren, welche an der *fallenden Sucht* leiden.

ART. 165.

Langwierige Untersuchungshaft, welche ein Verbrecher, ohne sein Verschulden, erlitten hat, soll zur Folge haben, daß diejenige Zeit, um welche die Haft zur Ungebühr verlängert worden, dem Verbrecher an der Strafzeit abgerechnet werde, insofern diese nicht von lebenslänglicher Dauer ist.

ART. 166.

Sollte der Verbrecher während der Untersuchung ungerechter Weise hart behandelt seyn, so wird ihm auch diese Erduldung an der Strafe abgerechnet.

ART. 167.

Wenn *mehrere, noch nicht bestrafte Verbrechen Eines Thäters* so zusammentreffen, daß darüber von dem nämlichen Gerichte durch dasselbe Urtheil zu erkennen ist, so entsteht ein *Zusammenfluß von Verbrechen*.

ART. 168.

Wenn ein Verbrechen an demselben Gegenstande oder an einer und derselben Person

mehrmahls begangen ist, so sind die verschiedenen Handlungen für eine einzige That (*fortgesetztes Verbrechen*) anzunehmen, und als eine solche, die jedoch unter erschwerenden Umständen geschehen, zu bestrafen.

ART. 169.

Wenn *in einer und derselben Handlung zu gleicher Zeit* von einem Verbrecher mehrere Übelthaten begangen worden, so soll nur die Strafe des schwersten Verbrechens, doch in einem verhältnißmäßig hohen Maafse, zur Anwendung gebracht werden.

ART. 170.

Ist *ein und dasselbe Verbrechen an verschiedenen Personen oder Gegenständen wiederholt* worden, oder hat der Thäter *in mehreren Handlungen Verbrechen verschiedener Art* begangen, so sind die sämmtlichen verwirkten Strafen, in sofern deren Verbindung möglich ist, in der Regel vereint zu erkennen.

ART. 171.

Es gilt diese Regel von mehrern zeitlichen Freiheitsstrafen nur unter den folgenden Bestimmungen:

1. Sind die zeitlichen Freiheitsstrafen sämmtlich von gleicher Art, so ist, falls sie verbunden das gesetzlich bestimmte höchste Maafs dieser Strafart übersteigen würden, *nur auf die nächstfolgende höhere Straf-*

art, mit Bestimmung einer verhältnißmäßigen Dauer derselben, zu erkennen.

2. Wenn aber zeitliche Freiheitsstrafen verschiedener Art verwirkt sind: so wird auf die *härteste* Strafart erkannt, diese jedoch, der Dauer nach, auf eine der Gröfse der übrigen verwirkten Strafen entsprechende Weise erhöht. Falls aber die hiernach zu verlängernde Strafzeit die gesetzlich bestimmte längste Dauer dieser Strafart übersteigen würde, so ist auf die zunächstfolgende höhere Strafart zu erkennen.
3. In keinem dieser beiden Fälle darf jedoch die Verbindung mehrerer zeitlicher Freiheitsstrafen, wenn sich darunter die Strafe des grofsen Karren nicht befindet, über eine zehnjährige Strafe des grofsen Karren hinausgehen.

Wenn mehrmahlige Strafe des grofsen Karren, oder Strafe des grofsen und des kleinen Karren zusammentreffen: so kann die erste bis auf zwanzig Jahre erstreckt werden.

ART. 172.

Hat der Thäter durch das begangene Hauptverbrechen den bürgerlichen Tod verwirkt, so findet keine weitere Schärfung Statt.

ART. 173.

Bei der Bestimmung und Zumessung dieser Strafen hat der Richter nicht allein auf die Zahl und Gröfse der zusammenfließenden Verbrechen,

sondern auch auf den längern oder kürzern Zeitraum, zwischen den verschiedenen verbrecherischen Handlungen, so wie auf den während desselben vom Thäter geführten Lebenswandel zu achten, außerdem aber auf die schon an und für sich aus der Verbindung der Strafen, ihrer Natur nach, entstehende Erhöhung Rücksicht zu nehmen.

ART. 174.

Wer wegen einer gesetzwidrigen Handlung schon gestraft worden, und sich nachher derselben oder einer gleichartigen Handlung, d. i. einer solchen, die *ähnliche* verbrecherische Triebe voraussetzt, schuldig macht, gegen den soll dieser *Rückfall* bei Zumessung der Strafe als ein Erschwerungsgrund berücksichtigt werden ¹⁾.

ART. 175.

Die Strafe ist desto mehr zu erhöhen, je öfter der Rückfall wiederholt, je bedeutender das früher verhängte Strafübel und je kürzer der Zeitraum zwischen der vorigen Bestrafung und dem Rückfalle ist. Hatte der Rückfall zehn Jahr nach der Abbüßung der Strafe für das frühere Verbrechen Statt, so bewirkt er keine Straf-Erhöhung.

Eben so wenig, wenn die frühere Strafe zwar erkannt, aber noch nicht angetreten war.

¹⁾ Über die neueste Gesetzgebung hinsichtlich des *Rückfalles* vergl. *Hoback*: über den Rückfall, im neuen Archiv des Criminalr., Band IX. S. 134.

ART. 176.

Die erste Erhöhung der Strafe des Rückfälligen kann nicht die Hälfte derjenigen Strafe übersteigen, welche ohne den Rückfall zu erkennen wäre.

Bei einem zweiten Rückfalle *kann*, unter erschwerenden Umständen, *bis* zum Doppelten dieser Strafe erkannt werden.

Bei ferneren Rückfällen tritt wenigstens diese doppelte Strafe beständig ein.

Bei besonderer Gefährlichkeit des Verbrechens *kann* bei einem solchen Verbrecher bis zu dem Dreifachen der ordentlichen Strafe erkannt werden.

ART. 177.

Über die Folgen des Rückfalles werden die Sträflinge bei ihrer Entlassung belehrt. Ist dieses versäumt oder kann es nicht erwiesen werden, so findet keine Straferhöhung für den Rückfall Statt.

ZEHNTER TITEL.

Von der Begnadigung.

ART. 178.

Das Staatsoberhaupt kann die durch ein Verbrechen verwirkte Strafe, nachdem sie zuerkannt worden ist, erlassen, sie in eine andere mildere gesetzmäßige Strafe verwandeln und die begonnene Vollziehung einstellen.

ART. 179.

Durch die Begnadigung werden zugleich die rechtlichen Folgen und Wirkungen der erlassenen oder gemilderten Strafe, gleich als wenn die Strafe nicht zuerkannt worden wäre, aufgehoben, in sofern nicht die Begnadigung einen ausdrücklichen Vorbehalt dieserwegen gemacht hat.

ART. 180.

Die Strafe, welche an die Stelle der zuerkannten gesetzt ist, hat alle die rechtlichen Folgen und Wirkungen, welche *diese* Strafe haben würde, wenn sie *der Richter* zuerkannt hätte.

ART. 181.

Die Gerichtshöfe haben das Recht, den verurtheilten Verbrecher, bei dem Vorhandenseyn von Entschuldigungs- und Milderungsgründen, welche sie im Strafmaasse zu berücksichtigen nicht berechtigt sind, zur Begnadigung zu empfehlen, und bis zum Eingange der höchsten Entschliessung die Strafe aufzuschieben.

ART. 182.

Die von der Regierung eines auswärtigen Staates ertheilte Begnadigung entschuldigt nur die Vergehungen, welche nach den Gesetzen jenes Staates zu bestrafen sind.

BESONDERER THEIL.

ERSTER TITEL.

Von Verbrechen gegen das Daseyn und die äußere Sicherheit des Staates.

Vom Hochverrathe.

ART. 183.

Des *Hochverrathes* macht sich ein Staatsunterthan durch eine Handlung schuldig, deren Zweck ist, das Daseyn oder die Grundverfassung des Staates zu vernichten ¹⁾.

ART. 184.

Es wird der Hochverrath hiernach begangen: ²⁾.

1. durch Angriffe gegen die Sicherheit der geheiligten Person des Staatsoberhauptes, wodurch dessen Leben, Gesundheit oder

¹⁾ Entwurf eines Cr.-Gesetzb. für das Königreich Sachsen von 1824. §. 290. »Wer eine Handlung verübt, um den Staat einem andern Staate einzuverleiben, oder zu unterwerfen, oder eine gewaltsame Veränderung der Staatsverfassung, entweder in Ansehung der zur Regierung berechtigten Personen, oder rücksichtlich der höchsten Gewalt herbeizuführen, ist des *Hochverrathes* schuldig.«

²⁾ Vergl. *Mittermeier*: Über den neuesten Zustand der Criminalgesetzg., S. 108.

Freiheit gefährdet wird, und zwar nicht allein durch unmittelbaren Angriff, sondern auch durch Erregung von Aufruhr, durch Verschwörung im Innern, oder Verbindungen mit Auswärtigen, welche zu diesem Zwecke eingegangen sind;

2. durch Angriffe auf die Selbstständigkeit des Staates:

wenn ein Unterthan, um das Staatsgebiet einem fremden Staate einzuverleiben oder zu unterwerfen, oder um die hierauf gerichteten Pläne einer fremden Regierung zu begünstigen, ein Komplott angestiftet, eine Verbindung mit Auswärtigen geschlossen, einen Aufruhr erregt, oder auch nur an solchen Verbindungen Theil genommen hat;

3. durch Angriffe auf die Verfassung des Herzogthums (Fürstenthums): wenn ein Unterthan, um die bestehende Staatsverfassung durch gewaltsame Mittel zu ändern, oder um den rechtmäßigen Regenten von der Regierung zu verdrängen, oder um die verfassungsmäßige Thronfolge zu verändern, sich in eine Verschwörung oder sonstige Verbindung eingelassen, Aufruhr gestiftet, oder, um jenen Zweck zu erreichen, einen thätigen Angriff auf die öffentliche Gewalt oder auf ein Mitglied des regierenden Hauses gemacht hat.

ART. 185.

Der Hochverrätther wird in der Regel mit dem *bürgerlichen Tode* bestraft.

Bei mildernden Umständen kann jedoch der Hochverrath auch mit der Strafe des grossen Karren von zehn bis zwanzig Jahren geahndet werden.

Die Nachkommenschaft des Hochverrätthers soll, wenn der bürgerliche Tod erkannt wurde¹⁾, ihren Namen verändern.

ART. 186.

Da das Herzogthum (Fürstenthum) einen integrirenden Theil des deutschen Bundes ausmacht, so begründen die dargestellten Handlungen, in sofern sie *gegen den deutschen Bund im Ganzen* gerichtet waren, ebenfalls das Verbrechen des Hochverraths.

Vom Landesverrathe.

ART. 187.

Wer sich feindseliger, wider die äussere Sicherheit des Staates gerichteter Unternehmungen schuldig macht, begeht das Verbrechen der *Landesverrätherei*.

¹⁾ Vergl. *Mittermaier*: Über den neuesten Zustand der Criminalgesetzgebung, S. 72.

ART. 188.

Landesverrätherei ist besonders in folgenden Fällen vorhanden:

1. wenn ein Unterthan einen auswärtigen Staat zu einem Kriege gegen das Herzogthum (Fürstenthum), oder feindlichen Einfall in dasselbe, ausdrücklich aufgefordert, oder ihm, in feindseliger Absicht, zu dem Kriege Veranlassung oder Gelegenheit gegeben, insbesondere denselben durch Verath von Staatsgeheimnissen absichtlich zu dem Kriege aufgereizet hat;
2. wenn ein Unterthan den Feind in einem gegen das Herzogthum (Fürstenthum) ausgebrochenen Kriege mit rechtswidrigem Vorsatze unterstützte.

Es ist demnach als Landesverrätther zu betrachten:

- a. wer irgend einen Vertheidigungsposten dem Feinde verrätherisch übergiebt;
- b. wer, nach eingetretenem Kriegeszustande, zu dem Feinde übergeht und die Waffen gegen das Vaterland führt;
- c. wer dem Feinde als Spion dienet, demselben Operationsplane, Risse von Festungen und Lagern mittheilt, Magazine verräth, ihn durch Uebersendung von Mannschaft, Waffen, Zufuhr oder Munition mit rechtswidrigem Vorsatze unterstützt, Soldaten zum Aufstande, zur Entweichung, zum Ueber-

laufen oder ähnlicher Untreue verführt, oder feindliche Spione in landesverrätherischer Absicht aufnimmt und verbirgt.

ART. 189.

Die Landesverrätherei wird, nach dem Verhältnisse ihrer Gefährlichkeit und des wirklich dadurch gestifteten Schadens, mit zeitlicher Strafe des kleinen oder großen Karren oder mit dem bürgerlichen Tode bestraft.

ART. 190.

Auch gegen den *deutschen Bund* wird unter den dargelegten Verhältnissen das Verbrechen der Landesverrätherei begangen.

Gemeinschaftliche Bestimmungen in Beziehung auf Hoch- und Landesverrath.

ART. 191.

Wer zu einer hoch- oder landesverrätherischen Handlung mündlich in einer Versammlung oder vor einer Volksmenge, oder schriftlich durch Verbreitung gedruckter oder ungedruckter Aufsätze, oder durch Sammlung von Unterschriften, auf eine deutliche und bestimmte Weise aufgefordert hat, der soll, wenn diese Aufforderung das Verbrechen zur Folge hatte, als dessen *Urheber* gestraft, sonst aber mit der *Strafe des beendigten Versuches* belegt werden.

ART. 192.

Jeder Unterthan, der von einer hoch- oder landesverrätherischen Verschwörung oder Unternehmung Wissenschaft erhält, ist schuldig, dieselbe der Obrigkeit binnen vier und zwanzig Stunden nach erlangter Wissenschaft anzuzeigen, falls nicht eine augenblickliche Anzeige durch das Dringende der Gefahr nothwendig gemacht wird.

Wer dieß unterläßt, wird mit Gefängniß bestraft, wenn die Verschwörung oder der Plan ohne Ausführung blieben; hatten diese aber einen schädlichen Erfolg, so kann selbst auf Zuchthausstrafe erkannt werden.

Des Urhebers oder eines Theilnehmers an der Verschwörung Ehegatte, Verwandte in gerader Linie und Geschwister sind mit der Strafe der unterlassenen Anzeige zu verschonen.

ART. 193.

Jeder Theilnehmer an einer hoch- oder landesverrätherischen Verbindung, welcher vor deren wirklichem Ausbruche, und ehe eine öffentliche Behörde Nachricht davon empfangen hat, sich und seine Mitschuldigen angiebt, bleibt in soweit straflos, daß er nur, wegen dringender Umstände, Landes verwiesen werden kann.

Von geringern, die Staatssicherheit gefährdenden Handlungen.

ART. 194.

Wer ohne hoch- oder landesverrätherische Absicht oder Verbindung eine die Sicherheit des Staates gefährdende Handlung begeht, soll

1. mit der Strafe des grossen oder kleinen Karren belegt werden in folgenden Fällen:

- a. wenn ein Unterthan ein ihm aufgetragenes Staatsgeschäft mit einem auswärtigen Staate treuloser Weise zum Nachtheil des Staates geführt hat;
- b. wenn Depeschen, Urkunden oder Geheimnisse des Staats, die auf dessen Verfassung, Rechte oder Ansprüche sich beziehen, verrathen oder ausgeliefert wurden, in sofern der Thäter wufste, dafs solche Gegenstände geheim zu halten seyen;
- c. wenn Urkunden oder andere Beweismittel von Rechten oder Ansprüchen des Staats bösslich vernichtet, unterdrückt oder verfälscht wurden.

ART. 195.

2. Mit dem Zuchthause, Zwangsarbeit oder mit Gefängniß soll bestraft werden:

- a. ein Unterthan, welcher für einen wirklichen oder vermeinten Rechtsanspruch gegen den Herzog (Fürsten), den Staat, oder einen Mitunterthan eine fremde Macht zu

- einer den Staat gefährdenden Einmischung auffordert;
- b. wer die Staatsgrenzen absichtlich verrückt und ungewiß macht;
 - c. wer die Häupter fremder Staaten, deren Gesandten oder mit öffentlichem Character bekleidete Bevollmächtigte in dieser Eigenschaft persönlich beleidigt;
 - d. wer die mit andern Staaten errichteten Verträge, insbesondere bestehende Neutralitätsverhältnisse, absichtlich verletzt;
 - e. wer Unterthanen zu auswärtigen Kriegsdiensten oder zur Auswanderung anwirbt.

ART. 196.

Bei der Zumessung der in obigen Bestimmungen angedroheten Strafen ist vorzüglich darauf Rücksicht zu nehmen, welche besondere Verpflichtungen derjenige, der das Verbrechen beging, hatte; desgleichen darauf, in welchen Schaden oder in welche Gefahr der Staat durch die verbrecherische Handlung gebracht wurde.

Unter besonders mildernden Umständen kann auf die nächstfolgende geringere Strafart erkannt werden.

ZWEITER TITEL.

Von Verbrechen wider die Majestät und
die Ehre des Staats.*Von der Majestätsbeleidigung.*

ART. 197.

Wer mit vorsätzlicher Verletzung der schuldigen Ehrfurcht gegen die höchste Würde des Staatsoberhauptes, dessen geheiligte Person, ohne hochverrätherische Absicht, durch herabwürdigende Worte oder Handlungen beleidigt, der ist des *Verbrechens der Majestäts-Beleidigung* schuldig ¹⁾).

ART. 198.

Wer ohne hochverrätherische Absicht, jedoch wissentlich und vorsätzlich, des Staatsoberhauptes geheiligte Person thätlich mißhandelt, mit thätlicher Mißhandlung persönlich be-

¹⁾ *Nouveau code criminel pour le Grand-Duché de Toscane*, (traduit de l'Italien), Art. LXII. » Ordonnons qu'on abolisse et casse toutes les loix, qui par une extension criminelle et abusive ont constitué et multiplié les crimes dits *de leze-majesté*, comme provenant en grande partie du despotisme de l'empire Romain, et qui ne sauroient être tollérées dans une société bien réglée.«

drohet, oder wer gegen das Staatsoberhaupt, um demselben eine Entschliessung abzunöthigen, oder dessen Befehle zu vereiteln, einen Aufruhr erregt, der soll mit dem grossen Karren bis zu zwanzig Jahren bestraft werden.

ART. 199.

1. Wer mündlich, in der Gegenwart des Staatsoberhauptes oder in einer öffentlichen Versammlung, oder an einem öffentlichen Orte in Gegenwart Anderer, oder in öffentlich verbreiteten Schriften, oder bildlichen Darstellungen, das Staatsoberhaupt oder dessen Regierungshandlungen durch Verläumdungen oder Schmähungen herabzuwürdigen trachtet;
2. wer dergleichen Schriften oder Darstellungen wissentlich in Auftrag eines Andern verfertigt oder vorsätzlich verbreitet;
3. wer den Namen des Staatsoberhauptes zur Ausübung einer gesetzwidrigen Handlung, dessen höchste Würde und Ehre verletzend, mißbraucht:

der soll mit Zuchthaus- oder Zwangsarbeitsstrafe belegt werden.

ART. 200.

Wer an die geheiligte Person des Staatsoberhauptes beleidigende Schreiben, entweder mit oder ohne Namensunterschrift, richten würde, von demselben etwas zu erpressen, oder denselben zu etwas zu bestimmen, der soll,

nach dem Grade der Beleidigung, der angewandten Drohung und überhaupt der Gefährlichkeit und Bosheit, mit Gefängniß-, Zuchthaus-, und in den schwersten Fällen selbst mit Karrenstrafe, belegt werden.

ART. 201.

Sämmtliche obige Bestimmungen finden auch bei Beleidigung der höchsten Würde eines *Staatsverwesers* Statt.

ART. 202.

Wer gegen die Gemahlin des Staatsoberhaupts sich eines der vorbenannten Verbrechen schuldig macht, wird ebenfalls als Beleidiger der Majestät bestraft.

Von der Beleidigung gegen Mitglieder der landesfürstlichen Familie.

ART. 203.

Wer an der Person des Thronfolgers sich eines der vorbenannten Verbrechen schuldig macht, wird, nach dem Ermessen der Richter, mit einer Strafe belegt, welche der Strafe der Majestätsbeleidigung nahe kömmt.

ART. 204.

Gegen diejenigen, welche gegen andere Mitglieder des regierenden Hauses wissentlich und vorsätzlich ähnliche strafbare Handlungen, als die dargestellten sind, sich zu Schulden kom-

men lassen, sind die gewöhnlichen Strafen, doch unter angemessener Schärfung, anzuwenden.

ART. 205.

Die Gerichte sind nicht befugt, wegen eines Verbrechens gegen die Majestät des Staatsoberhauptes sofort von Amtswegen die Untersuchung zu beginnen, sondern sie sind verpflichtet, nach geschehener Verhaftung des Thäters, den Vorfall der höchsten Regierungsbehörde, unter Geheimhaltung des Vorganges, anzuzeigen und um Verwaltungsvorschriften nachzusuchen ¹⁾.

ART. 206.

Bei Beleidigungen gegen Mitglieder der regierenden Familie sind auch diese zuvörderst schriftlich zu befragen: ob sie in die Untersuchung willigen.

Von der Herabwürdigung der Staatsverfassung.

ART. 207.

Wer die bestehende Staatsverfassung mündlich in einer öffentlichen Versammlung oder vor

¹⁾ L. unica Cod. Si quis imperatori maledixerit, (IX. 7). *Jacob*, im Entwurfe eines Criminalgesetzbuches für das Russische Reich, S. 264.: »Das Ansehn, die Macht und die Ehre des Kaisers ruhen auf einem so festen Grunde, sind so über alle Angriffe eines Narren, oder eines armen Mifsvergnügten erhaben, daß eine Injurie, in der Abwesenheit so hoher Personen ausgesprochen, gewiß nicht den geringsten Einfluß weder auf die Ehre, noch auf die Ruhe so erlauchter Personen haben kann.«

einer Volksmenge, oder schriftlich durch Verbreitung gedruckter oder ungedruckter Aufsätze, durch Schmähungen böseherabzuwürdigen trachtet, soll mit Gefängniß von einem Monate bis zu sechs Monaten bestraft, und wenn der Thäter ein Staatsbeamter ist, seiner Dienste entlassen oder, den Umständen nach, entsetzt werden.

Von Beleidigung der Amtsehre.

ART. 208.

Wer die Ehrerbietung, welche der Würde eines Staatsbeamten zukömmt, durch herabwürdigende Worte oder Handlungen absichtlich verletzt, der macht sich der *Beleidigung der Amtsehre* schuldig.

ART. 209.

Es ist jedoch nur diejenige Ehrenkränkung eines Staatsbeamten für Beleidigung der Amtsehre zu halten, welche ihm entweder während der Ausübung seines Amtes, oder in Amtsverhältnissen, oder aus Rache wegen einer obrigkeitlichen Verfügung, zugefügt worden.

ART. 210.

Die Beleidigung der Amtsehre wird mit Gefängniß- oder Zuchthausstrafe bis zu zwei Jahren geahndet.

Bei Zumessung der Strafe ist auf die Würde der beleidigten Staatsbehörde, auf die Gröfse der Beleidigung und auch darauf Rück-

sicht zu nehmen, ob nicht der beleidigte Beamte durch gesetz- und ordnungswidriges Betragen den Beleidiger gereizt habe.

ART. 211.

Wer obrigkeitliche, zur öffentlichen Bekanntmachung angeheftete Verordnungen, Patente u. s. w. in ehrenkränkender oder sonstiger bösslicher Absicht abreißt, beschädigt, beschmutzt oder verunstaltet, soll mit Gefängniß bis zu zwei Monaten bestraft werden.

ART. 212.

Wer unbefugter oder bösslicher Weise obrigkeitliche Siegel, womit Sachen oder Schriften verschlossen wurden, erbricht, abreißt oder beschädigt, ist mit Gefängnißstrafe bis zu zwei Monaten, oder, unter mildernden Umständen, mit Geldbusse zu bestrafen.

ART. 213.

Die Mitglieder und Beamten der Stände sind, in Bezug auf ihre Functionen, den Staatsbeamten zuzuzählen, daher obige Verfügungen auch in Beziehung auf sie, während der Dauer ihrer Versammlung, zur Anwendung kommen ¹⁾.

¹⁾ Vergl. den revidirten Entwurf des Strafgesetzbuches für Baiern, von 1827. Art. 125.

DRITTER TITEL.

Von den Verbrechen wider die Regierung des Staats.

Von der gewaltsamen Widersetzung gegen die Obrigkeit.

ART. 214.

Wer sich den Befehlen und Anordnungen der Obrigkeit gewaltsam widersetzt, in sofern diese nicht offenbar gegen ihre Befugniss handelt, und auf diese Weise ein unersetzlicher Schade durch ihre Anordnung entstehen könnte;

wer eine obrigkeitliche Person durch Gewalt oder gefährliche Drohungen zu einer Amtshandlung zu zwingen oder davon abzuhalten sucht;

wer eine solche während einer Amtsverrichtung thätlich mißhandelt;

wer an derselben, wegen einer Amtshandlung, auf thätliche oder gewaltsame Weise Rache zu nehmen sucht, der ist, (wenn diese Handlung nicht in Aufruhr ausartet) des *Verbrechens der gewaltsamen Widersetzung gegen die Obrigkeit* schuldig.

ART. 215.

Die Strafe dieses Verbrechens ist *Zuchthausstrafe* bis zu fünf Jahren, wenn die obrig-

keitliche Person thätlich gemißhandelt oder mit Waffen bedrohet wurde; *Gefängnisstrafe* bis zu vier Monaten, wenn die Widersetzung zwar thätlich, aber ohne Mißhandlung der obrigkeitlichen Person und ohne Bedrohung mit Waffen Statt fand.

Bei der Zumessung dieser Strafen ist auf die Würde der obrigkeitlichen Person, auf den Grad und die Art und Weise der Mißhandlung oder Widersetzung und auf die Anwendung der Waffen zu sehen.

Würde die gewaltsame Widersetzung gegen die Obrigkeit ein schwereres Verbrechen, z. B. körperliche Verletzung, enthalten, so bewirkt dieses Straßerhöhung.

ART. 216.

Das Wort *Waffen* bezeichnet in diesem Gesetzbuche Gewehre zum Schuss, Stich oder Hieb, andere Werkzeuge eines thätlichen Angriffes aber nur in sofern, als der gewaltthätige Gebrauch derselben nach dem richterlichen Ermessen lebensgefährlich ist.

ART. 217.

Wer sich der Vollziehung einer Verfügung der Obrigkeit in der Person ihrer Unterbedienten oder der dazu abgeordneten Mannschaft mit Gewalt widersetzt, ist zu bestrafen, als wäre die Gewalt gegen die obrigkeitliche Person gerichtet gewesen. Es sind jedoch hierbei diejenigen Rücksichten zu beobachten, welche aus

der Verschiedenheit der Würde der Obrigkeit selbst und ihrer Unterbedienten erwachsen.

ART. 218.

Jede Obrigkeit ist zur Aufrechthaltung ihres Ansehens berechtigt, einen Widerspänstigen, vorbehältlich der verwirkten Strafe, auf der Stelle zum Gefängniß, jedoch nicht über zwölf Stunden, abführen zu lassen.

Wären ihre Befehle jedoch von der Art gewesen, daß sie zu denselben als nicht befugt zu betrachten, und daß durch dieselben ein unersetzlicher Schade würde haben entstehen können: so bleibt sie wegen dieser verfügten Gefängnißstrafe verantwortlich.

Vom Aufruhr und Auflaufe.

ART. 219.

Wenn sich eine Menschenmenge zusammengerottet hat, um einer Obrigkeit mit Gewalt zu widerstehen; um eine Verfügung oder die Zurücknahme einer erlassenen Verfügung von einer Obrigkeit zu erzwingen; oder um wegen einer Amtshandlung Rache an derselben zu nehmen: so ist ein *Aufruhr* vorhanden.

ART. 220.

Wie groß die Anzahl der zusammengerotteten Menschen seyn müsse, um einen Aufruhr darzustellen, bleibt, nach den vorliegenden Umständen, dem Ermessen der Richter überlassen.

ART. 221.

Wenn die Aufrührer wider den Befehl der erscheinenden Obrigkeit, deren öffentliche Diener oder des hinzugekommenen Militärs, in ihrer Zusammenrottung beharrend, durch Lärmen, Schimpfen und Drohen hartnäckigen Trotz zu erkennen gegeben haben, gleichwohl aber *ohne wirkliche Anwendung militärischen Zwanges und ehe noch von Seiten der Verbrecher Gewalt an Personen oder Sachen verübt worden, die Ruhe hergestellt ist*: so sollen

1. *die Rädelsführer und Anstifter* mit Zuchthausstrafe oder Zwangsarbeit bis zu drei Jahren;
2. *die gemeinen bewaffneten Theilnehmer* mit derselben Strafe bis zu sechs Monaten; *die unbewaffneten*, welche nur durch Drohungen und Schimpfworte Theil genommen, mit Gefängniß bis zu drei Monaten belegt werden.

ART. 222.

Wenn aber die Hartnäckigkeit und Grösse des Aufruhrs *die wirkliche Anwendung der Militär-Gewalt nothwendig gemacht, oder die zusammengerottete Menge Gewaltthaten an Personen oder Sachen verübt hat*: so sollen

I. *die gemeinen Theilnehmer* folgender Maassen bestraft werden:

1. diejenigen, welche Mord, Todschlag oder

Brandanlegung begangen, mit dem bürgerlichen Tode;

2. diejenigen, welche sich des Raubes schuldig machten, oder zu den erstgenannten Verbrechen thätlich halfen oder aufforderten, mit der Strafe des großen Karren bis zu zwanzig Jahren;
3. diejenigen, welche obrigkeitliche Beamte, deren öffentliche Diener oder beordnete Militärpersonen thätlich mißhandelten, in Wohnungen, Läden und andern Orten Plünderung verübten, zu diesen von Andern begangenen Verbrechen aufforderten oder dabei halfen, mit der Strafe des großen Karren bis zu zehn Jahren;
4. diejenigen, welche an öffentlichen Gebäuden, oder an Wohnungen und andern liegenden Gründen obrigkeitlicher Personen, durch Aufbrechen Gewalt ausgeübt oder Verwüstungen angerichtet, mit der Strafe des kleinen Karren bis zu sechs Jahren, oder mit dem Zuchthause;
5. diejenigen, so mit Waffen an dem Aufstande durch Drohungen und Schimpfworte Theil genommen, mit Zuchthausstrafe bis zu zwei Jahren;
6. diejenigen, welche ohne Waffen durch Drohungen und Schimpfworte Theil nahmen, mit Zuchthausstrafe bis zu einem Jahre;
7. diejenigen, welche nur durch ihre Gegen-

wart den Aufruhr vergrößerten, mit Gefängnißstrafe bis zu zwei Monaten.

ART. 223.

II. *Die Anstifter und Rädelsführer* bei einem Aufruhre, welcher Mord, Todsschlag oder Brandanlegung verursacht hat, werden mit dem bürgerlichen Tode bestraft, sie mögen zu solchen Verbrechen ausdrücklich aufgefördert haben oder nicht; es sey denn, daß sie sich nachdrücklich bemühten, diese Verbrechen zu hindern.

Fanden obige Verbrechen nicht Statt: so ist ihre Strafe um die Hälfte stärker als die der gemeinen Theilnehmer.

ART. 224.

Bei der *Zumessung* der vorstehend angeordneten Freiheitsstrafen ist auf die Veranlassung des Aufruhrs, ob die Zusammenrottirung mit Vorbedacht oder ohne solchen geschehen, und auf den Grad der Gewaltthätigkeiten, auch ob solche an Personen oder Sachen Statt hatten, zu achten.

ART. 225.

Wer zu einem Aufruhre mündlich oder schriftlich, deutlich und bestimmt aufforderte, wird, wenn hieraus ein Aufruhr entstanden, als dessen Urheber bestraft.

ART. 226.

Der bloße *Auflauf*, welcher nicht in Auf-

ruhr mehr oder weniger ausartete, bleibt der polizeilichen Ahndung überlassen.

Falls Verbrechen dabei begangen wurden, so ist der Auflauf als ein Erschwerungsgrund bei deren Bestrafung zu betrachten.

Von Meutereien der Handwerker.

ART. 227.

Fabrikanten und Handwerker, welche, um ihre Beschwerden durchzusetzen, die Einstellung ihres Gewerbes verabreden, zu einer solchen Übereinkunft auffordern, oder die Obrigkeit damit bedrohen; Fabrikarbeiter oder Gesellen verschiedener Fabriken oder Meister, welche, wegen angeblicher Beschwerden wider diese oder die Obrigkeit, Einstellung ihrer Arbeit verabreden, zu einer solchen Verabredung auffordern, oder mit derselben drohen, sollen, wenn sie nicht sofort dem Befehle der Obrigkeit gehorchen und von ihrer Meuterei abstehen, mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft werden.

ART. 228.

Ist aus einer solchen Meuterei ein Aufruhr entstanden, so sind diejenigen, welche zu derselben zuerst aufforderten, in sofern sie diesen Erfolg voraussehen konnten, oder denselben zu verhüten nicht thätlich bemühet waren, als dessen Urheber zu bestrafen.

Von der Aufforderung zur Verletzung bürgerlicher Pflichten.

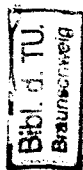
ART. 229.

Wer Andere zur Verletzung bürgerlicher Pflichten gegen die Obrigkeit, gegen Gesetze des Staates oder gegen Rechte der Mitbürger, es sey dieses unter dem Vorwande der Religion oder auf irgend eine andere Weise, auffordert, desgleichen wer Grundsätze zu verbreiten sucht, mit deren Befolgung die bürgerliche Ordnung nicht bestehen kann, der soll mit Gefängniß bis zu sechs Monaten, und wenn er ein Staats- oder Kirchenamt bekleidet, außerdem mit der Dienstentlassung oder der Dienstentsetzung bestraft werden.

Sollte jedoch eine solche Aufforderung einen besonders gefährlichen Character haben, auch einige Wirkung schon hervorgebracht seyn, so kann auf Zwangsarbeit oder Zuchthausstrafe bis zu drei Jahren erkannt werden.

ART. 230.

Prediger, welche in öffentlichen Vorträgen durch Schmähungen oder gehässige Beschuldigungen zwischen den im Staate aufgenommenen kirchlichen Gesellschaften Religionshafs zu wecken suchen, sollen ihres Amtes, nachdem sie einmahl vergeblich gewarnt worden, entlassen werden.



Vom Zweikampfe ¹⁾.

ART. 231.

Wenn zwei Personen, unter gegenseitiger Einwilligung, einen Kampf mit tödlichen Waffen eingehen, so machen sie sich *des Zweikampfes* schuldig.

ART. 232.

Der Zweikampf unter Personen, welche zum Militärstande gehören, soll allein der Ahndung der Militärbehörden überlassen seyn. Gehörte jedoch einer der Kämpfenden zum Civilstande, so wird auch gegen die Militärperson von den Civilgerichten verfahren.

ART. 233.

Wurde unter beiden Theilen verabredet, daß der Zweikampf so lange fortgesetzt werden sollte, bis einer der Kämpfenden getödtet sey, und es erfolgte wirklich eine *Tödtung*: so wird der Thäter nach den Gesetzen vom Todtschlage gerichtet.

Wenn diese Verabredung nicht Statt fand, und es wurde einer der Kämpfenden *getödtet*:

¹⁾ Vergl. über den Zweikampf, von *Mittermaier*, im neuen Archive für das Cr.-Recht, B. III. S. 436 — 452; B. VIII. S. 445—469, und die daselbst angeführte Literatur. Über den Zweikampf von *Rofshirt*; daselbst, B. III. S. 453; v. *Jacob's* Entwurf eines Cr. Gesetzbuchs für das Russische Reich, §. 230 ff.

so trifft den Thäter ein- bis dreijährige Gefängnisstrafe.

ART. 234.

Wäre jedoch der Thäter durch solche Beleidigungen, die, seinen Standesverhältnissen nach, als höchst nachtheilig für die Ehre betrachtet werden, zu der *Herausforderung gereizt*, oder wäre er von dem Herausfordernden zu dem Zweikampfe, ohne bedeutende Veranlassung von seiner Seite, durch dringende und ehrenkränkende *Aufforderungen veranlaßt*: so sind die Richter, nach Erwägung der Umstände, ermächtigt, eine geringere Gefängnisstrafe eintreten zu lassen.

ART. 235.

Wird hingegen durch die Untersuchung ausgemittelt, daß der Thäter durch absichtliche ehrenkränkende Beleidigungen den Zweikampf herbeigeführt habe: so ist derselbe nach den Gesetzen über den Todtschlag zu bestrafen.

ART. 236.

Fanden nur *Verwundungen* Statt, so wird, nach der Analogie obiger Vorschriften, die Gesetzgebung über die Körperverletzungen angewendet, und die Strafe nach Maaßgabe der Bedeutung der Verletzung gegen den Thäter bestimmt.

ART. 237.

Erfolgten aus dem Zweikampfe keine Ver-

wundungen, so findet Gefängnißstrafe bis zu acht Wochen Statt.

ART. 238.

Die in den vorhergehenden Artikeln bestimmten Gefängnißstrafen werden verdoppelt, wenn der Zweikampf mit Schießgewehren Statt hatte.

ART. 239.

Bei der Zumessung der Strafen ist der *Urheber des Streits* mit den höheren Graden der Strafe zu belegen.

Als *Urheber* wird derjenige angesehen, welcher den Andern durch die Beschaffenheit der zugefügten Beleidigungen, durch eine leichtsinnige oder boshafte Herausforderung, oder auf andere Weise, zur Eingehung des Duells nöthigte.

ART. 240.

1. Wer zu dem Herausfordern durch Zureden oder gedrohte Verachtung gewirkt hat;
2. wer denjenigen, die den Zweikampf weniger gefährlich zu machen suchten, entgegen redete;
3. wer die Verlängerung des Zweikampfes bewirkte;
4. wer, obwohl Vorgesetzter der Kämpfenden, um den Zweikampf wußte, und dennoch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel ihn abzuwenden nicht anwandte:

der wird als Theilnehmer, nach dem

Grade der Verschuldung, mit Gefängnisstrafe belegt.

ART. 241.

Die *Kampfhelfer* (Secundanten) sind, als solche, in sofern ihnen nicht andere Schuld zur Last fällt, nicht strafbar¹⁾, und eben so wenig die bei dem Kampfe gegenwärtig gewesenen *Wundärzte*.

ART. 242.

Der Versuch eines Zweikampfs bleibt ohne Strafe; diese tritt erst dann ein, wenn solcher, durch die wirkliche Anwendung der Waffen, begonnen hat²⁾.

Von der Verhinderung der Gefangennehmung und von der Befreiung eines Gefangenen.

ART. 243.

Wer die Obrigkeit an der Gefangennehmung eines Verdächtigen oder Angeschuldigten

¹⁾ Vergl. *Mittermaier*, im neuen Archive des C.-R., B. 8. S. 469. und *Vollgraf*, daselbst, B. 10. S. 203. und S. 285; Entwurf eines Criminalgesetzb. für das Königr. Sachsen von 1824. §. 626; den neuen *Entwurf eines St.-G.-B. für die Niederlande*, Art. 224; *Zachariä*, Entw. eines St.-G.-B., Art. 328. Dagegen das Oesterreichische Strafgesetzbuch, Art. 146, die Secundanten zu schwerem Kerker von 1—5 Jahren verurtheilt.

²⁾ Das Baierische Strafgesetzbuch enthält keine Bestimmungen gegen den Zweikampf, dagegen der *revidirte Entwurf* von 1827. S. Anhang, Nr. IV.

verhindert, oder ihm zu seiner Flucht behülflich ist, soll, wenn er nicht als Begünstiger angesehen werden kann, und die Handlung nicht in ein schwereres Verbrechen übergegangen ist, mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft werden.

ART. 244.

Wer einen Gefangenen aus der Gewalt der Obrigkeit vorsätzlich befreiet, der soll

1. wenn es auf gewaltsame Art, durch Übermannung der Bewachung oder durch Erbrechung des Gefängnisses geschehen ist, mit Zuchthaus- oder Zwangsarbeitsstrafe, bis zu fünf Jahren, bestraft werden.
2. Geschah die Befreiung ohne angewendete Gewalt, insbesondere durch Überlistung oder Bestechung derjenigen, welchen die Bewachung oder Verwahrung übertragen ist, oder durch Einsteigen in das Gefängniß: so ist auf Gefangenschaft bis zu einem Jahre zu erkennen.

Bei Zumessung dieser Strafen ist vorzüglich auf den Grad der angewendeten Gewalt oder List und auf die Schwere des Verbrechens, wegen dessen der Befreite verhaftet war, Rücksicht zu nehmen.

Geschah die Befreiung von dem Ehegatten, von Descendenten, Ascendenten oder Geschwistern des Gefangenen, so ist dieser Umstand als Milderungsgrund anzusehen.

ART. 245.

Wer eine wegen Schulden verhaftete Person befreiet, ist zur Bezahlung der Schulden, für welche der Entkommene verhaftet war, als Selbstschuldner, und zwar mittelst persönlicher Haft, anzuhalten.

Diese Verbindlichkeit fällt weg, sobald der ursprüngliche Schuldner wieder zur Haft kömmt.

ART. 246.

Wenn diejenigen, welchen die Bewachung oder Verwahrung eines Gefangenen aufgetragen ist, dessen Entweichung vorsätzlich bewirkten oder dazu Hülfe leisteten, so werden sie doppelt so hart bestraft als in vorstehendem Artikel bestimmt ist, und ihres Dienstes entsetzt.

Fahrlässige Handlungen in diesem Bezuge werden als solche bestraft.

ART. 247.

Ein Gefangener, der sich selbst befreiet, verwirkt *hierdurch allein* keine Strafe; doch können gegen ihn besondere Sicherheitsmaafsregeln genommen werden; wie er denn auch, wenn er, um zu der Freiheit zu gelangen, Gewalt an Personen oder sonstige strafbare Handlungen verübt hat, der Strafe deshalb unterworfen bleibt.

Von der Rückkehr eines Verwiesenen.

ART. 248.

Derjenige, welcher durch ein Strafurtheil aus

den hiesigen Landen verwiesen worden, und ohne erhaltene Erlaubniß der höchsten Regierungsbehörde zurückkehrt, soll mit Zuchthausstrafe oder Zwangsarbeit bis zu zwei Jahren bestraft, und nach überstandener Strafe von neuem aus dem Lande geschafft werden.

Wird derselbe nachher wieder im Lande ergriffen, so wird er nach den Gesetzen über den Rückfall bestraft.

Von der Bestechung der Staatsbeamten.

ART. 249.

Der *Bestechung* macht sich derjenige schuldig, welcher einem Staatsbeamten oder öffentlichen Diener, oder dessen Angehörigen, um ihn zu einer in seinen amtlichen Wirkungskreis gehörigen Handlung oder Unterlassung zu bestimmen, ein Geschenk oder irgend einen demselben nicht gebührenden Vorthail verspricht oder giebt, versprechen oder geben läßt, wenn auch die Annahme des angebotenen Geschenkes nicht erfolgt seyn sollte.

ART. 250.

Der Bestechende soll, wenn er den Beamten zu einer pflichtwidrigen Handlung oder Unterlassung zu verleiten beabsichtigte, nach Maafgabe des Grades derselben, mit Gefängniß von zwei Monaten bis zu einem Jahre bestraft werden.

War die Handlung, welche der Bestechende herbeiführen wollte, nicht pflichtwidrig, so verfällt derselbe in eine Geldstrafe, welche dem vierfachen Werthe des Angebotenen oder Angenommenen gleichkömmt.

ART. 251.

Wenn aus der Bestechung, nach der Absicht des Bestechenden, ein anderes Verbrechen erwachsen ist, oder wenn die Bestechung den Versuch eines andern Verbrechens enthält: so kommt die Strafe der schwersten Übertretung mit Schärfung, den allgemeinen Grundsätzen nach, zur Anwendung.

ART. 252.

Das gegebene oder versprochene Geschenk fällt der Armenkasse desjenigen Orts anheim, an welchem der Beamte, der bestochen werden sollte, wohnhaft ist.

ART. 253.

Wer seine Stimme in der Versammlung der Stände, oder zu einer ständischen oder bürgerlichen Wahl verkauft, verliert auf beständig, für seine Person, die Ausübung der Rechte eines Landstandes oder die Wahlberechtigung, zu welcher er die Stimme verkauft hat.

Von der Anmaafung eines Staatsamtes.

ART. 254.

Wer sich die Ausübung eines ihm nicht übertragenen öffentlichen Amtes betrüglich an-

maafst, der soll, falls diese Handlung nicht ein schwereres Verbrechen in sich faßt,

1. mit dem Zuchthause oder Zwangsarbeit bis zu einem Jahre bestraft werden, wenn die Anmaafung in der Absicht geschehen, den Staat oder Einzelne zu beschädigen, jedoch kein Schaden erfolgt ist.
2. Hatte eine Beschädigung wirklich Statt gehabt: so wird, nach dem Verhältnisse derselben, die Strafe erhöht.
3. War die Absicht einer Beschädigung nicht vorhanden: so findet Gefängnißstrafe bis zu drei Monaten Statt.

Von der Anmaafung des Geschlechtsadels oder von Ehrenzeichen.

ART. 255.

Wer sich, ohne dazu befugt zu seyn, für einen Edelmann ausgiebt und öffentlich sich die Prädicate des Geschlechtsadels anmaafset, ist an Gelde von funfzig bis zu hundert Rthlrn. zu bestrafen.

Bei einem Rückfalle ist die erkannte Strafe gesetzmäßig zu erhöhen und die Bestrafung öffentlich bekannt zu machen.

Eine gleiche Strafe trifft diejenigen, welche Ordensinsignien oder Ehrenzeichen öffentlich tragen, zu deren Tragung sie nicht befugt sind.

VIERTER TITEL.

Von den Verbrechen wider die öffentliche Sicherheit im Staate.

Von dem Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit.

ART. 256.

Wer die öffentliche Sicherheit gegen Personen oder Eigenthum, entweder allein oder in Verbindung mit Mehrern störet, der macht sich des Verbrechens der öffentlichen *Gewaltthätigkeit* schuldig.

Es kann dieses Verbrechen auch schon durch Drohungen verübt werden.

ART. 257.

1. Wenn dergleichen Gewaltthätigkeiten *von mehreren* zu diesem Zwecke *Verbundenen an Personen* verübt worden, so findet Zucht- haus- oder Zwangsarbeitsstrafe bis zu sechs Jahren Statt; es sey denn, daß ein vor- züglich bösertiger Character der Gewaltthä- tigkeit eine noch längere Dauer jener Strafe, oder selbst die des kleinen Karren, erfor- derlich machen würde.
2. Wurde die Gewaltthätigkeit an einer *Per- son* nur von einem *Einzelnen* verübt: so

findet Gefängniß- oder Zuchthausstrafe bis zu drei Jahren Statt.

3. Wurden keine Gewaltthätigkeiten an Personen, sondern *nur an beweglichen oder unbeweglichen Sachen* begangen: so ist in der Regel auf Gefängnißstrafe zu erkennen, doch so, daß die Verbindung Mehrerer zu dem sträflichen Zwecke als Schärfsungsgrund erscheint.

Den Theilnehmern wird die Strafe mit Berücksichtigung ihrer sträflichen Thätigkeit zugemessen.

Von der Religionsstörung ¹⁾.

ART. 258.

Das Verbrechen der *Religionsstörung* besteht:

1. wer sich so sehr vergeht, durch Reden oder Schriften das höchste Wesen öffentlich zu lästern;
2. wer einen Christen zum Abfalle vom Christenthume durch Überredung oder durch dargebotene Vortheile zu verleiten sucht;

¹⁾ Vergl. *Oesterreichisches Strafgesetzb.*, §. 107 ff. Die folgenden Vorschriften schienen mir, wenigstens der Vollständigkeit des Entwurfs wegen, nothwendig. — Ob sie *hier* am rechten Platze stehen? — Vielleicht zweckmäßiger bildeten sie einen *eigenen Titel*. S. *Mittermaier*, über den neuesten Zustand der Cr.-Gesetzg., S. 165.

3. wer die christliche Religion oder die Religion im Allgemeinen öffentlich herabwürdigt.

ART. 259.

Es ist dieses Verbrechen, nach Maaßgabe des verursachten öffentlichen Ärgernisses, der erfolgten Verführung und der gemeinen Gefahr, welche mit dem Unternehmen verbunden gewesen, mit Gefängniß von einem Monate bis zu zwei Jahren zu bestrafen.

Bei einem besonders gefährlichen Character des Verbrechens kann auch auf Zuchthausstrafe bis zu zwei Jahren erkannt werden ¹⁾.

¹⁾ Vergl. Art. LXI. des *Toscan. Strafgesetzb.* von dem Großherzog Peter Leopold. — v. *Jacob's* kritische Bemerkk. über den Criminal-Codex für das Russische Reich, als Anhang zu desselben Verfassers Entwurf eines Criminalgesetzbuches für dieses, (Halle, 1818.) S. 256. — In *Kleinschrod's* Entwurf eines peinlichen Gesetzbuches für die kurpfalzbaierischen Staaten (München, 1802) ist über die Gotteslästerung Folgendes bestimmt:

§. 1399.

Das Verbrechen der Gotteslästerung begreift alle vorsätzliche Reden oder Handlungen, wodurch Gott gelästert oder verspottet wird.

§. 1400.

Solche Reden oder Handlungen werden aber dann nur als Verbrechen bestraft, wenn dadurch öffentlich, oder doch vor mehrern Menschen, Gott zum Gegenstande der Verachtung oder Verspottung ist gemacht worden.

§. 1401.

Auch dadurch wird eine Gotteslästerung begangen, daß man die Heiligen oder solche Gegenstände, die der Kirche heilig sind, schmähet oder bespottet.

Von der Störung des Gottesdienstes.

ART. 260.

1. Wer gottesdienstliche Verrichtungen widerrechtlich durch Zwang oder Gewalt zu verhindern sucht, ist mit Gefängniß bis zu drei Monaten zu belegen.
2. Wer in eine Kirche oder in einen andern zu religiösen Versammlungen gesetzlich bestimmten Ort zur Zeit des Gottesdienstes

§. 1402.

Die im vorigen §. genannten Reden oder Handlungen sind aber nur als Gotteslästerungen anzusehen, wenn die Absicht damit verbunden ist, durch solche Reden oder Handlungen Gott selbst zu lästern.

§. 1403.

Zu welcher Religionspartei sich der Gotteslästerer bekennt, ist gleichgültig.

§. 1404.

Nur muß er, nach den Grundsätzen seiner Religion, das Wesen, das er lästerte, als Gott erkannt haben.

§. 1405.

Wer sich einer vorsätzlichen Gotteslästerung schuldig macht, soll ins Gefängniß gebracht werden, und dessen Dauer, nach der Größe des Verbrechens und des gestifteten Aergernisses, von vierzehn Tagen auf vier Monate bestimmt werden.«

— In den Heiligen soll Gott gelästert werden können; doch nur dann, wenn die Absicht damit verbunden war, Gott selbst zu lästern; es soll gleichgültig seyn, zu welcher Religionspartei sich der Gotteslästerer bekennt; nur muß er, nach seiner Religion, das Wesen, welches er lästerte, als Gott erkannt haben. — In welches Labyrinth wären die Richter in der Praxis geführt worden! — Man überlege die Möglichkeit der Fälle. — Wie konnte dieses ein *Kleinschrod* niederschreiben? —

gewaltthätig eindringt, ist mit Gefängniß bis zu sechs Monaten zu belegen.

3. Wer einen Religionslehrer während seiner Amtsverrichtung thätlich mißhandelt, ist, wenn diesem hierdurch kein Schade zugefügt wurde, mit Zuchthausstrafe oder Zwangsarbeit bis zu zwei Jahren zu belegen.
4. Wurde durch die Mißhandlung ein solcher Schade bewirkt: so ist die Strafe verhältnißmäßig zu schärfen.

ART. 261.

Fand eine Störung gottesdienstlicher Handlungen durch Ehrenkränkung des Geistlichen, der Gemeinde oder einzelner Mitglieder derselben Statt: so wird der Thäter mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

Von der Störung des Hausfriedens ¹⁾.

ART. 262.

Wer widerrechtlich mit Gewalt in die Wohnung eines Andern, oder die zu solcher

¹⁾ Das Braunschweigsche Stadtrecht von 1532 bestraft den Hausfriedensbruch mit dem Tode.

Tit. IX. §. 1.

»Welk man dem anderen mit vorsate sin hus upstörte, edder einen darinne slöge, edder gewalt darinne dede, unde also den husfrede brickt, de heft tho rechte sinen hals verloren.«

Auch der Fremde in der Stadt genoß gleicher Sicherheit.

gehörigen Gebäude, Hof oder Garten, eindringt, wird, wenn dieses ohne Waffen geschah, mit Gefängniß bis zu einem Jahre, hatte es mit Waffen Statt, mit Zuchthausstrafe oder Zwangsarbeit bis zu drei Jahren belegt.

ART. 263.

Wenn eine von den in vorstehenden Artikeln genannten Gewaltthätigkeiten oder Störungen in ein schwereres Verbrechen ausartete, so kömmt die Strafe des letztern zur Anwendung.

Von der Brandstiftung.

ART. 264.

Wer mit rechtswidrigem Vorsatze eine Sache, mit Gefahr für Eigenthum und Leben An-

§. 2. daselbst:

»Welk kopman kumpt in de Stadt mit sinem gude, de schall hebben geliken frede als ein borger, aver sinen rechten tolln schall he geven.«

Nicht weniger der Miether eines Hauses.

§. 3.

»We in einem mededem huse wonet, unde walt darinne schütt, dem medelinge schall de gewalt gebetert werden, unde nich dem dat hus eigen hört.«

Auch keine Verhaftungen durften *gesetzlich* im Hause vorgenommen werden. Leider wurde dieses Gesetz wenig beobachtet. — Über den in England geltenden Satz: a man's house is his castle s. *Mittermaier's* deutsches Strafverfahren, 1ste Abthl., S. 241, Note 9.

derer, in Brand setzt, der macht sich des Verbrechens der *Brandstiftung* schuldig ¹⁾).

Es ist dieses Verbrechen in dem Augenblicke vollbracht, in welchem die angezündeten Sachen Flammen geben. Daß dadurch schon ein wirklicher Schade geschehen sey, gehört nicht zur Vollendung des Verbrechens.

ART. 265.

Ist der Brand erregt worden an Wohnungen und andern Aufenthaltsorten von *Menschen*, oder an solchen Gebäuden oder Sachen, welche menschlichen Wohnungen und Aufenthaltsorten nahe sind, und diesen das Feuer, unter gewöhnlichen Umständen, mittheilen konnten; es sey nun solche That in Städten, Flecken, Dörfern, oder an einsam stehenden, jedoch bewohnten menschlichen Aufenthaltsorten geschehen: so soll der Verbrecher, alsdann wenn dabei zugleich der eine oder andere der nachbenannten beschwerenden Umstände eintritt, mit der Strafe des großen Karren von funfzehn Jahren bis zu der Strafe des bürgerlichen Todes belegt werden:

1. wenn ein Mensch durch das Feuer um das Leben gekommen, oder lebensgefährlich beschädigt worden;

¹⁾ Über das Verbrechen der Brandstiftung von Dr. Carl Hofacker, Prof. zu Tübingen. Im neuen Mag. des Cr.-R., B. V. S. 75.

2. wenn der Brand so weit um sich gegriffen hat, daß dadurch ein Schaden von *fünftausend Rthlr. an Gebäuden* veranlaßt worden;
3. wenn das Feuer zu einer Zeit angelegt oder ausgebrochen ist, in welcher die Einwohner gewöhnlich im Schlafe liegen;
4. wenn der Brand an solchen Versammlungs-orten angelegt wurde, wo eine große Anzahl von Menschen der Beschädigung ausgesetzt war;
5. wenn die Brandanlegung während einer andern gemeinen Noth, z. B. bei Aufruhr, bei Wassers-, Kriegs- oder andern Gefahren, verübt wurde;
6. wenn sie an Gebäuden verübt ward, in welchen Pulvervorräthe verwahret werden, oder an Orten, in deren Nähe solche Vorräthe sich befinden und der Thäter hiervon Wissenschaft hatte;
7. wenn der Thäter in *einer* Gemeinde an verschiedenen Orten zugleich Feuer anlegte;
8. wenn die Brandanlegung an einem Gebäude geschah, in welchem der Staat kostbare Sammlungen oder Vorräthe aufbewahrt;
9. wenn der Brand in der Absicht gestiftet wurde, damit unter dessen Begünstigung Mord, Raub, Diebstahl oder ein anderes schweres Verbrechen von dem Brandlegerselbst oder von Andern begangen werden möge;

10. wenn sich der Verbrecher schon mehrerer Brandstiftungen schuldig gemacht hat;
11. wenn er den Brand in Gefolge einer Drohung durch einen Brandbrief, wodurch er etwas zu erpressen gedachte, anlegte.

ART. 266.

Eine zwar mit Gefahr für die Person Anderer, doch *ohne obige erschwerende Umstände* begangene Brandstiftung soll mit der Strafe des grossen Karren, bis zu funfzehn Jahren, belegt werden.

Bei der Zumessung der Strafe ist vorzüglich auf den Grad der Gefährlichkeit, auf die Grösse des Schadens und auf den Grad der Bosheit des Thäters zu achten.

ART. 267.

Wer Waldungen ohne Gefahr für Menschen und menschliche Wohnungen, oder wer Bergwerke unter diesen Verhältnissen boshaft in Brand steckt, soll mit der Strafe des grossen Karren bis zu zehn Jahren belegt werden.

Wären die angezündeten Waldungen von einer Grösse unter hundert Waldmorgen und isolirt, die Bergwerke aber von geringerer Bedeutung und ohne Zusammenhang mit andern Grubengebäuden: so ist auf die Strafe des kleinen Karren oder auf Zuchthausstrafe zu erkennen.

ART. 268.

Wer einsam stehende unbewohnte Gebäude oder Behältnisse, Fruchtfelder, im Felde absondert stehende Fruchtvorräthe, von deren Anzündung nach aller Wahrscheinlichkeit keine Gefahr für menschliche Wohnungen zu besorgen ist, anzündet, soll, nach dem Verhältnisse des gestifteten Schadens, mit Zuchthausstrafe bis zu sechs Jahren belegt werden.

ART. 269.

Wer sein Eigenthum mit Gefahr für Menschen oder für fremde Wohnungen, in rechtswidrigem Vorsatze anzündet, soll, nach der Verschiedenheit der Verhältnisse, gleich jedem andern Brandstifter, bestraft werden.

ART. 270.

Geschah diese Anzündung ohne Gefahr für Menschen und fremdes Eigenthum, in der Absicht eines Betruges an Brandkassen oder wegen einer andern Betrügerei: so kömmt die Strafe des gesetzlich ausgezeichneten Betrugs zur Anwendung.

ART. 271.

1. Wer nach gelegtem Brande den Ausbruch des Feuers aus eigenem Antriebe verhindert, ist von aller Strafe frei.
2. Wer das *eben ausgebrochene* Feuer auf der Stelle löscht, und sonach allen weitem Schaden, außer den allenfalls durch diesen ersten Ausbruch veranlaßten, verhütet hat,

der soll nur mit Gefängniß bis zu zwei Monaten bestraft werden.

3. Ist das Feuer erst nach dem Ausbruche, und nachdem es bereits mehrern Schaden veranlaßt hat, jedoch vor dessen fernerer Verbreitung und ohne daß dabei ein Mensch getödtet oder schwer verletzt wurde, von dem Brandstifter selbst oder durch dessen Veranstaltung, aus eigenem Antriebe, gelöscht worden: so soll nie auf die Karre, sondern, nach der Verschiedenheit der Fälle, nach Maafsgabe der Thätigkeit des Verbrechers bei der Löschung und des mehr oder minder gestifteten Schadens, auf Zuchthaus- oder Zwangsarbeit, oder auch nur Gefängniß, nach dem Ermessen der Richter, erkannt werden.

ART. 272.

Obige Gesetzgebung von der Brandstiftung ist auch auf den Fall anzuwenden, wo der Verbrecher beabsichtigt hätte, durch angezündetes Schießpulver Schaden zu stiften.

ART. 273.

Wer die pflichtmäßige Vorsicht im Gebrauche des Feuers versäumt, wer insbesondere die zur Verhütung der Feuersgefahr gegebenen Polizeivorschriften vernachlässigt, und durch solche Fahrlässigkeit Schaden verursacht, soll nach den allgemeinen Bestimmungen über Fahrlässigkeit bestraft werden.

ART. 274.

Derjenige *Gehülfe* bei einer Brandstiftung, welcher den Brandstifter so zur Anzeige bringt, daß er mit der gesetzlichen Strafe belegt werden kann, ist in dem auch gegen ihn abzugehenden Straferkenntnisse der landesfürstlichen Gnade zu empfehlen.

Von verursachten Ueberschwemmungen.

ART. 275.

Wer, um eine Überschwemmung zu verursachen, Teiche oder Dämme, mit gemeiner Gefahr für Leben und Eigenthum, böslich durchsticht oder sonst beschädigt, soll nach Analogie der Bestimmungen über die Brandstiftung bestraft werden.

Von gemeingefährlichen Vergiftungen und Verbreitungen von Krankheiten.

ART. 276.

Wer Brunnen- oder anderes Trinkwasser, welches zum öffentlichen Gebrauche dienet, wer Eßwaaren oder Getränke, welche zum Verkaufe oder zum gemeinen Gebrauche bestimmt sind, in der Absicht vergiftet, die Genießenden am Leben oder an ihrer Gesundheit zu beschädigen, soll, wenn kein Schaden dadurch gesche-

hen ist, mit dem großen Karren bis zu zwanzig Jahren, wenn aber ein Mensch dadurch Gesundheit oder Leben verloren hat, mit dem bürgerlichen Tode bestraft werden. Eben diese Strafen treffen den boshafteu Verbreiter von Menschenkrankheiten.

ART. 277.

Wer Weiden, Wiesen, Fischteiche, Bäche oder Viehfutter vergiftete, um durch die Tödtung von Thieren Schaden zu stiften, ist mit der Strafe des kleinen Karren, mit dem Zuchthause oder mit Zwangsarbeit, nach Maafsgabe der Gefährlichkeit der Handlung und der Gröfse des Erfolges, zu belegen.

ART. 278.

Die in obigen Artikeln namhaft gemachten Verbrecher bleiben straflos, wenn der Thäter selbst verhindert hat, dafs die geschehene Vergiftung oder Veranstaltung zur Verbreitung einer Krankheit irgend eine nachtheilige Folge hatte.

ART. 279.

Wer aus Bosheit eine Viehseuche veranlafst hat, soll mit einer nach der Gröfse des Schadens und der Gefahr zu bestimmenden Strafe des großen oder kleinen Karren belegt werden.

Von der Verletzung vorgeschriebener Gesundheitsanstalten.

ART. 280.

Wer einer obrigkeitlich vorgeschriebenen Veranstaltung, wodurch die Verbreitung ansteckender Menschen-Krankheiten verhindert werden soll, entgegen handelt, der soll, wenn aus seiner Handlung ein Schaden entstanden, mit dem Zuchthause bis zu zwei Jahren oder mit Gefängniß, wenn aber kein Schaden daraus erwachsen ist, an Gelde, bis zu funfzig Rthlr., bestraft werden.

ART. 281.

Betrafen die obrigkeitlichen Gesundheitsanstalten die zu hindernde Verbreitung von Thierkrankheiten, so ist die Strafe der Entgegenhandelnden, unter den ebengedachten Verhältnissen, Gefängnißstrafe bis zu sechs Monaten und Geldbuse bis zu fünf und zwanzig Rthlr.

Von der Herbeiführung der Theurung der Lebensmittel.

ART. 282.

Wer Vorräthe von Lebensmitteln oder andern nothwendigen Bedürfnissen vernichtet oder verdirbt, um dadurch einen Mangel an diesen Sachen zu bewirken, soll mit dem Zuchthause nicht unter drei Jahren bestraft werden.

ART. 283.

Diejenigen, welche das Steigen des Preises der Lebensmittel durch Verbindung der vorzüglichsten Besitzer derselben oder durch Verhinderung der Zufuhr zu bewirken suchen, sollen mit Gelde bis zu fünf hundert Rthlr. oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft werden.

FÜNFTER TITEL.

Von den Verbrechen wider öffentliche Treue und Glauben.

*Von der Fälschung öffentlicher Urkunden,
Siegel und Stempel.*

ART. 284.

Wer eine Urkunde auf den Namen des Staatsoberhauptes oder einer öffentlichen Behörde fälschlich ausstellt; wer die Unterschrift eines Staatsbeamten oder das Siegel einer öffentlichen Behörde an einer Urkunde nachmacht oder zu einer falschen Urkunde mißbraucht; wer den Inhalt einer öffentlichen Urkunde durch Zusatz, Auslöschung oder Veränderung bößlich entstellt: der ist der *Fälschung öffentlicher Urkunden* schuldig.

Der wissentliche rechtswidrige Gebrauch einer falschen öffentlichen Urkunde wird gleich der Fälschung derselben bestraft.

ART. 285.

Die Fälschung öffentlicher Urkunden wird mit dem Zuchthause oder Zwangsarbeit geahndet, deren Dauer nach der Wichtigkeit der Urkunden, nach dem von denselben gemachten Gebrauche und nach der Gröfse des bezweckten oder verursachten Schadens zu bestimmen ist.

Bei einem besonders hohen Grade der Gefährlichkeit kann auf die Strafe des grofsen oder kleinen Karren, erstere bis zu zehn Jahren, erkannt werden.

War die Gefahr und der Schade gering, wie z. B. bei der Verfälschung von Reisepässen, Wanderbüchern u. s. w., so ist auf Gefängnisstrafe bis zu zwei Monaten, oder auf Geldstrafe zu erkennen. Wenn jedoch dergleichen Fälschungen ohne gefährliche Zwecke geschahen, sind sie der polizeilichen Ahndung zu überlassen.

ART. 286.

Wer bösslich das Amtssiegel einer öffentlichen Behörde für sich oder Andere verfertigt oder verfertigen läfst, ein solches, oder auch ein ächtes, zu welchem er kein Recht hat, in böser Absicht in Besitz nimmt, der soll, wenn noch kein Mißbrauch davon gemacht worden, mit Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten, oder unter

mildernden Umständen, mit Geldstrafe bis zu hundert Rthlr. belegt werden.

ART. 287.

Wer das gesetzliche Stempelpapier nachmacht, wird folgender Maafsen bestraft:

1. Beträgt die Werthsumme des falschen und gebrauchten Stempelpapiers über tausend Rthlr., mit dem grofsen Karren, bis zu acht Jahren;
2. beträgt sie über fünf hundert bis zu tausend Rthlr., mit dem kleinen Karren, bis zu sechs Jahren;
3. beträgt sie über hundert bis zu fünf hundert Rthlr., mit Zuchthaus, bis zu fünf Jahren;
4. beträgt sie hundert Rthlr. oder darunter, mit Zuchthaus, nicht unter zwei Jahren.

Wäre das Stempelpapier nur in dem Werthestempel verfälschend abgeändert und so gebraucht, so ist, nach obigen Verhältnissen, auf Zuchthaus- oder Zwangsarbeit zu erkennen.

Die verfälschende Abänderung *einzelner* gebrauchter Bogen kann, unter mildernden Umständen, mit Gefängnisstrafe, jedoch nicht unter drei Monaten, bestraft werden ¹⁾.

ART. 288.

Wer gesetzliche Stempel, womit Waaren,

¹⁾ Dieser Artikel kann bis jetzt im Fürstenthum *Lippe* keine Anwendung finden, da es in solchem kein gesetzliches Stempelpapier giebt.

Maafse und Gewichte unter öffentlicher Autorität bezeichnet werden, in bösslicher Absicht nachmacht oder verfälscht; wer sich in öffentlichem Verkehr wissentlich solcher nachgemachter oder gefälschter Stempel, Maafse oder Gewichte bedient, soll mit Zuchthaus bis zu einem Jahre oder Gefängniß bestraft werden.

Wer dergleichen falsche Stempel zu unerlaubtem Gebrauche in Besitz nimmt, soll mit Gefängniß bestraft werden.

ART. 289.

Goldschmiede und Zinngießer, welche einen höhern Stempel auf ihre Fabricate drücken, als nach der Feinheit des Metalles geschehen darf, sollen mit Zuchthaus, Zwangsarbeit oder Gefängniß, nach Verhältniß der GröÙe des Betruges, bestraft werden.

*Von der Münzverfälschung und dem Münz-
betruge.*

ART. 290.

Wer die im Staatsgebiete umlaufenden in- oder ausländischen Münzen verfälscht oder bösslich nachmacht, ist der *Münzverfälschung* schuldig.

ART. 291.

1. Der Verfertiger falscher Münzen wird mit der Strafe des groÙen Karren bis zu zwölf Jahren belegt, wenn er Gold- und Silber-

münzen *geprägt* und über den Betrag von tausend Rthlr. ausgegeben hat.

2. Gab er nur zu dem Betrage von fünf hundert bis tausend Rthlr. aus, mit der Strafe des großen Karren bis zu acht Jahren.
3. Gab er unter diesem Betrage aus, mit der Strafe des kleinen Karren bis zu sechs Jahren.

ART. 292.

Auf Zuchthaus, und, bei erschwerenden Umständen, auf die Strafe des kleinen Karren, bis zu sechs Jahren, ist zu erkennen, wenn der Thäter entweder die Gold- oder Silbermünzen *gegossen*, oder von den *geprägten* noch nichts ausgegeben hat.

ART. 293.

Zuchthaus bis zu vier Jahren findet Statt, wenn die Nachprägung oder Nachgießung nur an Scheidemünze, d. i. an Stücken unter zwei Gutegroschen, geschehen ist.

ART. 294.

Wären die *gegossenen* falschen Münzen von einer solchen Beschaffenheit, daß eine Täuschung des Publicums durch dieselben nicht leicht möglich wäre: so ist diese Verfertigung, selbst wenn einzelne Stücke ausgegeben, nur als *Versuch* zu bestrafen ¹⁾.

¹⁾ Diese Bestimmung scheint mir, nach der Erfahrung, nothwendig. Mehrmahls ist mir als Richter vorgekommen, daß Menschen, entblößt von allem Künstler-Talente, ein

ART. 295.

Bei der Zumessung obiger Strafen ist besonders auf die etwa vorhandene Verbindung Mehrerer zur Begehung des Verbrechens, auf den Umstand, ob der Thäter die Münzfälschung gleichsam als Gewerbe trieb, auf den Unterschied zwischen inländischen und fremden Münzen, auf den größern oder kleinern Nennwerth, die innere Güte und die Menge der verfertigten und ausgegebenen Münzstücke Rücksicht zu nehmen.

ART. 296.

Als falscher Münzer ist auch derjenige zu bestrafen, der auf seine Rechnung falsche Münzen prägen, oder solche, die im Auslande geprägt sind, auf seine Rechnung oder in Commission zur Verbreitung kommen läßt.

ART. 297.

Wer den Werth echter Münzen durch Beschneiden oder andere Mittel verringert; wer unechten oder verrufenen Stücken oder geringern Münzsorten das Ansehen echter, gültiger oder höherer Münzen giebt, und solche Stücke in Umlauf setzt, der wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren, oder bei geringerer Gefährlichkeit,

Paar halbe Gulden aus Blei in Formen von Thon nachgegossen und auszugeben gesucht hatten; Fabricate, welche jedes Kind sofort für falsch erkennen konnte. Hier kann das Verbrechen unmöglich für vollendet gehalten werden.

v. STROMBECK'S Entw. c. Cr.-G.-B.

9

mit Gefängniß nicht unter zwei Monaten bestraft.

ART. 298.

Wer, ohne falsche Münzen zu verfertigen, oder echte Münzen zu verfälschen oder in ihrem innern Werthe zu verringern, auch ohne sich der Theilnahme an diesen Verbrechen schuldig zu machen, Betrügereien in Beziehung auf Münzen verübt, der soll nach folgenden Bestimmungen gestraft werden:

1. *Zuchthaus*, bis zu einem Jahre, oder, unter mildernden Umständen, *Gefängniß*, findet wider denjenigen Statt, welcher, ohne Einverständniß mit dem Münzfälscher, unechte oder falsche Münzen wissentlich einwechselt und wieder ausgiebt, oder verurtheilte Münzen zur Verbreitung einführt.
2. Mit *Gefängniß*, bis zu drei Monaten, ist zu bestrafen, wer, ohne Einverständniß mit einem Münzfälscher, aber ohne Auftrag der gehörigen Staatsbehörde, Münzstempel oder andere Münzwerkzeuge verfertigt, oder an einen andern als an die beauftragende Staatsbehörde abliefert; so wie derjenige, bei welchem Münzstempel, Formen oder andere Münzwerkzeuge gefunden werden, ohne daß er die rechtmäßige Ursache seines Besitzes glaubhaft nachweisen kann. Hatte er dergleichen Werkzeuge in der Absicht eine Münzverfälschung zu verüben angeschafft,

so soll er, wenn auch davon noch kein Gebrauch von ihm gemacht worden, wegen *Versuchs* der Münzverfälschung bestraft werden.

3. *Gefängnisstrafe, bis zu einem Monate*, oder angemessene *Geldstrafe* findet wider denjenigen Statt, der falsche Münzen, so er selbst in Zahlung empfangen, wissentlich als echte ausgiebt.

Wäre jedoch die auf diese Weise ausgegebene Summe falscher Münzen so stark, daß die Strafe für den dadurch verübten Betrug höher als obige Strafe wäre, so findet diese Anwendung.

ART. 299.

Neben den obgedachten Strafen findet stets zugleich die *Confiscation* der Werkzeuge und Materialien, welche zur Münzfälschung dienten, desgleichen der vorgefundenen falschen, verfälschten oder verrufenen Münzen Statt.

Von der Verfälschung der Staatspapiere.

ART. 300.

Wer Schuldverschreibungen, welche auf eine Staatskasse lauten, nachmacht, oder Staatspapiere verfälscht, und die gefertigten oder gefälschten ausgiebt, desgleichen derjenige, welcher Papiergeld nachmacht, verfälscht und ausgiebt, es mag dieses Verbrechen an inländischen oder an fremden Staatspapieren oder an Papier-

gelde begangen seyn, wird eben so bestraft, als wenn er sich der Münzfälschung hinsichtlich einer gleichen Summe hätte zu Schulden kommen lassen.

ART. 301.

Die wegen der Theilnahme an der Münzfälschung festgesetzten Bestimmungen kommen auch bei der Theilnahme an der Fälschung der Staatspapiere zur Anwendung.

ART. 302.

Jeder wissentliche Gebrauch falscher Staatspapiere, auch derer, die Jemand als echte empfangen, wird, im mildesten Falle, als Betrug bestraft.

Vom Meineide und falschen feierlichen Gelübden und Behauptungen ¹⁾.

ART. 303.

Wer eine Behauptung wider besser Wissen und Gewissen mittelst eines Eides oder an Eidesstatt geleisteten feierlichen Handgelübdes, oder verwiesen auf einen Eid oder feierliches, an Eidesstatt abgelegtes Handgelübde, vor einer gerichtlichen oder andern öffentlichen Behörde bekräftigt, der ist des *Meineides* schuldig.

¹⁾ *Mittermaier*, über den Meineid nach dem gemeinen Rechte und den Bestimmungen der neuesten Strafgesetzbücher, im neuen Archive des Cr.-R., B. II. S. 85.

Es ist der Meineid in diesem Falle selbst dann vorhanden, wenn die gerichtliche Handlung wegen eines Mangels in der Form nichtig seyn sollte.

ART. 304.

Der Meineid wird mit Zuchthausstrafe, zwischen drei und sechs Jahren, bestraft.

ART. 305.

Ist der Zeuge diejenige Person nicht, für welche er sich in dem Zeugnisse ausgab, und legte er das falsche Zeugniß unter dem Namen einer dritten Person ab, so ist die gegen ihn zu erkennende Strafe in den höhern Graden auszumessen.

ART. 306.

Wer sich wegen einer Behauptung wider besser Wissen und Gewissen zur Leistung eines Eides oder feierlichen Handgelübdes vor einer öffentlichen Behörde erboten, jedoch den Eid oder das Handgelübde aus dem Grunde, weil der Andere eine dieser Versicherungen als geleistet annahm, nicht geleistet hat, ist mit Zuchthausstrafe zwischen einem Jahre und drei Jahren zu bestrafen.

ART. 307.

Trat Jemand vor der Leistung eines Eides, wozu er sich erboten, nach Statt gehabter Warnung vor dem Meineide zurück, so ist nicht anzunehmen, daß er habe falsch schwören wollen, und findet also dieserhalb keine Untersuchung Statt.

ART. 308.

Der Würderungseid in Civilsachen läßt keine Untersuchung wegen Meineides zu.

ART. 309.

Wer in der *Untersuchung eines Verbrechens, oder in einem gerichtlichen Rechtstreite* ¹⁾, um einen Unschuldigen in Strafe zu bringen, meineidig geschworen hat, der soll

1. wenn das angeschuldigte Verbrechen den bürgerlichen Tod nach sich ziehen konnte, mit zehn bis funfzehnjähriger Strafe des großen Karren, und wenn der Angeschuldigte auf den Grund des falschen Zeugnisses wirklich zu dieser Strafe verurtheilt wäre und solche angetreten hätte, mit dem bürgerlichen Tode bestraft werden.
2. Wenn auf dem angeschuldigten Verbrechen eine andere als die Strafe des bürgerlichen Todes steht, so ist das meineidige Zeugniß mit dem Zuchthaus, nicht unter fünf Jahren, und bis zu zehnjähriger Strafe des großen Karren zu ahnden.

Bei der Zumessung dieser Strafen ist vorzüglich auf die Gröfse des angeschuldigten Verbrechens, auf die Wirkung des meineidigen Zeugnisses und auf die etwanige Verbindung Mehrerer zu dessen Ablegung zu achten.

¹⁾ Vergl. *Binder* a. a. O. S. 70.

ART. 310.

Ist Schaden für den Angeschuldigten aus dem Meineide entstanden, so ist die Strafe des Verbrechers stets zum mindesten eben so hoch zu bestimmen, als die gegen den Unschuldigen erkannte und zur Ausführung gebrachte Strafe war.

ART. 311.

Wurde der Meineid geschworen, um einen Schuldigen in eine härtere Strafe, als er verwirkt hat, zu bringen: so sind obige Bestimmungen analogisch anzuwenden.

ART. 312.

Eben die Strafen, welche den Meineidigen selbst treffen, sind auch gegen denjenigen zu erkennen, welcher denselben zu den falschen Aussagen beauftragt oder gedungen hat.

ART. 313.

Wer in einer Untersuchungssache *gegen* den Angeschuldigten sich einer Fälschung von Urkunden oder des Gebrauchs wissentlich falscher Urkunden schuldig macht, oder in bösslicher Absicht Urkunden oder andere Beweismittel unterdrückt, soll bestraft werden, als wenn er gegen den Angeschuldigten ein falsches Zeugniß abgelegt hätte.

ART. 314.

Der Meineidige, welcher aus eigenem Antriebe, ehe sein Verbrechen bekannt geworden, und bevor noch ein Rechtsnachtheil daraus für einen Andern entstanden ist, den geleisteten

Eid als falsch anzeigt, wird, Statt der in den vorigen Artikeln bestimmten Strafen, nur mit Gefängniß bis zu zwei Monaten bestraft.

ART. 315.

Wäre zur Zeit des Widerrufes des falschen Eides zwar ein Nachtheil für Jemand aus demselben erwachsen, dieser Nachtheil würde aber durch den Widerruf gemildert, oder hörte für die Folge ganz auf: so ist der Widerruf als ein bedeutender Milderungsgrund bei der Bestrafung zu berücksichtigen und nie eine Karenstrafe zu erkennen.

ART. 316.

Jeder, der eines Meineides wegen verurtheilt ist, imgleichen, wer den Meineidigen zur Abschwörung des falschen Eides gedungen, beauftragt oder verleitet hat, ist zur Ablegung eines Eides oder rechtsgültigen Zeugnisses zeitlebens unfähig, und eben so zu allen Staats- und Ehrenämtern, Würden, Orden und Ehrenauszeichnungen.

ART. 317.

Wer aus Mangel pflichtmäßiger Besonnenheit und Ueberlegung eine unrichtige Behauptung eidlich vor Gericht erhärtet hat, soll mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft werden.

Hat er jedoch seine Unbesonnenheit aus eigenem Antriebe, ehe solche bekannt geworden und bevor noch ein Rechtsnachtheil für einen Andern daraus entstanden ist, angezeigt: so ist

er nur mit einem gerichtlichen Verweise zu bestrafen.

ART. 318.

Wer die Erfüllung einer Verbindlichkeit durch einen vor Gericht oder einer andern öffentlichen Behörde abgelegten Eid angelobte, diese eidliche Zusage aber vorsätzlich gebrochen, dergleichen, wer unbeeidigt, oder auf einen früher geleisteten Eid nicht verwiesen, auch nicht an Eidesstatt ein solches Zeugniß vor Gericht abgelegt hat, der soll mit Gefängnißstrafe bis zu sechs Monaten belegt werden.

Von falschen Denunciationen.

ART. 319.

Wer, um einen Unschuldigen in Strafe zu bringen, bei der Obrigkeit denselben entweder einer strafbaren Handlung beschuldigt oder wesentlich unwahre Verdachtsgründe angegeben hat, welche eine Untersuchung gegen ihn zu veranlassen geeignet sind, der soll als falscher Angeber

1. wenn das angeschuldigte Verbrechen mit einer der *schweren* Strafen bedrohet ist, mit Zuchthaus, zwischen zwei und sechs Jahren;
2. im Fall jenes Verbrechen eine der *leichtern* Strafen nach sich gezogen hätte, mit Gefängniß, nicht unter drei Monaten, bestraft werden.

Nimmt der Anschuldigende seine Behauptung zurück, ehe noch eine Untersuchung gegen den Angeschuldigten begonnen hat, so ist er mit Gefängniß bis zu einem Monate; begann aber die Untersuchung schon, bis zu zwei Monaten zu bestrafen.

Von Verletzung fremder Geheimnisse.

ART. 320.

Wer unbefugter Weise und in der Absicht, Jemandem zu schaden oder sich oder einem Dritten einen widerrechtlichen Vortheil zu verschaffen, eines Andern Briefe, Acten, Handelsbücher und andere dergleichen Urkunden, welche Privatgeheimnisse enthalten können, erbricht, abschreibt oder von Andern erbrechen oder abschreiben läßt, soll, auf die Anzeige des Betheiligten, mit Gefängniß bis zu einem Monate, und wenn das zu seiner Kenntniß gelangte Geheimniß zum wirklichen Schaden gemißbraucht ist, mit Gefängnißstrafe, bis zu drei Monaten, bestraft werden.

ART. 321.

Diejenigen Personen, welchen vermöge ihres Berufs Privatgeheimnisse anvertraut worden, sind, wenn sie solche Geheimnisse unbefugter Weise Andern mittheilen, falls dieses in der Absicht geschah, Jemandem zu schaden, oder sich Vortheil zu verschaffen, auf Anzeige des

Betheiligten, mit Gefängniß, bis zu zwei Monaten, zu bestrafen.

Gleiche Strafe trifft Postbeamte, welche, auch nur aus Neugier, Briefe erbrechen ¹⁾.

Es kann in obigen Fällen auch auf Geldstrafe erkannt werden.

ART. 322.

Ärzte, Wundärzte, Geburtshelfer und Wehemütter, welche die Geheimnisse der ihrer Pflege anvertrauten Personen unbefugter Weise entdecken, und die Apotheker, welche die einkommenden Recepte auf gleiche Weise missbrauchen, sind, auf Anzeige der Betheiligten, an Gelde und beim Rückfalle mit Suspension der Praxis oder deren Untersagung zu bestrafen ²⁾.

Von der Untreue der Vormünder und Curatoren.

ART. 323.

Vormünder und Curatoren, welche absicht-

¹⁾ Vergl. *Mittermaier*: Über das Recht des Criminalrichters, Briefzerbrechung als Wahrheitserforschungsmittel anzuwenden, im neuen Archive des Criminalrechts, Band II. S. 452; *Derselben*: Deutsches Strafverfahren, 1ste Abthl., S. 244. — Ist einem Verhafteten jedoch der Briefwechsel verboten, und Jemand versucht es, ihm heimlich Briefe zugehen zu lassen, so werden diese gewifs mit Recht eröffnet und zu den Acten genommen; wie es denn auch Fälle giebt, in welchen mit Recht der Briefwechsel eines Angeschuldigten untersucht wird. S. obige Abhandl. B. II. S. 458.

²⁾ Vergl. *Oldenburgisches Strafgesetzbuch*, Art. 414. 415.

lich ihren Pflegebefohlenen oder der ihnen anvertrauten Masse zum Nachtheil handeln, sollen, wenn sie sich nicht dabei einer Unterschlagung, eines Betruges oder eines andern schwereren Verbrechens schuldig machten, nach Maaßgabe des angestifteten Schadens, mit Gefängniß oder mit Zuchthausstrafe bis zu zwei Jahren belegt und ihrer Stellen entsetzt werden.

Bekleideten sie ein öffentliches Amt oder gehörten sie zu dem Advocatenstande, so sind sie von ihren Stellen zugleich zu entsetzen.

Vom verschuldeten Bankerotte ¹⁾.

ART. 324.

1. Wenn Jemand bei bevorstehendem oder ausgebrochenem Concourse sein Vermögen in der Absicht verheimlicht, oder Waaren, Sachen oder Geld verbirgt, oder Andern in Verwahrung giebt, um seinen Gläubigern ihre Befriedigung ganz oder zum Theil zu entziehen;
2. wenn derselbe in solcher Absicht Gelder unter fremden Namen belegt oder unter fremden Namen Ankäufe macht;

¹⁾ Vergl. Herzogl. Braunschweigische Verordnung vom 26. März 1822. — *Erhard's* Entwurf eines Gesetzb. über Verbrechen und Strafen für das Königr. Sachsen, Art. 1776 f.f.

3. wenn ein Kaufmann, Banquier, oder Fabricant in solcher Absicht seine Bücher vernichtet, verborgen oder verfälscht hat;
4. wenn Jemand zu solchem Zwecke den Betrag seiner Schulden gröfser angiebt, als er ist, mithin darunter erdichtete Forderungen aufgenommen;
5. wenn Jemand bei Statt findendem Zahlungsunvermögen erdichtete Forderungen bezahlt, Schenkungen macht, oder Waaren und Effecten unter dem Werthe verschleudert, oder Wechsel und Privat-Hypothek-Verschreibungen vordatirt;
6. wenn Jemand durch falsche Angaben und Papiere sich Credit erschlichen;
7. wenn ein Kaufmann ohne Handelsbücher zu hinterlassen, oder mit Hinterlassung von verwirrten Handelsbüchern austritt oder seinen Aufenthalt verbirgt;
8. wenn der zahlungsunfähige Schuldner sich weigert, die erforderlichen Nachweisungen über seine jetzigen und frühern Vermögens-Umstände zu geben, — so wie in ähnlichen Fällen des offenbar beabsichtigten Betruges, ist ein *betrüglicher Bankerott* anzunehmen.

ART. 325.

Jeder betrügliche Bankerottirer soll, nach den Umständen und dem Grade der Verschuldung, mit Zuchthaus- oder Zwangsarbeitsstrafe

von sechs Monaten bis zu sechs Jahren bestraft werden.

Den Kaufmann und den, der solchem gleich zu achten, trifft zugleich Verlust der Concession oder der Innungsbefugnisse, den Staatsdiener aber Dienstentsetzung.

ART. 326.

1. Wer durch übertriebenen, d. i. mit seinem Einkommen nicht in Verhältniß stehenden und dabei des Lebens Nothdurft überschreitenden Aufwand sich außer Stand gesetzt hat seine Gläubiger zu befriedigen, ist als ein *muthwilliger Bankerottirer* zu betrachten;
2. eben so der zahlungsunfähige Kaufmann, Banquier, Geldwechsler und Fabricant, welcher entweder gar keine Bücher geführt, oder nicht wenigstens einmahl jährlich Bilanz gezogen hat.

ART. 327.

Der *muthwillige Bankerott* soll, nach den Umständen und dem Grade der Verschuldung, mit Gefängniß von zwei Monaten bis zu zwei Jahren bestraft, auch bei dem Kaufmanne und dem, der solchem gleich zu achten, dem Befinden nach, auf Verlust der Concession oder Innungsbefugnisse, bei Staatsdienern aber auf Dienstentlassung erkannt werden.

ART. 328.

1. Wer ohne gegenwärtige oder künftige si-

chere Zahlungsmittel und ohne davon, daß er diese nicht habe, seine Gläubiger benachrichtigt zu haben, Schulden gemacht;

2. wer durch Vernachlässigung seines Nahrungsbetriebes oder unordentlichen Haushalt seine Zahlungsunfähigkeit herbeigeführt hat;

3. wer nicht nachzuweisen im Stande ist, daß ihm hinsichtlich seiner Zahlungsunfähigkeit ein dem Manne von gewöhnlicher Vorsicht beizumessendes Verschulden nicht zur Last fällt: der ist als ein *fahrlässiger Bankerottirer* zu bestrafen.

ART. 329.

Der fahrlässige Bankerott soll, nach der Beschaffenheit der Umstände, mit Gefängnisstrafe von einem Monate bis zu sechs Monaten bestraft werden.

ART. 330.

Die durch den betrüglichen, muthwilligen oder fahrlässigen Bankerott verwirkten Strafen sollen um ein Drittheil ihrer Dauer geschärft, oder die Gefängnisstrafe in Zuchthausstrafe verwandelt werden, wenn der Schuldner durch seinen Bankerott einen Verlust an einem Vermögen verursacht hat, welches kraft einer vertragsmäßig eingegangenen oder obrigkeitlich übertragenen Verbindlichkeit seiner Verwaltung anvertraut gewesen. In diesem Falle trifft den Staatsbeamten stets Diententlassung oder Entsetzung.

ART. 331.

Jeder, der des Bankerottes wegen bestraft ist, wenn gleich auch nur mit Gefängniß, ist so lange unfähig, Mitglied der Landschaft oder eines städtischen Deputirten-Collegii zu seyn, als er seinen Gläubigern nicht allen verursachten Schaden ersetzt hat ¹⁾.

ART. 332.

Die Rechtswohlthat der Güter-Abtretung verlieren alle diejenigen, welche wegen eines verschuldeten Bankerottes verurtheilt worden.

ART. 333.

Jeder, welcher dem betrüglichen Bankerottirer zur Erreichung seines Zweckes wissentlich behülflich gewesen, dessen Gut verheimlicht, zur betrüglichen Fortschaffung von Effecten und Gütern Hülfe geleistet, oder zu nicht gegründeten Ansprüchen an denselben sich bekannt hat, ist mit der Strafe eines Gehülfen des Verbrechens zu belegen.

ART. 334.

Wer, um sich rechtswidrig mit seiner Gläu-

¹⁾ *Hamburgischer Hauptrecess* von 1712, Art. 5: „Hingegen mögen die Bürgerschaft nicht frequentiren: 4. Kundbare, von ihren Creditoren per concursum, oder gar nicht entledigte Falliten, oder die wegen Unglücksfälle in Schulden vertieft oder mit ihren Gläubigern accordiret.“

Ist die Ehre ein wesentliches Princip in Monarchien, so müssen wir hier dem Republicaner (dem die Ehre jedoch nicht weniger werth ist) nachahmen.

biger Schaden zu bereichern, durch betrügliche Handlungen sich als zahlungsunfähig darstellt, ohne solches zu seyn, der soll mit Gefängniß- oder mit Zuchthausstrafe bis zu drei Jahren bestraft und überdiess aller Würden, Staats- und Ehrenämter, der landschaftlichen Rechte, und, unter besonders erschwerenden Umständen, der Ausübung des Geschäftes oder Gewerbes, welches zu der Verübung des Betrugs gemißbraucht worden, unfähig erklärt werden.

SECHSTER TITEL.

Von den Verbrechen wider das Leben.

Von der Tödtung überhaupt.

ART. 335.

Wer durch rechtswidrige Handlung oder Unterlassung den Tod eines Menschen verursacht, ist des Verbrechens der *Tödtung* schuldig.

ART. 336.

Um eine Beschädigung oder Verwundung im rechtlichen Sinne für tödtlich zu halten, wird mehr nicht als die Gewißheit erfordert, daß

dieselbe den Tod des Verletzten hervorgebracht habe.

Es hat daher auf die Beurtheilung der Tödtlichkeit der Verletzung keinen Einfluß, ob solche in andern Fällen durch Hülfe der Kunst schon geheilt worden sey; ob in dem gegenwärtigen Falle durch zeitige zweckmäßige Kunsthülfe ihr tödtlicher Erfolg hätte gehindert werden können; ob die Verletzung unmittelbar, oder nur durch andere, jedoch durch sie selbst in Wirksamkeit gesetzte Zwischenursachen den Tod bewirkt habe; ob endlich dieselbe allgemein tödtlich sey, oder nur wegen der eigenthümlichen Leibesbeschaffenheit des Getödteten, oder wegen der zufälligen Umstände, unter welchen sie ihm zugefügt worden, den Tod hervorgebracht habe.

ART. 337.

Muthmaßungen über die mögliche Nichttödtlichkeit der Verletzung kommen dem Verbrecher nicht zu Statte, sondern die erwiesene Mißhandlung oder Beschädigung ist als die Ursache des ihr nachgefolgten Todes zu betrachten, wenn die in gehöriger Art geschehene Untersuchung des Thatbestandes keine bestimmte That-sachen an die Hand giebt, woraus mit Gewißheit oder Wahrscheinlichkeit angenommen werden muß, daß der Verletzte an einer andern, schon früher vorhandenen Ursache gestorben sey.

V o m M o r d e .

ART. 338.

Wer die von ihm verübte Tödtung mit Vorbedacht beschlossen oder mit Überlegung ausgeführt hat, ist des *Mordes* schuldig.

Die Strafe des Mordes ist der bürgerliche Tod.

ART. 339.

Wenn bei einer *Vergiftung* der Tod zwar nicht erfolgte, jedoch das Gift in der Absicht zu tödten gegeben war und dadurch ein solcher Schaden an der Gesundheit zugefügt wurde, daß, nach dem Gutachten der Kunstverständigen, das Leben des Verletzten wahrscheinlich abgekürzt seyn wird, so ist ebenfalls auf den bürgerlichen Tod zu erkennen.

War der Schade nicht von dieser Bedeutung, so findet zehn- bis zwanzigjährige Strafe des großen Karren Statt.

Vom Todtschlage .

ART. 340.

Wer ohne Vorbedacht, in der Hitze des Zorns, oder getrieben von einem andern ihn überwältigenden Affect, eine lebensgefährliche Handlung beschließt und ausführt, ist, bei erfolgtem Tode des Beschädigten, des *Todtschlags* schuldig.

Die Strafe des Todtschlags ist die kleine Karre bis zu funfzehn Jahren.

ART. 341.

Wenn der Getödtete selbst durch unerlaubte Beleidigungen den Todtschläger zum Zorne reizte, oder wenn der Todtschläger ohne sein Verschulden sich in dem Zustande des Rausches (soweit dieser nicht alle Zurechnung aufhebt) befunden hat, dann soll auf Zuchthausstrafe von fünf bis zehn Jahren erkannt werden.

ART. 342.

Ist in einem *Raufhandel* oder in einer *Schlägerei* Jemand *getödtet* worden, so ist

1. Jeder Theilnehmer, welcher dem Beschädigten eine tödtliche Verletzung beigebracht hat, gleich einem Todtschläger zu bestrafen.
2. Wenn es jedoch nicht in Hinsicht aller Theilnehmer zur Gewissheit gebracht ist, ob sie tödtliche Verletzungen zugefügt haben, so sollen diejenigen, bei denen zwar diese Gewissheit fehlt, von denen jedoch der Getödtete auf irgend eine Art verletzt worden, nach den Grundsätzen von der Körperverletzung bestraft werden.
3. Finden sich an dem Entleibten theils tödtliche, theils nicht tödtliche Verletzungen, so sind die Urheber der letztern nach den Gesetzen wider die Körperverletzung zu bestrafen.
4. Wenn die von den verschiedenen Theilnehmern beigebrachten Verletzungen nicht einzeln, sondern nur durch ihr Zusammen-

treffen tödtlich sind: so ist gegen die Urheber derselben auf die Strafe der Körperverletzung zu erkennen, und die Strafe, so weit als möglich, nach dem Grade der Mitwirkung eines jeden Theilnehmers, auszumessen.

In allen den Fällen, wo hier nach die Strafe der Körperverletzung eintritt, ist der erfolgte Tod als ein Erschwerungsgrund zu betrachten.

Vom Kindesmorde ¹⁾.

ART. 343.

Eine Mutter, welche ihr uneheliges lebensfähiges Kind während oder kurz nach der Geburt ²⁾ durch eine rechtswidrige Handlung oder

¹⁾ Vergl. *Spangenberg*: Über das Verbrechen des Kindermordes und der Aussetzung der Kinder, im neuen Archive des Criminalrechts, B. III, S. 1; *Mittermaier's* Beiträge zur Lehre vom Verbrechen des Kindermordes und der Verheimlichung der Schwangerschaft, daselbst, B. VII, S. 1 ff., 304 ff., 493 ff.

²⁾ Vergl. *Mende's* ausf. Handbuch der gerichtl. Medizin, B. III, S. 198, 238, 562; *Gans*, von dem Verbrechen des Kindermordes (Hannover 1824), S. 390. Hier wird ein Kind neugeboren genannt, so lange es nicht genährt und gekleidet war, die Mutter noch an den unmittelbaren Folgen der Entbindung litt, und außer derselben, ihren Aeltern oder dem Schwängerer, Niemand Kenntniß von des Kindes Daseyn erlangt hatte.

Eine bestimmte Zeit, z. B. 24 Stunden, 3 Tage u. s. w., mit einigen Gesetzgebungen oder Entwürfen festzusetzen,

Unterlassung tödtet, oder tödten läßt, ist des *Kindesmordes* schuldig ¹⁾).

ART. 344.

Der Kindesmord wird mit Zuchthaus von vier bis acht Jahren bestraft.

ART. 345.

Die Tödtung eines nicht lebensfähigen Kindes wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren geahndet.

ART. 346.

Die Strafe des Kindesmordes kann bis zu zehnjährigem Zuchthause *erhöhet* werden:

1. wenn die Thäterinn denjenigen ihre Schwangerschaft auf Befragen abgeleugnet hat, welche sie darum zu befragen berechtigt waren;
2. wenn die Thäterinn durch eine frühere uneheliche Geburt schon ihre Geschlechtsehre verloren hatte, und dieser Umstand in der Gegend, wo sie sich aufhielt, bekannt war;
3. wenn mehrere Kinder Einer Niederkunft getödtet wurden.

scheint mir keinesweges räthlich. — Hier wird Vieles dem Ermessen der Richter, in Beziehung auf den physischen und psychischen Zustand der Mutter, überlassen bleiben müssen.

¹⁾ Über die Nothwendigkeit der *Lebensfähigkeit* des Kindes zum Begriff des Kindermordes, vergl. *Mittermaier* a. a. O. S. 318 ff.

Die Lebensfähigkeit des Kindes ist nicht einzig aus dessen Reife zu beurtheilen.

ART. 347.

Die Strafe ist zu *mindern*, wenn den Umständen nach anzunehmen ist,

1. dafs die Mutter zu der Zeit der That wegen der Geburtsschmerzen, oder wegen der nach der Geburt eingetretenen Schwäche, ihrer selbst nicht vollkommen mächtig war, und wenn zugleich keine Anzeige eines vor der Geburt gefafsten Entschlusses zur Tödtung vorhanden ist ¹⁾;
2. wenn die Thäterinn zur Zeit der Geburt sich im Zustande grofser Hülfslosigkeit und der Verzweiflung befand;
3. wenn das Kind durch Nothzucht oder Schändung erzeugt war, und die Thäterinn einen unbescholtenen keuschen Lebenswandel geführt hatte.

¹⁾ » Wenn es wahr ist, dafs, nach der Beobachtung ausgezeichneter Aerzte, selbst Ehefrauen als Erstgebährerinnen im Zustande des Gebärens von einer wahren Wuth befallen werden, welche die glückliche Gattinn zum rasenden Hasse gegen den geliebten Gatten und zur Zerstörungssucht gegen Alles, was sie umgiebt, antreibt: wer soll nicht bei der unehelich Geschwängerten, die, überrascht von der Stunde der Niederkunft, keine Pflege hat, und vor deren Geiste alle Bilder der Mißhandlung, der Verachtung, der Armuth, der Schande sich erneuern, die Möglichkeit eines ähnlichen, die Zurechnung aufhebenden, oder wenigstens sehr herabsetzenden Zustandes annehmen? « *Mittermaier* a. a. O., S. 22, 23 und die daselbst angeführten Aerzte; *Henke*, in der Zeitschrift für psychische Aerzte, 1819, Heft 2, S. 219.

ART. 348.

Ein wiederholter Kindesmord, der erste mag bereits bestraft seyn oder nicht, wird mit einer erhöhten Strafe, die bis zum bürgerlichen Tode gehen kann, bestraft.

Tödtung einer Mißgeburt.

ART. 349.

Wer eine lebendig zur Welt gekommene Leibesfrucht wegen Mangels menschlicher Gestalt eigenmächtig tödtet, wird mit Gefängniß bis zu sechs Wochen bestraft ¹⁾.

Tödtung aus Fahrlässigkeit.

ART. 350.

Wer den Tod eines Menschen durch Fahrlässigkeit verursachte, soll nach den allgemeinen Bestimmungen über die Fahrlässigkeit bestraft werden.

ART. 351.

Nach denselben Bestimmungen wird bestraft, wer wissentlich eine schwangere vor ihrer Entbindung gestorbene Person, deren Leibesfrucht mit Rücksicht auf die Zeit der Schwangerschaft schon lebensfähig seyn konnte, ohne Untersuchung durch einen öffentlich angestellten Arzt oder Geburtshelfer oder mit Umgehung der von

¹⁾ Baierscher Entwurf von 1827, Art. 214.

demselben zur Rettung des Kindes dienlich befundenen Mittel beerdigen läßt.

ART. 352.

Gleiche Strafe kömmt gegen diejenigen zur Anwendung, welche eine Person, von der es sich ergibt, daß sie bloß scheinodt gewesen, zu früh geöffnet oder beerdigt haben, öffnen oder beerdigen lassen; detsgleichen gegen diejenigen, welche das eine oder das andere durch unrichtige Angabe über die Zeit des Todes einer solchen Person veranlaßt haben.

Erfolgte Rettung, so ist die außerdem verwirkte Strafe auf die Hälfte herabzusetzen ¹⁾.

Geschah die Rettung durch den Thäter selbst, so fällt jede Strafe weg ²⁾.

Lebensgefährliche Handlungen in Hinsicht auf die Leibesfrucht und Neugeborene ³⁾.

ART. 353.

Wenn eine Mutter, welche mit einem außerehelichen unzeitigen oder todten Kinde niedergekommen ist, äußere oder innere Mittel oder

¹⁾ S. d. Baierschen Entwurf von 1827, Art. 216.

²⁾ Polizeiliche Verordnungen gegen das zu frühe Beerdigen und gegen die unmenschliche Behandlung der Leichname sind von dringender Nothwendigkeit. Möchten doch allenthalben Leichenhäuser seyn!

³⁾ S. *Spangenberg*: Über das Verbrechen der Abtreibung der Leibesfrucht, im neuen Archive d. Cr.-Rechts, B. II, S. I.

sonstige Handlungen, welche eine zu frühzeitige Entbindung oder den Tod der Frucht im Mutterleibe bewirken können, angewendet hat, so ist sie mit Zuchthausstrafe, bis zu zwei Jahren, zu belegen.

ART. 354.

Bei Zumessung der Strafe ist auf die bei der Gesetzgebung vom Kindesmorde bemerkte Verschiedenheit des Beischlafs, worin das Kind erzeugt worden, auf die höhere Gefährlichkeit der gebrauchten Mittel und auf die grössere Reife der Leibesfrucht, so wie darauf zu achten, ob das unzeitig zur Welt gekommene Kind am Leben erhalten ist oder nicht.

ART. 355.

Ist obiges Verbrechen bei einem ehelichen Kinde angewendet, so trifft die Thäterinn Zuchthausstrafe bis zu vier Jahren.

ART. 356.

Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher solche Handlungen an einer Schwangern mit deren Bewilligung vorgenommen hat.

Wer das Abtreiben der Leibesfrucht gleichsam gewerbsmäfsig treibt, soll mit zehnjähriger Strafe des kleinen Karren belegt werden.

ART. 357.

Wenn Jemand ohne die Einwilligung der Mutter, welche die mit einem unzeitigen oder todtten Kinde niedergekommen, derselben abtreibende Mittel gegeben, oder gegen sie solche

Handlungen sich hat mit rechtswidrigem Vorsatze zu Schulden kommen lassen, welche die Abtreibung des Kindes konnten zur Folge haben, so soll derselbe folgendermaassen bestraft werden:

1. mit der Strafe des grossen Karren, bis zu *zehn* Jahren, wenn daraus, ohne die Absicht des Thäters, der Tod der Mutter erfolgte;
2. mit der Strafe des kleinen Karren bis zu zehn Jahren, wenn entweder eine todte Geburt erfolgte, oder der Mutter dauernder Nachtheil an der Gesundheit verursacht worden;
3. in den übrigen Fällen Zuchthaus bis zu fünf Jahren.

ART. 358.

Wer seine Tochter, Enkelinn, Pflegebefohlene, oder solche, für welche er zu sorgen die gesetzliche Verpflichtung hat, absichtlich in eine verzweiflungsvolle Lage setzt, oder durch Mißhandlungen, Drohungen und harte Schimpfreden dahin bringt, dafs sie zu dem Verbrechen des Kindesmordes oder der Abtreibung getrieben worden, soll *als Mitschuldiger* bestraft werden.

ART. 359.

Die vorsätzliche *Veranstaltung einer hilflosen Niederkunft* ist folgendermaassen zu bestrafen:

1. wenn solche den Tod des Kindes zur Folge

hatte, mit dem Zuchthause bis zu einem Jahre;

2. wenn sie den Tod des Kindes nicht zur Folge hatte, mit Gefängnißstrafe bis zu vier Wochen.

ART. 360.

War die Niederkunft zwar eine verheimlichte, aber nicht hülflöse, und sorgte die Mutter oder ein Anderer gehörig für das Kind, so findet keine Strafe Statt.

Von der Aussetzung der Kinder und Verlassung hülflöser Personen.

ART. 361.

Aeltern, welche ihr Kind an einen Ort bringen, oder an einem Orte verlassen, wo das Kind, seinem Alter oder seinen Gesundheitsumständen nach, oder nach der Beschaffenheit des Orts oder der Zeit, nach dem gewöhnlichen Laufe der Dinge, aus Mangel an Hülfe umkommen muß, sind, wenn der Tod des Kindes erfolgte, mit dem großen Karren bis zu zehn Jahren, und wenn der Tod nicht erfolgte, mit Zuchthausstrafe bis zu acht Jahren zu bestrafen.

ART. 362.

Hatte dieses *Verbrechen der Aussetzung* unter Verhältnissen Statt, daß es nicht wahrscheinlich war, daß das Leben des Kindes gefährdet würde, und der Tod des Kindes erfolgte dennoch, so hat Zuchthausstrafe bis zu zwei

Jahren, wenn aber das Kind am Leben blieb, Zuchthausstrafe bis zu sechs Monaten, oder Gefängnisstrafe Statt.

ART. 363

Wird obiges Verbrechen auf die eine oder andere Weise von einer Mutter an einem unehelichen Kinde, zur Rettung ihrer Geschlechts-ehre oder aus Hülfslosigkeit, begangen: so ist dieses ein Milderungsgrund.

ART. 364.

Nach der Analogie obiger Gesetzgebung sind diejenigen zu bestrafen, welchen die Verbindlichkeit oblag, ein Kind, einen Altersschwachen, Kranken oder Gebrechlichen zu warten oder zu pflegen, wenn diese Personen ihren Pflegling in einen Zustand der Hülfslosigkeit versetzen oder in einem solchen Zustande verlassen.

ART. 365.

Aeltern, welche die Pflicht, ihre Kinder zu ernähren und zu pflegen, auf eine böslliche Weise unterlassen, sind, nach Maafsgabe ihrer Verschuldung, mit Gefängnisstrafe bis zu zwei Monaten zu belegen.

Gleiche Strafe trifft Kinder, welche diese Pflicht an hilfsbedürftigen Aeltern versäumen.

A N H A N G.

Von der Selbsttödtung ¹⁾).

ART. 366.

Im Fall sich Jemand selbst tödtet, so ist anzunehmen, daß solches in einem seelenkranken Zustande geschehen sey, und ist der Leichnam an dem gewöhnlichen Begräbnisorte in der Stille zu beerdigen.

ART. 367.

Wegen des Versuches einer Selbsttödtung ist ein Religionslehrer zu veranlassen, den Verirrten, wenn dieser nicht an einer Seelenkrankheit leidet, über das beabsichtigte Vergehen zu unterrichten ²⁾).

Es hat überdiels die Polizeibehörde des Orts Sorge zu tragen, daß derselbe so lange unter Aufsicht gesetzt werde, als von ihm die Wiederholung der Handlung zu befürchten ist.

¹⁾ Vergl. Entwurf eines Criminalgesetzbuches für das Königreich Sachsen von 1824, §. 908 ff. Es schien angemessen, eine Handlung, welche die öffentliche Meinung zu den Verbrechen zählt, nicht unberührt zu lassen. Der erste Artikel soll nicht ungewöhnlichen Mißdeutungen entgegenen.

²⁾ Ist die Selbsttödtung einmahl geschehen, so nimmt das Gesetz an, der Todte sey seelenkrank gewesen, denn das Gegentheil wird, da Seelenstörungen nicht selten schnell eintreten, nicht bewiesen werden können. Blieb es aber beim Versuche, so zweifelt das Gesetz und sucht dem Unglücklichen zu helfen. Dieses, dem Vorwurfe des Widerspruchs zu begegnen.

SIEBENTER TITEL.

Von Beschädigungen und Mißhandlungen
an der Person.*Von der Körperverletzung.*

ART. 368.

Wer, ohne die Absicht zu tödten, jedoch mit rechtswidrigem Vorsatze, einem Andern durch gewaltsamen Angriff, thätliche Mißhandlung, Verwundung, Verletzung oder auf eine andere Weise Schmerzen verursacht, an seinem Körper oder an seiner Gesundheit beschädigt, ist des Verbrechens der *Körperverletzung* schuldig.

ART. 369.

Wer einen Andern hinterlistiger Weise anfällt oder sonst mit vorbedachtem Entschlusse demselben eine körperliche Mißhandlung zufügt, soll, wenn der Beleidigte nur mit Schlägen oder andern Mißhandlungen und Verletzungen vergewaltigt worden, mit Gefängnißstrafe bis zu sechs Monaten belegt werden.

ART. 370.

Wenn die bewirkte Verletzung *eine monatliche* oder *langwierigere* Krankheit verursachte, oder den Beschädigten auf einen oder mehrere Monate zu seinen Verrichtungen oder Berufsarbeiten untauglich machte, so soll der

Thäter, nach Maafsgabe der Umstände, mit Gefängniß oder mit Zuchthaus oder Zwangsarbeit bis zu zwei Jahren bestraft werden.

ART. 371.

Wenn der Beschädigte durch eine vorbedachte Gewaltthat zwar nicht völlig oder nicht auf immer zu seinem Berufe untauglich geworden, jedoch an einem Theile seines Körpers *verstümmelt, verunstaltet oder des Gebrauchs eines seiner Glieder* beraubt ward, dann soll der Thäter mit dem Zuchthause oder Zwangsarbeit bis zu fünf Jahren bestraft werden.

ART. 372.

Wenn der Beschädigte zu seinen Berufsarbeiten *völlig unbrauchbar geworden* und keine gegründete Wahrscheinlichkeit zu seiner Herstellung vorhanden; dergleichen, wenn der Verletzte des Gebrauchs der Sprache, des Gesichts, der Hände oder Füße beraubt, oder durch Verstümmelung oder Beschädigung zur Fortpflanzung untüchtig geworden ist: so soll der Thäter mit Zuchthaus oder Zwangsarbeit von fünf bis zehn Jahren, oder, der Böslichkeit der Umstände nach, mit dem kleinen Karren bis zu dieser Zeit bestraft werden.

ART. 374.

Bestehen die Mißhandlungen nur in Schlägen oder geringern Verwundungen, so ist, falls die Beleidigung kein öffentliches Ärgerniß zur

Folge gehabt hat, keine Untersuchung von Amtswegen anzustellen.

ART. 375.

Wer ohne die Absicht zu tödten, jedoch mit dem Vorsatze zu schaden, Jemanden *Gift*, (d. i. eine Substanz, nach deren Genuß gewöhnlich der Tod oder ein schweres Übel erfolgt) beigebracht, und hierdurch einen vorübergehenden oder bleibenden Schaden an der Gesundheit des Körpers oder des Geistes bewirkt hat, der soll mit der Strafe des großen Karren zehn bis funfzehn Jahre belegt werden.

Wäre das Gift ohne der Gesundheit nachtheilige Wirkung geblieben, so hat Zuchthaus- oder Zwangsarbeitsstrafe von acht bis zehn Jahren, oder die Strafe des kleinen Karren von acht bis zehn Jahren Statt.

ART. 376.

Wer, da er wufste, dafs er mit einer venerischen Krankheit behaftet war, den Beischlaf vollzog, soll, wenn solche Handlung nicht durch böse Absicht in ein größeres Verbrechen übergegangen, auf die Anzeige des angesteckten Theils, mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft werden ¹⁾.

ART. 377.

Wer körperliche Mißhandlungen seinen Äl-

¹⁾ S. *Oldenburgisches Strafgesetzbuch*, Art. 387.

v. STROMBECK's Entw. e. Cr.-G.-B.

tern oder Großältern, seinem Vormunde oder seinen Pflegeältern, seiner Lehr- oder Dienstherrschaft, oder überhaupt solchen Personen, welchen er zu besonderer Hochachtung verpflichtet ist, oder einer Schwangern zufügt, soll mit dem härtesten Maafse der Strafe belegt werden.

Eben dieses findet Statt, wenn die Mißhandlung durch ein Complot, durch nächtliches Aufpassen oder mit Waffen bewirkt ist.

ART. 378.

War eine der erwähnten Vergewaltigungen oder Verletzungen ohne vorbedachten Entschluß, im Rausche, in einem Streithandel, oder sonst in der Hitze des Zornes, verübt, so sinkt die festgesetzte Strafe auf die Hälfte, und unter besonders mildernden Umständen, auf ein Viertheil hinab.

A N H A N G.

Von der Selbstverstümmelung.

ART. 379.

Das Gesetz verbietet, bei bestimmten Strafen, jede *Selbstverstümmelung*, welche nicht zur Erhaltung des eigenen Lebens oder der eigenen Gesundheit erforderlich ist.

ART. 380.

Eine Selbstverstümmelung, die jemand in der Absicht verübt, um sich zur Erfüllung einer bürgerlichen Pflicht untüchtig zu machen, hat die Strafe zur Folge, welche denselben treffen würde, wenn er sich auf eine andere Art dieser Pflicht vorsätzlich entzogen hätte ²⁾).

ART. 381.

Jede Selbstverstümmelung, um sich oder Andern dadurch Vermögens-Vortheile zu erwerben, oder auch nur aus Gefälligkeit für Andere, wird mit Gefängniß von vierzehn Tagen bis drei Monaten und der Confiscation der erhaltenen Vortheile bestraft.

ART. 382.

Geschah die Verstümmelung durch einen Andern, mit dem Willen des Verstümmelten, so trifft eine gleiche Strafe Beide.

ART. 383.

Wer Jemand zur Selbstverstümmelung durch dargebotene Vortheile angereizt hat, wird zu Geldstrafen von funfzig bis zu dreihundert Rthlr. verurtheilt ³⁾).

²⁾ Es schien mir nicht unzweckmäfsig, an dieser Stelle Vorschriften in Beziehung auf die *Selbstverstümmelung*, als Anhang, einen Platz finden zu lassen, so wie Vorschriften hinsichtlich des Selbstmordes am Ende des vorhergegangenen Titels Platz gefunden hatten.

³⁾ Vergl. *Stübel*: über die Natur der Handlung, wenn Jemand ein nach dem Sittengesetze unveräußerliches Gut des

Von der Nothzucht.

ART. 384.

Wer eine Person weiblichen Geschlechts wider ihren Willen, durch körperliche Gewalt, oder durch Drohungen, welche mit dringender, gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben verbunden sind, zur Gestattung des Beischlafs zwingt, ist der *Nothzucht* schuldig.

Es ist dieses Verbrechen für vollendet zu halten, sobald die Vereinigung der Geschlechtstheile erfolgt ist.

ART. 385.

Wer ein Frauenzimmer durch Beibringung betäubender Mittel außer Stand der Abwehrung gesetzt hat, und in diesem Zustande den Beischlaf mit ihr vollzog, ist ebenfalls der *Nothzucht* schuldig ⁴⁾.

ART. 386.

1. Der Nothzüchtiger ist mit der Strafe des kleinen Karren bis zu acht Jahren zu belegen, wenn er das Verbrechen an einer unbescholtenen Frauensperson, sie sey Jungfrau, Frau oder Wittve, beging.

Andern, mit dessen Einwilligung beschädigt oder ganz entzieht, in strafrechtlicher Hinsicht. Neues Archiv des Cr.-R., B. IX, S. 364 f.f.

⁴⁾ Ob die Nothzucht von Amtswegen zu untersuchen sei? — Vergl. *Spangenberg*: Über Untersuchung bei Verbrechen wider veräußerliche Privatrechte, im neuen Archiv des Cr.-R., B. IX, S. 256.

2. Verübte er das Verbrechen an einer Person, welche ihre Geschlechtsehre verloren hatte, so findet Zuchthausstrafe von vier bis sechs Jahren Statt.
3. War die Genothzüchtigte eine öffentliche Hure, oder hatte sie früher den Beischlaf mit dem Nothzüchtiger schon freiwillig vollzogen, so ist Zuchthausstrafe bis zu einem Jahre anzuwenden.
4. Wurde die Genothzüchtigte an ihrer Gesundheit bleibend verletzt, so wird die Strafe um ein Viertel erhöht.
5. Erfolgte der Tod der Beleidigten, so ist der Nothzüchtiger mit der Strafe des großen Karren zehn bis fünfzehn Jahre, im Falle 3. aber mit Zuchthausstrafe acht bis zehn Jahre zu belegen.

Von der Schändung.

ART. 387.

Wer eine Frauensperson, die sich in einem die Willensfreiheit aufhebenden Zustande befindet, zum Beischlaffe mißbraucht, der ist der Schändung schuldig.

ART. 388.

1. Die Schändung wird geahndet, wenn das Verbrechen an einer unbescholtenen Frauensperson, sie sey Jungfrau, Frau oder Wittwe, begangen wurde, mit drei bis fünfjähriger Zuchthausstrafe.

2. Wenn sie an einer Person begangen wurde, welche ihre Geschlechtsehre verloren hatte, mit Gefängniß bis zu einem Jahre.
3. An öffentlichen Huren kann das Verbrechen der Schändung nicht begangen werden.

ART. 389.

Die erwähnten Arten der Schändung können nur auf Anzeige der Betheiligten untersucht werden.

ART. 390.

Als Schändung wird betrachtet, der *Beischlaf mit einem nicht mannbaren Mädchen*, selbst wenn er mit ihrem Willen vollzogen worden.

Die Strafen dieses Verbrechens sind, wenn es von Vormündern, Pflegeältern, Schullehrern oder Geistlichen an den ihnen zur Pflege oder zum Unterrichte anvertrauten Kindern begangen wurde, Zuchthausstrafe von fünf bis acht Jahren und die Dienstentsetzung.

Gehörte der Thäter nicht zu diesen Personen, und die Geschändete war von unbescholtenem Rufe, so findet Zuchthausstrafe von drei bis fünf Jahren Statt ⁵⁾.

⁵⁾ Nach der von dem Marquis von *Lansdown* herrührenden Parlamentsacte vom 27. Juni 1828, Art. 17, zieht Unzucht an einem Mädchen unter zehn Jahren die Todesstrafe nach sich, selbst wenn das Kind einwilligte.

Wäre das Kind schon früher zur Wollust verführt gewesen, so findet Gefängnißstrafe Anwendung ⁶⁾.

ART. 391.

Durch körperliche Verletzung eines geschändeten Kindes wird die Strafe verdoppelt.

Erfolgte der Tod desselben, so ist auf Zuchthausstrafe nicht unter zehn Jahre, oder auf den kleinen Karren bis zu zehn Jahren zu erkennen ⁷⁾.

ART. 392.

Die gewaltsame unzüchtige Betastung oder Entblößung einer Frauensperson wird, wenn darin nicht der strafbare Versuch eines größeren Verbrechens besteht, mit Gefängniß von vierzehn Tagen bis zu drei Monaten, jedoch nur auf geschehene Anzeige der Betheiligten, geahndet.

Von der Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit.

ART. 393.

Wer Jemanden durch körperliche Gewalt oder durch Drohungen, ohne Berechtigung, oder über solche hinaus, zu einer Handlung, Duldung

⁶⁾ Leider sind Fälle dieser Art schon in Criminalprocessen vor der hiesigen Gerichten vorgekommen, selbst in der Art, daß das Kind die Verführerin war.

⁷⁾ Vergl. Entwurf eines Criminal-Gesetzbuchs für das Königreich Sachsen von 1824, § 515.

oder Unterlassung *nöthigt*, soll, in sofern diese That nicht ein besonderes bezeichnetes Verbrechen ausmacht, oder sich nicht zu einer policeilichen Ahndung eignet, mit Gefängniß oder Zuchthaus bestraft werden.

ART. 394.

Bei der Ausmessung der Strafe ist theils auf die Art und Gröfse, die Zeit und den Ort des gebrauchten körperlichen Zwanges, oder der angewandten Drohung, theils auf die Beschaffenheit der dadurch bezweckten Handlung, theils auf die persönlichen Verhältnisse des Zwingenden und des Gezwungenen, Rücksicht zu nehmen.

ART. 395.

Wenn dieses Verbrechen auf öffentlicher Strafe oder zur Nachtzeit verübt ist, oder wenn der Thäter mit Waffen, welche er zur Hand hatte, gedrohet hat, oder wenn er auf eine solche Art mit Mord drohete, daß wohl anzunehmen steht, die Drohung sey ernstlich gemeint gewesen, so ist dieses Verbrechen mit fünf- bis achtjährigem Zuchthaus oder Zwangsarbeit, und selbst, bei sehr gefährlichen Verhältnissen, mit dem kleinen Karren zu bestrafen.

ART. 396.

Zuchthausstrafe von drei bis fünf Jahren trifft denjenigen, welcher den Andern dadurch zwang, daß er ihn mit der Ablegung eines falschen Zeugnisses oder mit einer ungegründeten gerichtlichen Anzeige, oder mit irgend einem

andern bedeutenden Übel schriftlich oder mündlich drohte.

ART. 397.

Ist eine Ehe von dem Gerichte deshalb für ungültig erklärt worden, weil die Ältern ihr Kind zu derselben durch thätlichen Zwang oder durch fortgesetzte Drohungen genöthigt hatten, so soll der Thäter mit ein- bis dreimonatlichem Gefängnisse bestraft werden.

Auf Vormünder ist dieses nur in Beziehung auf Pflegebefohlene weiblichen Geschlechtes anzuwenden.

ART. 398.

Wer einen Menschen wider dessen Willen *einkerkert* ⁸⁾, oder sonst seiner persönlichen *Freiheit beraubt*, der soll, wenn diese Handlung nicht zu einem schwereren Verbrechen sich gestaltet, folgendermaassen bestraft werden.

1. Dauerte die Beraubung der Freiheit nicht über vier und zwanzig Stunden, mit Gefängniss bis zu zwei Monaten;

⁸⁾ Nichts kann unzweckmäßiger ersonnen werden, als die Bestimmung, welche sich in einigen Entwürfen von Strafgesetzbüchern befindet, die *widerrechtliche Gefangenhaltung* nur auf den Antrag des Betheiligten zu untersuchen. — Es brauchte der Gefangene dann nur so sehr »*au secret*« (um mit der neuen französischen Jurisprudenz zu reden) gesetzt zu werden, daß er nichts von sich vernehmen lassen könnte; und der Verbrecher wäre vor aller Strafe sicher.

ART. 403.

Wenn die geraubte Person am Ende der Strafzeit noch nicht zu ihrer Freiheit gekommen, oder von deren Tode keine Nachricht eingegangen, so soll der Verbrecher, so lange dieses nicht geschehen, aus der Strafanstalt, worin er sich befindet, nicht entlassen werden.

ART. 404.

Bei der Zumessung der Strafe ist auf die Absicht des Thäters, auf das Alter des Geraubten, auf die Gröfse der Gefahr oder des Nachtheils, welchen derselbe ausgesetzt worden, und auf die Dauer der Freiheitsberaubung Rücksicht zu nehmen.

Von der Entführung.

ART. 405.

Wer sich eines Frauenzimmers, in der Absicht des ehlichen oder ausserehlichen Geschlechts-genusses, durch Entfernung von ihrem Aufenthaltsorte rechtswidrig, für sich oder für einen Andern, bemächtigt, begeht das Verbrechen der *Entführung*.

Dieses Verbrechen begeht auch derjenige, welcher eine solche Person, in vorbestimmter Absicht, rechtswidrig von ihrem Aufenthaltsorte zurückhält.

ART. 406.

Die Entführung einer Person unter funfzehn Jahren, wiewohl mit ihrer Einwilligung, wird,

als wider Willen der Entführten geschehen, bestraft.

ART. 407.

Wenn der Entführer, nach vollzogener Wegbringung oder Bemächtigung, seine Absicht noch nicht erreicht hatte, so ist er, nach Maafsgabe der Beschaffenheit seiner Handlung, und nach seinen und der Entführten persönlichen Verhältnissen, mit Gefängnisstrafe zwischen drei Monaten und zwei Jahren zu bestrafen.

Ist aber mit der Entführten der Beischlaf vollzogen worden: so findet Zuchthausstrafe bis zu vier Jahren Statt.

ART. 408.

Wer eine Frauensperson über funfzehn Jahren mit ihrem Willen, jedoch ohne Einwilligung ihrer Ältern oder Vormünder, in Absicht des Geschlechtsgenusses entführt, wird mit ein- bis dreimonatlichem Gefängnisse bestraft.

Geschah diese Entführung an einer Ehefrau, wider Willen ihres Mannes, so besteht die Strafe in Gefängnis von sechs Monaten bis zu einem Jahre.

Unter erschwerenden Umständen, die auch aus den persönlichen Verhältnissen der Betheiligten herzunehmen sind, kann, in diesem Falle, auch auf Zuchthaus bis zu zwei Jahren erkannt werden.

ART. 409.

War mit einer Entführung keine sonstige

von Amtswegen zu bestrafende Übertretung verbunden, so findet ohne die Anzeige der Betheiligten keine Untersuchung Statt.

ACHTER TITEL.

Von der Verletzung der Familienrechte.

Von der Unterdrückung und Anmaassung des Familienstandes.

ART. 410.

Wer den Familienstand eines Menschen böslich verändert oder unterdrückt, wer namentlich zu diesem Ende ein Kind unterschleibt, verwechselt, entfernt oder vorenthält, oder ein Kind, als von einer bestimmten Mutter geboren, fälschlich ausgiebt, der ist, unter Berücksichtigung der Gefährlichkeit der angewendeten Mittel und des Zweckes, so wie des verursachten Schadens, mit Gefängniß- oder mit Zuchthausstrafe zu belegen.

Sollten die Umstände von beschwerender

Beschaffenheit seyn, so kann selbst auf die Strafe des kleinen Karren erkannt werden ¹⁾.

ART. 411.

Wer sich bösslich die Rechte des Familienstandes einer fremden Familie beilegt, soll mit Gefängniß bis zu zwei Monaten, sollte aber dadurch Schaden erwachsen seyn, nach Maaßgabe der Schädlichkeit des verübten Betruges, bestraft werden.

Wer sich lediglich aus Eitelkeit den Namen einer fremden Familie beilegt, soll policeilich bestraft werden, und erst bei einem Rückfalle mit Gefängniß bis zu einem Monate, mit Bekanntmachung der Strafe, belegt werden.

Vom Ehebruch.

ART. 412.

Die wissentliche Verletzung der ehelichen Treue durch Ehebruch wird nach folgenden Bestimmungen bestraft:

1. Der Ehebruch von beiderseits verheiratheten Personen wird mit Gefängniß von drei Monaten bis zu einem Jahre an beiden Theilen bestraft.

¹⁾ Diese Bestimmung der Strafe kann als dem Richter eine viel zu große Willkür überlassend erscheinen. Bedenkt man aber die unendliche Verschiedenheit der Fälle, so wird man sich überzeugen, daß Ungerechtigkeiten durch genauere Strafbestimmungen herbeigeführt werden könnten.

2. Der Ehebruch eines Ehemannes mit einem ledigen Frauenzimmer wird an dem ersten mit Gefängniß bis zu einem Monate, und der Ehebruch einer Frau mit einem ledigen Manne, an Beiden mit Gefängniß von drei bis zu sechs Monaten bestraft.

ART. 413.

Wenn der verheirathete Theil von Tisch und Bett geschieden ist, so sinkt die Strafe auf die Hälfte obiger Bestimmungen hinab.

ART. 414.

Der Ehebruch wird nur auf den Antrag des beleidigten Theils, neben einem Ehescheidungs-Process, zur Untersuchung und Strafe gezogen.

Dieser Antrag findet nicht ferner Statt, wenn der beleidigte Ehegatte dem andern Theile ausdrücklich oder stillschweigend verziehen hat.

ART. 415.

Wenn der beleidigte Theil, vor der Abgebung eines Strafurtheils, den Ehescheidungs-Process fallen läßt, so findet keine weitere Untersuchung und Strafe Statt.

Mehrfache Ehe.

ART. 416.

1. Ein Ehegatte, welcher bei noch fortdauernder gültiger Ehe eine neue Ehe schließt, soll mit ein- bis zweijährigem Zuchthause, und falls er der Person, mit welcher er die neue Ehe geschlossen hat, seinen Ehestand

verhehlte, mit drei- bis fünfjährigem Zuchthause belegt werden.

Befand er sich in einem auf Fahrlässigkeit beruhenden Irrthume, so ist er nach den Vorschriften über die Fahrlässigkeit zu bestrafen.

2. Waren beide Theile schon verheirathet, so soll jeder von ihnen, wenn er von des andern Ehestande unterrichtet gewesen, mit zwei- bis dreijähriger Zuchthausstrafe belegt werden.
3. Eine ledige Person, welche sich mit einer andern, die noch in fortdauernder gültiger Ehe lebt, verheirathet, und der dieses Verhältniß bekannt war, soll mit dem Zuchthause bis zu einem Jahre bestraft werden.

NEUNTER TITEL.

Von Ehrenkränkungen.

Von der Verläumdung.

ART. 417.

Wer Jemanden durch außergerichtliche Ausstreunung oder heimliche Mittheilung mündlich, schriftlich, oder durch bildliche Darstellung, Ver-

brechen oder andere Handlungen *andichtet*, welche diesem den guten Namen oder das zu seinem Berufe nothwendige Vertrauen des Publicums entziehen können, macht sich der *Verläumdung* schuldig.

ART. 418.

Die Verläumdung wird mit Zuchthaus, Zwangsarbeit oder Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft, wenn sie den Vorwurf eines Verbrechens enthält, durch welches eine *schwere* Strafe verwirkt seyn würde.

In andern Fällen tritt Gefängniß bis zu drei Monaten oder Geldstrafe bis zu fünfhundert Thaler ein.

ART. 419.

Bei der Zumessung der Strafe ist auf die Gröfse der Beschuldigung, auf die persönlichen Verhältnisse, auf die Art und den Grad der Verbreitung, und auf den verursachten Schaden Rücksicht zu nehmen.

ART. 420.

Die Verläumdung ist nur auf den Antrag des Beleidigten zur Untersuchung zu ziehen, auch ist auf desselben Antrag die Strafe des Verläumders öffentlich bekannt zu machen.

ART. 421.

Wer Jemanden in der Hitze des Affects oder aus Unbesonnenheit, jedoch weder bei einer öffentlichen Behörde, noch vor einer versammelten Menschenmenge, verläumdet hat, diese

Verläumdung aber, noch ehe sie ins Publicum oder zur Untersuchung gekommen ist, freiwillig und ernstlich widerruft, soll mit Strafe verschont, und nur auf Verlangen des Beleidigten von dem zuständigen Civilgerichte angehalten werden, den Widerruf vor Gericht zu erklären.

Von Injurien.

ART. 422.

Wer die bürgerliche Ehre eines Andern durch thätliche Beleidigung oder durch ehrenkränkende Äußerungen, sey es durch Rede, Zeichen oder bildliche Darstellung, bösllich angreift, oder, wer Jemanden wegen wirklicher oder angedichteter Fehler vor dem Publicum auf diese Art verächtlich oder lächerlich macht, ist der *Injurie* schuldig.

ART. 423.

Vorgesetzte, und insbesondere Dienstherrschaften, werden beleidigt, wenn ihre Untergebenen in Beziehung auf das ihnen aufgetragene Geschäft beleidigt werden.

ART. 424.

Wenn die Injurie weder ein *schweres* Verbrechen enthält, noch als leichte Ehrenkränkung bloß zur Anstellung einer bürgerlichen Klage, oder zu einer policeilichen Ahndung, geeignet ist: so wird sie, auf den Antrag des Beleidigten, mit Gefängniß, bis zu zwei Monaten, oder unter Berücksichtigung der persönlichen Verhält-

nisse, mit Geldstrafe bis zu dreihundert Thaler bestraft.

Treffen bei einer Injurie mehrere Erschwerungsgründe zusammen: so kann die Strafe bis zu Gefängniß von einem Jahre erhöht werden.

Allgemeine Bestimmungen bei Verläumdungen und Injurien.

ART. 425.

Es verändert die Natur der strafbaren Handlung nicht, wenn der Beleidigte nicht mit Namen genannt, sondern nur durch die Angabe besonderer Umstände kenntlich gemacht worden.

ART. 426.

Wer sich der Verläumdung oder der Injurie schuldig macht, ist, neben der verwirkten Strafe, auf des Beleidigten Verlangen, nach den Umständen zum Widerruf, zur Abbitte, oder zur Ehrenerklärung anzuhalten.

ART. 427.

Durch die Einrede der Wahrheit wird die Strafe der Ehrenkränkungen nicht aufgehoben, wenn der Beleidiger zu der beleidigenden Äußerung nach seinem Verhältnisse entweder überhaupt nicht, oder nicht an dem Orte und zu der Zeit, oder zu der von ihm gebrauchten Art des Ausdrucks oder der Bekanntmachung, berechtigt, oder wenn sonst das Ehrenkränkende in der Form enthalten ist.

ART. 428.

Literarische Critiken, wenn daraus jede persönliche Anfeindung und Beleidigung entfernt ist, Bekanntmachung in literarischen Blättern von entdeckten Plagiaten und Anmaassungen der Autorschaft von fremden literarischen Werken enthalten keine Verläumdung oder Injurie, in sofern ihre Wahrheit bewiesen werden kann.

ART. 429.

Wenn der Beleidigte die Ehrenkränkung *auf der Stelle* erwiederte, so findet gegen beide Theile keine Untersuchung Statt, wenn nicht das erregte öffentliche Ärgerniß ein Einschreiten von Amtswegen nöthig macht.

ART. 430.

Von Amtswegen werden nur solche Verläumdungen und Injurien untersucht, welche mit Störung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe oder Ordnung verübt worden sind. Die in diesen Fällen Statt findende Bestrafung wird durch die Verzeihung des Beleidigten nicht ausgeschlossen.

Andere Ehrenkränkungen werden nur auf Verlangen des Betheiligten untersucht. Hierzu gehören jedoch, außer der beleidigten Person selbst, der Ehemann und der verlobte Bräutigam derselben, die Ältern, wegen ihrer minderjährigen Kinder, der Vormund, so wie die Erben, wenn sie auch die Erbschaft nicht angetreten hätten, hinsichtlich der Ehrenkränkungen gegen das Andenken ihres Erblässers.

ART. 431.

Wer Jemanden durch eine Handlung oder Äußerung beleidigt, welche an und für sich ehrenrührig ist, der hat die Vermuthung der Absicht zu beleidigen gegen sich.

ART. 432.

Abschreiber, Buch- und Kupferdrucker, Verleger, Zeichner und andere bildende Künstler, welche eine beleidigende Schrift oder Darstellung zum Daseyn bringen halfen oder verbreiteten, sind als Theilnehmer zu bestrafen.

ART. 433.

Die Billigung der Censur schließt die Strafe nicht aus.

ART. 434.

Kannte der Censor Inhalt und Zweck der beleidigenden Schrift, so macht er sich durch seine Billigung eben so strafbar als der Verfasser.

ART. 435.

Ist die Billigung von dem Censor erschlichen, so ist derselbe der Fahrlässigkeit wegen strafbar, wenn er aus der Fassung der Schrift abnehmen konnte, daß durch dieselbe der Zweck erreicht werden sollte, Jemand zu beleidigen.

ART. 436.

Kann der Verfasser einer beleidigenden Schrift nicht ausgemittelt werden, so bewirkt

dieses härtere Strafe des Verlegers oder Druckers ¹⁾).

ZEHNTER TITEL.

Von dem Verbrechen der Unzucht.

Von der Blutschande.

ART. 437.

Ältern oder Großältern, welche mit ihren Kindern oder Enkeln den Beischlaf vollziehen, sollen mit Zuchthausstrafe von zwei bis vier Jahren belegt und ihrer älterlichen Rechte für verlustig erklärt werden.

ART. 438.

Ein Sohn, welcher mit seiner leiblichen Mutter den Beischlaf vollzieht, wird ebenfalls zu Zuchthausstrafe von zwei bis vier Jahren verurtheilt.

ART. 439.

Vollbürtige oder halbbürtige Geschwister sind wegen mit einander getriebener Blutschande zum Zuchthause bis zu einem Jahre zu verurtheilen; doch ist der Bruder in der Regel härter

¹⁾ Vergl. *Tittmann's* Entwurf eines St.-G.-B. für Sachsen, Art. 843 ff.

als die Schwester zu bestrafen. Letztere kann unter Umständen nur zu Gefängnißstrafe verurtheilt werden.

ART. 440.

Stiefältern, welche mit ihren Stiefkindern den Beischlaf vollziehen, sind mit Gefängniß bis zu sechs Monaten zu belegen.

ART. 441.

Eben diese Strafe erduldet der Stiefsohn, welcher dieses Verbrechen mit seiner Stiefmutter begeht.

ART. 442.

Begründet die Blutschande zugleich einen Ehebruch, so tritt Schärfung der Strafe ein.

ART. 443.

Eine wissentlich eingegangene blutschänderische Ehe wird getrennt, und mit Zuchthausstrafe bis zu sechs Jahren bestraft.

War eine solche Ehe zwischen Stiefältern und Stiefkindern eingegangen, so findet nur Gefängnißstrafe bis zu einem Jahre Statt.

Von der Schwächung.

ART. 444.

Wer ein ehrbares Frauenzimmer durch vorgespiegelte Trauung, oder durch einen andern Betrug, in einen solchen Irrthum versetzt, worin sie sich zu dem gestatteten Beischlaf für verpflichtet halten mußte, ist mit Zuchthaus oder Zwangsarbeit bis zu zwei Jahren zu bestrafen.

ART. 445.

Wer ein ehrbares Frauenzimmer durch das Versprechen der Ehe zum Beischlafe verleitet, und dieses Versprechen nicht erfüllt, wird mit Gefängniß- oder Zuchthausstrafe bis zu sechs Monaten belegt.

ART. 446.

Die Schwächung wird nur auf den Antrag der Geschwächten, ihrer Ältern oder Vormünder bestraft, in sofern nicht wegen Betruges eine Untersuchung von Amtswegen anzustellen ist.

Von der widernatürlichen Wollust ¹⁾.

ART. 447.

Die widernatürliche Wollust wird, in sofern dadurch öffentliches Ärgerniß erregt worden, mit dem Zuchthause bis zu einem Jahre bestraft.

ART. 448.

Wurde das Verbrechen mittelst Zwangs oder durch Verführung von Kindern begangen, so ist auf Zuchthaus bis zu fünf Jahren zu erkennen.

Es kann wegen dieses Verbrechens auch auf Landesverweisung gegen den einheimischen Thä-

¹⁾ Von den Missethaten, die Verbrechen wider die Natur genannt werden, in *Servin's Werke* über die peinliche Gesetzgebung, aus dem Franz. von *Gruner*. (Nürnberg, 1786.) S. 249.

ter erkannt werden, wenn ferneres Ärgerniß nicht anders abgewandt zu werden vermag.

Verleitung zur Unzucht.

ART. 449.

Vormünder, Pflegeältern, Religions- und Schullehrer, Erzieher oder Lehrmeister beiderlei Geschlechts, welche ihre Pflegekinder, Zöglinge, Pfarrkinder oder Untergebene zur Unzucht missbrauchen, sollen, in sofern sie nicht wegen des Verbrechens widernatürlicher Wollust oder der Schändung in härtere Strafe verfallen, mit Zuchthausstrafe bis zu drei Jahren belegt werden.

Ist der Thäter ein Religions- oder Schullehrer, so ist er seines Dienstes zu entsetzen.

ART. 450.

Ein Dienstbote, oder ein in ähnlichen Verhältnissen stehender Hausgenosse, welcher eine minderjährige, dem Hausvater oder der Hausfrau anverwandte oder ihrer Pflege übergebene Frauensperson derselben Haushaltung zum Beischlaf verführt, soll, auf die Anzeige der Betheiligten, zu Gefängniß- oder Zuchthausstrafe bis zu einem Jahre verurtheilt werden.

ART. 451.

Eine in der Familie dienende Weibsperson von mehr als zwanzig Jahren, welche den noch nicht funfzehnjährigen ²⁾ Haussohn oder

²⁾ Genaue Bestimmungen dieser Art sind vielfach getadelt

Pflegebefohlenen zur Unzucht verführt, soll, auf Anzeige der Betheiligten, mit Zuchthausstrafe bis zu einem Jahre belegt werden.

Von der Kuppelei.

ART. 452.

Wer Verbrechen der Unzucht absichtlich, des Gewinstes wegen, befördert, oder gewerbmäßig Gelegenheit zu der einfachen Schwächung veranstaltet, ist wegen *Kuppelei* nach folgenden Bestimmungen zu bestrafen:

1. Wer seine Ehegattinn oder Kinder verkuppelt, mit Zuchthaus bis zu zwei Jahren;
2. in andern Fällen mit Gefängniß oder Zuchthaus bis zu einem Jahre.

Bei der Ausmessung sind vorzüglich das Verhältniß des Thäters zu den verkuppelten Personen und die Natur der Verbrechen, welche befördert wurden, zu berücksichtigen.

ART. 453.

Wer Frauenzimmer anwirbt, um sie in Bordellen unterzubringen, wird, wenn dieses zum ersten Mahl geschehen, mit Zuchthausstrafe bis zu einem Jahre, geschah es aber öfterer, oder wa-

worden, und mit Recht, wo sie sich vermeiden lassen, da es hier bei der Strafbestimmung auf einen Tag, (bisweilen sogar auf eine Minute) ankommt. Bei Vorschriften der hier vorliegenden Art lassen sie sich nicht vermeiden.

ren die abgelieferten Frauenzimmer bisher unverführt, so tritt Zuchthausstrafe bis zu drei Jahren ein.

ELFTER TITEL.

Vom Diebstahle und der Unterschlagung.

Vom Diebstahle ¹⁾.

ART. 454.

Wer wissentlich eine fremde bewegliche Sache ohne Einwilligung des Berechtigten, je-

¹⁾ Vergl. das Königl. Baierische Gesetz wider den Diebstahl vom 25sten März 1816, desgl. *Gönner's* Abhandl. über dieses Gesetz, im Neuen Archive für das Cr.-Recht, B. VIII, S. 1 ff. Da es vorzüglich die Bestimmungen über den Diebstahl im königl. Baierischen Strafgesetzbuche waren, welche einer harten Critik unterworfen, auch durch eine neue Gesetzgebung bald verändert wurden, so ist es gewiss vorzüglich wünschenswerth, die Bestimmungen des neuesten Baierischen Entwurfs (1827) über diesen Gegenstand kennen zu lernen. Ich theile aus diesem in *dem Anhange* Nr. V. das *Capitel vom Diebstahle* mit.

Ich hoffe im vorliegenden Entwurfe *Ernst* mit *Milde* in Einklang gebracht zu haben. Das hiesige Gericht pflegt den *kleinen einfachen* Diebstahl mit Zuchthaus oder Zwangsarbeit *bis* zu einem Jahre, den *grossen einfachen* Diebstahl mit dieser Strafe (nach Maafsgabe des Betrages) *bis* zu fünf Jahren zu belegen.

doch ohne Gewalt an einer Person, eigenmächtig in seinen Besitz nimmt, um solche Sache rechtswidrig als Eigenthum zu haben, der begeht einen *Diebstahl*.

ART. 455.

Der Diebstahl ist vollendet, sobald der Dieb die Sache von ihrer Stelle hinweg zu sich genommen, oder sonst in seine Gewalt gebracht hat.

Blosse Berührung der Sache ist zur Vollendung des Diebstahls nicht hinreichend, und das Unterbringen derselben an einen dritten sichern Ort nicht nothwendig.

Auf den *Hausdiebstahl* steht nach der Braunschweigischen Gesetzgebung, so wie sie noch jährlich von den Kanzeln verkündet wird, *der Tod*, wenn das gestohlene Object mehr als *zehn* Thaler beträgt, und der Dieb über achtzehn Jahre alt ist: *»auch soll die Erstattung des Gestohlenen oder Untergeschlagenen, wenn gleich solche freiwillig, und ehe der Dieb darüber betreten worden, entweder aus Reue oder Furcht geschieht, dabei zur Defension oder Milderung der Strafe nicht zu Statten kommen.«* (!) Verordn. vom 7. Sept. 1752. — Es ist jedoch diese Härte vielleicht niemahls zur Anwendung gebracht.

Das Oberappellations-Gericht verurtheilte kürzlich eine Hausdiebinn, welche unter gefährlichen Umständen fünfzig und einige Thaler gestohlen hatte, zu *sechsjährigem* Zuchthause (durch ein milderndes Erkenntniss), doch kam ihr zu Statten, daß in ihrer *Parochie* die Verordnung nicht von der Kanzel verlesen war. Wäre dieß der Fall gewesen, so hätte sie wohl zu zehnjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt werden können. — Immer gewiss viel zu hart!

ART. 456.

Es macht keinen Unterschied, ob der Dieb die Sache für sich zum Eigenthume behalten, oder einem Dritten, auch unentgeltlich, überlassen zu wollen beabsichtigte.

ART. 457.

Ein Erbe, welcher aus einer noch nicht angetretenen oder ungetheilten Erbschaft etwas entwendet, desgleichen Miteigenthümer oder Gesellschaftsge nossen, welche an der gemeinschaftlichen Sache oder Casse eine Entwendung verüben, sind des Diebstahls schuldig. Bei der Schätzung des Betrages ist jedoch nur der den übrigen Betheiligten zugehörige oder anfallende Theil in Anschlag zu bringen.

Die Untersuchung wegen eines solchen Diebstahls findet nur auf vorgängige Anklage eines der Interessenten Statt.

ART. 458.

Die widerrechtliche Wegnahme der eigenen Sache aus dem Besitze des Nutznießers, Pfandgläubigers oder sonstigen rechtmäßigen Inhabers, ist nicht als Diebstahl, sondern, nach Unterschied der Fälle, als Selbsthülfe oder als Betrug zu beurtheilen.

ART. 459.

Hatte jedoch der Entwender die Absicht, die Handlung zu verschweigen, und dem bisherigen Besitzer wegen des Ersatzes der Sache in

Anspruch zu nehmen, so ist solche Entwendung einem Diebstahle gleich zu achten.

ART. 460.

Entwendungen, welche unter Ehegatten, Ältern und Kindern oder unter Geschwistern vorkommen, die in gemeinschaftlicher Haushaltung leben, sollen nicht von Amtswegen, sondern nur dann, wenn das Haupt der Familie darum nachsucht, untersucht und bestraft werden ⁴⁾.

ART. 461.

Eben so wenig Hausdiebstähle an Eßwaaren, welche, zum eigenen Genusse, Gesinde und Hausgenossen an demjenigen, in dessen Lohn und Brote sie stehen, oder an den übrigen Hausgenossen verüben. Es steht dem Hausherrn jedoch frei, den Entwender seines Dienstes sofort zu entlassen, wenn er den Diebstahl nicht zur Anzeige bringen will ⁵⁾. Geschieht dieses, so wird ein solcher Diebstahl policeilich bestraft.

ART. 462.

Bei der Bestimmung des Betrages eines Diebstahls ist der *wahre* Werth, welchen die

⁴⁾ Vergl. Allgem. Landrecht für die *Preuss. Staaten*, Th. II, Tit. 20, § 1133, *Oesterreichisches* Strafgesetzb., Th. II, § 213, den *Baierischen* Entwurf von 1822, Th. I, Art. 301, und Th. II, Art. 335, *Oerstedt's* ausf. Prüfung desselben, S. 404, *Tittmann's* Entwurf zu einem Strafgesetzb. für das Königreich Sachsen, § 954.

⁵⁾ Vergl. *Preuss. Landrecht*, Th. II, Tit. 20, § 1137 u. 1138.

entwendete Sache zur Zeit der Entwendung hatte, zum Grunde zu legen ⁶⁾.

ART. 463.

Der Betrag des Nachtheils, den die etwa-
nige Entbehrung der Sache dem Besitzer zuge-
zogen hat, ist dabei eben so wenig in Anschlag
zu bringen, als die Kosten, welche der Verbre-
cher auf die Erhaltung oder Benutzung der Sa-
che verwandte, von dem Preise abzurechnen sind.

ART. 464.

Für den wahren Werth gilt auch derjenige,
welcher einer Sache ihrer Schönheit, Kunstmä-
ßigkeit oder Seltenheit wegen, wie bei Kunst-
werken, kostbaren Steinen u. s. w., von den Sach-
verständigen beigelegt wird.

ART. 465.

In der Regel kann der Werth der gestohle-
nen Sache dem Thäter bei der Bestrafung nur
in so weit angerechnet werden, als er diesen
Werth gekannt hat.

Es ist jedoch bei Sachen, welche einen be-
sondern Werth haben, hinreichend, wenn der
Dieb nur die allgemeine Kenntniß von dem hö-
hern Werthe der Sache besaß.

Bei Sachen von gewöhnlicher Güte ist es
genug, wenn der Thäter überhaupt, dem Äußern

⁶⁾ Vergl. *Tittmann's* Entwurf eines Straf-Ges.-Buchs für
das Königreich Sachsen, Art. 886 ff.

nach, auf einen gewissen gemeinen Werth derselben schliessen konnte. Auch ist bei diesen Sachen die Kenntniß des Werths zu vermuthen.

ART. 466

Es dienet dem Verbrecher nicht zur Entschuldigung, daß er den Werth des verborgenen Inhalts einer gestohlenen Sache nicht gekannt habe, wenn er diesen, nachdem er ihn kennen lernte, nicht zurücklieferte.

Bis dahin, daß er den Werth kennen lernte, ist nur in Betracht zu ziehen, welche Vermuthungen er in Beziehung auf den Werth der gestohlenen Gegenstände haben konnte ⁷⁾.

ART. 467.

Wenn Mehrere als Miturheber einen Diebstahl verübt haben, so wird derselbe, ohne Berücksichtigung der etwaigen Vertheilung des Gestohlenen, einem jeden Miturheber nach dem vollen Betrage der entwendeten Summe angerechnet.

⁷⁾ Bestimmungen dieser Art sind, sollen Ungerechtigkeiten vermieden werden, durchaus erforderlich. — Zwei Diebe stehlen z. B. zwei Oblatenschachteln. In der einen finden sich für einige Groschen Oblaten, in der andern ein Solitär von 1000 Rthlr. Werth. — Wie ungerecht wäre es hier (während der Erste policeilich bestraft würde) dem Zweiten diesen Werth anzurechnen, ehe er von solchem Kenntniß erhalten hätte! — Der Fall, daß die unwissender Weise gestohlene Kostbarkeit zurückgeliefert werde, wird selten eintreten, allein er kann Statt haben, und hat sich schon ereignet.

ART. 468.

Ein Diebstahl, welcher durch keine erschwerende Umstände, so wie sie dieses Gesetzbuch nachmahft machen wird, ausgezeichnet ist, heisst ein *einfacher Diebstahl*.

Er ist ein *kleiner Diebstahl*, wenn der Werth des gestohlenen Guts nicht über *funfzehn* Rthlr. hinausreicht.

Beträgt der Werth des Gestohlenen weniger als *zwei* Rthlr., so bleibt die That, wenn sie ein erster einfacher Diebstahl ist, der policeilichen Ahndung überlassen ⁸⁾).

Er ist ein *grofser Diebstahl*, wenn der Werth des gestohlenen Guts mehr als *funfzehn* Rthlr. beträgt.

ART. 469.

Unter dem Ausdrucke *Reichsthaler*, sind *vier und zwanzig* Gute Groschen Conventions-Münze in diesem Gesetzbuche zu verstehen.

ART. 470.

Ein *kleiner Diebstahl*, welcher nach Obigem nicht als Policei-Übertretung angesehen werden kann, wird, wenn er *funf* Rthlr. nicht übersteigt, mit Gefängniss bis zu einem Monate bestraft.

Übersteigt er diese Summe, so findet Ge-

⁸⁾ Vergl. Herzogl. Braunschweig. Verordn. d. d. 26. März 1823, §. 2.

fängnißsstrafe oder Zuchthaus, nach Maafsgabe der Umstände, beide bis zu vier Monaten Statt.

ART. 471.

Der *grofse einfache Diebstahl* wird folgendermaafsen bestraft: ⁹⁾

Beläuft sich der Betrag desselben bis zu *funfzig Thaler* einschließlic: mit Zuchthaus oder Zwangsarbeit von sechs Monaten bis zu einem Jahre;

bei einem höhern Betrage bis zu *hundert Thaler* einschließlic: mit obiger Strafe von einem bis zu zwei Jahren;

bei einem Betrage von *hundert bis fünf-hundert Thaler* einschließlic: mit obiger Strafe von zwei bis zu vier Jahren;

wenn sich der Werth des Gestohlenen *über fünf hundert Thaler* erstreckt: Zuchthaus oder Zwangsarbeit von vier bis zu sechs Jahren.

ART. 472.

Folgende Arten der Diebstähle werden als *ausgezeichnete* betrachtet, und mit einer höhern Strafe als der einfache Diebstahl belegt.

1. Diebstähle an Vieh, von der Weide oder aus den Ställen, an Bienenstöcken, Acker-

⁹⁾ Mir schien es in straf-politischer Hinsicht nicht räthlich, die Idee des *grossen Diebstahls* bei dem Volke auszulöschen. Der Unterschied zwischen großem und kleinem Diebstahle, im gesetzlichen Sinne, war bis jetzt hier zu Lande von den Gerichten sehr berücksichtigt — und dem Volke ist dieses nicht unbekannt.

geräthe von dem Felde, an Obst- und andern fruchttragenden Bäumen, Flößsholze, Bleichstücken, an Waaren von Frachtwägen, an Gepäcke der Reisenden, und überhaupt an solchen Gegenständen, die gewöhnlich im Freien hingestellt oder hingelegt zu werden pflegen;

2. auf Messen und Märkten begangene Diebstähle;
3. Entwendungen, welche von Handwerkern und Tagelöhnern, denen man, vermöge des ihnen aufgetragenen Geschäfts, freien Zutritt gestattet, bei Gelegenheit desselben begangen sind; desgleichen Entwendungen, welche durch Kenntniß der Hausgelegenheit von Personen verübt worden, die im Hause aufgenommen sind, (ohne im häuslichen Dienste zu seyn) oder ehemahls als Hausgenossen im Hause aufgenommen waren;
4. alle bei Gelegenheit einer Feuers- oder Wassersnoth, in Kriegesgefahren und bei anderm öffentlichen Unglücke verübte Entwendungen;
5. Diebstähle an Sachen, welche sich in dem Eigenthume des Staats, der Kirchen, der milden Stiftungen und Armenanstalten befinden;
6. an Gegenständen aus Gräbern;
7. an Sachen, die im Gewahrsame oder unter dem Siegel der Obrigkeit sind;

8. Entwendung der den Posten anvertrauten Gelder und Effecten;
9. Diebstähle, die mittelst Erbrechungen von Thüren und Behältern innerhalb der Gebäude oder durch deren Eröffnung mit Dieterichen und Nachschlüsseln vorgenommen worden;
10. Diebstähle, welche durch Einschleichen zur Nachtzeit in ein fremdes bewohntes Haus vollbracht sind; desgleichen durch Einschleichen bei Tage, um nächtliche Diebstähle auszuführen;
11. Diebstähle, welche von Hausgenossen an andern Hausgenossen verübt werden, und welche nicht zu den eigentlichen Hausdiebstählen zu rechnen sind;
12. Diebstähle, wozu sich drei oder mehrere Personen vereint haben, welche jedoch keine Bande bilden.

ART. 473.

Die unter obigen zwölf Nummern aufgeführten *ausgezeichneten Diebstähle* sind folgendermaassen zu bestrafen.

Beträgt ein solcher Diebstahl unter *Einem* Thaler, und ist nicht mit Umständen verbunden, die ihn zu einem *als besonders gefährlich ausgezeichneten Diebstahle* machen, so wird er policeilich bestraft.

Übersteigt er diese Summe, so wird er, wenn derselbe auch den Betrag von *zwei* Thalern nicht erreicht, nie unter Gefängniß von Einem Monate,

wenn er aber diesen Werth übersteigt, so geahndet, dafs zu der Strafe des einfachen Diebstahls *ein Drittel derselben* hinzugerechnet wird.

ART. 474.

Als ein *ausgezeichneter Diebstahl von besonders pflichtwidriger Beschaffenheit* wird der *Hausdiebstahl* geahndet.

Ein solcher ist vorhanden, wenn Hausbediente, welche in eines Andern Kost oder Lohn stehen, sie mögen Namen haben, wie sie wollen, sie mögen im Hause die Kost geniessen oder Geld dafür nehmen und sich selbst beköstigen, den Aufenthalt im Hause ihres Herrn haben, oder aufser demselben besonders wohnen, wie auch Ladendiener, Gesellen und Lehrlinge, ihren Hausherren, Hausfrauen, Lehrherren oder Meistern und deren in dem gemeinschaftlichen Hause sich aufhaltenden Kindern und Stiefkindern Geld oder sonst irgend einen Gegenstand entwenden.

Dem Diebstahle völlig gleich wird geachtet¹⁾, wenn sie die von ihrer Herrschaft zur Bezahlung oder Bestellung anvertrauten Gelder in ihrem Nutzen verwenden; oder auf der Herrschaft Credit betrüglicher Weise Waaren ausnehmen;

¹⁾ Dieser Fehler gegen das System wird dadurch gerechtfertigt, dafs es wesentlich erschien, den Dienstboten u. s. w. ihre Verpflichtung zur Treue an *Einer* Stelle des Gesetzbuches vorzulegen.

oder überhaupt irgend einen ihnen von derselben anvertrauten Gegenstand unterschlagen ²⁾).

ART. 475.

Dieser, so bestimmte *Hausdiebstahl* wird mit der doppelten Strafe des einfachen Diebstahls bestraft.

Sollte die Gröfse der gestohlenen oder untergeschlagenen Gegenstände bewirken, daß die Strafe über zehn Jahre Zuchthaus oder Zwangsarbeit hinausginge; so soll diese Strafe in die des kleinen Karren verwandelt werden, so daß hinsichtlich der Zeit ein Viertel an der Zuchthausstrafe abgerechnet wird.

ART. 476.

Diebstähle, welche das Gasthofsgesinde an den einkehrenden Fremden verübt, sind als Hausdiebstähle zu bestrafen.

ART. 477.

Hinsichtlich des Holzdiebstahles aus Forsten

²⁾ Über den Unterschied zwischen *Hausdiebstahl* und *Veruntreuung*, von Dr. S. Genull, Prof. zu Grätz. Der als Commentator des Oesterreichischen Strafgesetzbuches rühmlich bekannte Verf. hat obigen Aufsatz in *Pratobevera's* Materialien für Gesetzkunde und Rechtspflege in den Oesterreichischen Staaten (Wien, 1817), Band III, S. 205—215, geliefert. Der Verf. zeigt, daß die Trennung des *Hausdiebstahls* von der *Veruntreuung* schwierig sey, weil das Verhältniß zwischen der Dienstherrschaft und dem Gesinde eben durch Anvertrauung beweglicher Güter bedingt ist.

und Wäldern wird auf die, solches Gegenstandes wegen vorhandenen Strafgesetze verwiesen ³⁾.

ART. 478.

Eben dieses findet in Beziehung auf den *Wilddiebstahl*, die Jagdfrevel und den *Fischdiebstahl* Statt ⁴⁾.

ART. 479.

Der Diebstahl einer Leiche, sie sei bereits begraben oder nicht, wird mit Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten geahndet.

Wurde die Leiche jedoch lediglich in wissenschaftlicher Hinsicht entwendet, so findet nur Gefängnisstrafe bis zu vier Wochen Statt ⁵⁾.

³⁾ Verordnungen über diesen und den folgenden Gegenstand sind in allen Ländern vorhanden. Localumstände entscheiden hier; so habe ich für räthlich gehalten, im Entwurfe dieser Diebstähle nicht weiter zu erwähnen. — Vergl. Herzogl. Braunschweigische Verordnung vom 5ten Mai 1815, das Forststrafdirectorium enthaltend, wornach die Forst-, Jagd- und Fischerei-Frevel bestraft werden sollen. — *Tittmann*, a. a. O. § 982.

⁴⁾ In den Anlagen theile ich die Bestimmungen des Baierischen Entwurfs von 1827 über die Verletzungen des Jagd- und Fischerei-Rechts mit.

⁵⁾ Auf diese Strafe erkannte das Herzogl. Landesgericht zu Wolfenbüttel, als von jungen Wundärzten der Leichnam eines merkwürdig-verwachsenen Frauenzimmers entwendet war. S. die Abhandl. des Dr. *Frühling* zu Braunschweig: Über das heimliche Ausgraben eines Leichnams auf dem Kirchhofe, im Neuen Archiv des Cr.-Rechts, B. II, S. 617.

Freilich ist ein großer Unterschied unter dem Falle vorhanden, da der Leichnam gestohlen wurde, um verkauft zu werden, und dem, da er wissenschaftlicher Zwecke wegen

ART. 480.

Ihrer *besondern Gefährlichkeit* wegen werden als *ausgezeichnete* Diebstähle betrachtet:

1. alle von Diebesbanden verübten Diebstähle;
2. solche, bei denen der Dieb, um sich allenfals zu Vvehre zur setzen, sich mit VVaffen versehen hatte;
3. Diebstähle, welche mittelst Einsteigens oder Einbruchs in bewohnte Gebäude von aussen her verübt werden.

ART. 481.

Diese Diebstähle sind mit der *doppelten Strafe des einfachen Diebstahls*, so wie vom Hausdiebstahle verordnet worden, zu bestrafen.

ART. 482.

Bei der Zumessung der Strafen für Diebstähle ist auf den gröfsern oder kleinern Werth des gestohlenen Guts, so wie darauf zu sehen, wie empfindlich dem Bestohlenen, nach seiner Lage, der Diebstahl gewesen, desgleichen, wie weit derselbe etwa schadlos gehalten worden.

Auch ist zu berücksichtigen, in wie fern bei dem Thäter ein mehr oder minder bestimmter Vorsatz zu der Begehung eines Diebstahls von der Bedeutenheit, wie er wirklich Statt hatte, gefalst war.

entwendet ward: aber auch in diesem Falle sagt uns schon ein nicht trügendes Gefühl, daß Entweihung eines selbst dem rohen Naturmenschen heiligen Gegenstandes Statt hatte.

Diebstähle, zu welchen der Thäter gleichsam durch Zufall geleitet worden, sind milder zu betrachten, als solche, die das Ergebniss längerer Überlegung, oder gar veranstalteter Vorbereitungen waren.

Bei ausgezeichneten Diebstählen kommen jedoch diese Rücksichten minder in Betracht als bei den einfachen.

Sind diese zwar nur dann, nach Maafsgabe der allgemeinen Vorschriften, straflos, wenn sie *in wahrer Hungersnoth*, und nur in so weit begangen, als das Nothwendige zur Existenz des Lebens entwendet worden: so wirkt doch eine *bedeutende Noth* des Thäters für sich und die Seinen so viel ein, dals Diebstähle, welche in solcher verübt (besonders wenn der Thäter unverschuldet in die Noth gerathen war), milder beurtheilt, und innerhalb des gesetzlichen Straf- raumes, mit niedrigern Strafen belegt werden; wie denn überall die Persönlichkeit des Thäters und die aus derselben hervorgehende grössere oder geringere Gefährlichkeit bei der Zumessung der Strafe sehr zu berücksichtigen sind.

ART. 483.

Leistete der Dieb aus freiem Antriebe, nachdem der Diebstahl bereits dem Bestohlenen bekannt geworden, ehe jedoch ein Verdacht auf den Entwender gefallen war, vollständigen Schadensersatz, so hat dieß die Wirkung, bei einem einfachen Diebstahle, dals die Strafe nicht über

zweimonatliches Gefängniß ausgedehnt wird. War der Schadensersatz nicht vollständig, war auf den Thäter bereits Verdacht gefallen, oder war der Diebstahl ein *ausgezeichneter*: so hat die Erstattung den Erfolg der *Milderung*, deren Bestimmung dem richterlichen Ermessen überlassen bleiben muß ¹⁾.

ART. 484.

Treffen beim Diebstahle mehrere Auszeichnungen zusammen: so ist die Strafe verhältnißmäßig zu schärfen.

Wenn der Dieb mehrere noch unbestrafte Diebstähle begangen hat, so sind solche in ihrem Betrage zusammenzurechnen, und also, mit Berücksichtigung ihrer Beschaffenheit im Einzelnen, zu bestrafen.

ART. 485.

Ist von dem Diebe, nach vorausgegangener Bestrafung, von Neuem ein Diebstahl begangen, so sind die Gesetze über Bestrafung des *Rückfalls* in Anwendung zu bringen.

¹⁾ Vergl. Motive zum revidirten Entwurfe des Baierischen Strafg. (1827), S. 29, und Nr. II des *Anhangs*. — Nach dem Chinesischen Strafgesetzbuche *Ta-Tsing-Leu-Lee* (übers. ins Engl. von Sir George Thomas Staunton und ins Französische von M. Renouard de Sainte-Croix, Paris, 1812, II Bände), wird die Strafe dem Verbrecher, welcher sich selbst anklagt, ehe er als Thäter bekannt ist, ganz erlassen, unter der Verpflichtung, den Beleidigten zu entschädigen. — Tief in der menschlichen Natur begründet liegt diese Bestimmung, welche ich im allgem. Theile berücksichtigte.

ART. 486.

Wenn dem Bestohlenen, auſſer dem Diebſtahle, noch beſondere Vermögens-Nachtheile zugefügt worden, ſo ſind, falls darin ein Verbrechen der Beſchädigung liegt, die Vorſchriften vom Zuſammenfluſſe der Verbrechen anzuwenden.

Von der Unterschlagung und Vorenthaltung.

ART. 487.

Wer eine Sache für einen Andern im Beſitze oder Gewahrſame hat, und ſich dieſelbe rechtswidrig zugeeignet, iſt der *Unterschlagung ſchuldig*.

ART. 488.

Dieſes Verbrechen iſt für vollendet zu halten, ſobald der Beſitzer die Sache dem zur Zurückforderung Berechtigten wiſſentlich ableugnet, oder dieſelbe ganz oder zum Theil veräuſert, verbraucht, oder ſonſt eine Handlung, wozu bloß der Eigenthümer berechtigt ſeyn kann, damit vorgenommen hat.

ART. 489.

Beſtand jedoch das untergeſchlagene Gut in Gelde oder andern vertretbaren Gegenſtänden, oder hatte der Thäter die fremde Sache verpfändet, ſo iſt er nur dann des Verbrechens der Unterschlagung ſchuldig, wenn er auf die geſchehene Anforderung die Wiedererſtattung nicht ſofort bewirkte.

ART. 490.

Wer zufällig in den Besitz einer Sache kömmt und sie unrechtmäßiger und vorsätzlicher Weise an sich behält, der macht sich der *Vorenthaltung* schuldig.

ART. 491.

Die *Vorenthaltung* ist vollendet, wenn der Thäter entweder den Eigenthümer der Sache kennen gelernt, und sie ihm, ungeachtet der dazu vorhandenen Gelegenheit, nicht ausgeantwortet, oder die gesetzlichen Vorschriften über gefundene Sachen unbeachtet gelassen hat.

ART. 492.

Die *Unterschlagung* und *Vorenthaltung* ist in der Regel nach den vom *einfachen* Diebstahle geltenden Grundsätzen zu bestrafen; auch sind die beim Diebstahle vorgeschriebenen allgemeinen Bestimmungen bei Bestrafung der Unterschlagungen und Vorenthaltungen anzuwenden.

Es sind daher auch diese Verbrechen und Diebstähle ihrem gemeinschaftlichen Gesamtbetrage nach zu bestrafen.

Hatte der Thäter die Beobachtung seiner Verpflichtung eidlich angelobt, so ist die Strafe bei der Unterschlagung ein Drittel zu erhöhen.

ART. 493.

Die Unterschlagungen des Hausgesindes und ähnlicher Personen werden nach Maafsgabe der bei dem Hausdiebstahle dargelegten Vorschriften bestraft.

ART. 494.

Jeder *Finder verloren gegangener Sachen* ¹⁾ hat die Verbindlichkeit, solche dem ihn bekannt gewordenen Eigenthümer oder dem, der sie verloren hat, wieder zuzustellen.

ART. 495.

Im Falle ihm der Eigenthümer oder der Verlierer nicht bekannt geworden, hat er die Verpflichtung, binnen acht Tagen die Policeibehörde von dem Funde in Kenntniß zu setzen und derselben das Gefundene auszuliefern.

Bei gefundenen Sachen von nicht mehr als ungefähr zehn Thalern an Werth soll es jedoch dem Finder erlaubt seyn, solche an sich zu behalten, Statt der Anzeige bei der Policeibehörde, eine öffentliche Bekanntmachung in den Landes-Intelligenzblättern selbst zu besorgen, und den Eigenthümer oder Verlierer dadurch aufzufordern, sich bei ihm zu melden. Diese Bekanntmachung muß jedoch gleichfalls binnen acht Tagen bei der Behörde eingereicht seyn.

ART. 496.

Derjenige Finder, welcher die vorgeschriebene Anzeige oder Bekanntmachung unterläßt, verfällt in eine, dem Werthe der gefundenen Sache gleichkommende, Geldstrafe. Hätte er aber

¹⁾ Herzogl. Braunschw. Verordn. vom 15ten April 1825.

das Gefundene sich wirklich zugeeignet, so wird er einem Diebe gleich bestraft.

Sind die gefundenen Sachen von einem Postwagen verloren worden, und der Finder hat dieses gewußt, so soll er wegen der unterlassenen Anzeige oder der Zueignung mit der doppelten Strafe belegt werden.

ART. 497.

Dem Finder, der die Anzeige oder Bekanntmachung unterläßt, trifft, außer den verordneten Strafen, der Verlust seines Rechts an den gefundenen Sachen, und der für den Finder etwa ausgelobten Belohnung.

ART. 498.

Wer gefundene Sachen wissentlich kauft oder sonst an sich bringt, wird eben so als der Finder selbst angesehen, und wenn er die ihm darnach obliegenden Verbindlichkeiten unerfüllt läßt, demselben gleich behandelt und bestraft.

ART. 499.

Alles, was in den vorstehenden Bestimmungen in Ansehung der gefundenen Sachen verordnet ist, findet auf gleiche Weise bei demjenigen seine Anwendung, welches von Fremden in Wirthshäusern oder in ihren sonstigen Wohnungen zurückgelassen worden und vorgefunden ist.

ART. 500.

Wer einen *Schatz findet*, es sey dieses im eigenen oder im fremden Grundstücke, der hat

davon der Obrigkeit binnen acht Tagen Anzeige zu machen, und sich an demselben nicht zu vergreifen, damit die Obrigkeit, nach Maaßgabe des Civilrechtes, über das Eigenthum des gefundenen Schatzes verfüge.

ART. 501.

Versäumt der Finder diese Verpflichtung, so verliert er seinen civilrechtlichen Antheil an dem Schatze, und wird, in sofern er ihn in fremden Grundstücken gefunden, nach Maaßgabe obiger Verordnungen über die gefundenen und untergeschlagenen Sachen bestraft ²⁾.

ZWÖLFTER TITEL.

V o n d e m B e t r u g e ¹⁾.

ART. 502.

Wer einen Andern, zum Nachtheile der Rechte desselben, absichtlich täuscht, es geschehe

²⁾ Vergl. Entwurf eines Criminalgesetzb. für das Königr. Sachsen von 1824, § 699.

¹⁾ Beiträge zur richtigern Bestimmung und naturgemäßen Entwicklung der Theorie über das Verbrechen des Betruges und der Fälschung in seinen verschiedenen Arten, von *Karl Klien*, Prof. zu Leipzig. Im Neuen Archive des Cr.-Rechts, B. I, S. 124 u. 218.

dieses durch Erzeugung eines Irrthums oder durch unerlaubte Vorenthaltung oder Unterdrückung der Wahrheit, der macht sich eines *Betruges* schuldig.

Auch derjenige ist als *Betrüger* anzusehen, welcher sich wissentlich einen fremden Betrug zu Nutzen macht.

ART. 503.

Vorenthaltung oder Unterdrückung der Wahrheit ist Betrug, wenn eine Rechtspflicht die Wahrheit zu offenbaren vorhanden war.

Es ist dieses alsdann vorzüglich der Fall:

1. Wenn Jemand, von der Obrigkeit zu einem Zeugnisse aufgefordert, sein Wissen verschweigt oder ableugnet;
2. wenn Jemand wissentlich eine aus Irrthum gezahlte Nichtschuld annimmt;
3. wenn Jemand gültige Urkunden zum Nachtheil der Rechte eines Andern unerlaubter Weise verheimlicht, vernichtet oder unbrauchbar macht.

ART. 504.

Es ist der Betrug als vollendet anzusehen, sobald die in betrüglicher Absicht vorgenommene Handlung vollendet ist, in sofern nicht bei einzelnen Arten des Betruges abweichende Bestimmungen gemacht worden. Ob ein Schade bereits wirklich verursacht sey, kömmt nicht in Betracht; ob aber zur Beendigung der täuschen-

den Handlung, die wirklich erfolgte Täuschung des Andern erforderlich sey, ist nach der Natur jener Handlung zu beurtheilen.

Ist bei Fälschung einer Urkunde oder andern Sache die dadurch bezweckte Täuschung erst noch von einer weitem Thätigkeit des Betrügers abhängig, so wird der Betrug erst hierdurch, z. B. durch den von der verfälschten Sache gemachten Gebrauch, vollendet.

ART. 505.

Ist der Gegenstand der durch den Betrug verübten Rechtsverletzung das Vermögen Anderer, so wird der Thäter, wenn nicht Umstände hinzutreten, die ihn als einen *gesetzlich ausgezeichneten Betrüger* darstellen, nach den Bestimmungen über den *einfachen Diebstahl* bestraft.

Der Richter hat, bei der Zumessung der Strafe den Grad der von dem Betrüger angewendeten List, und vorzüglich den Umstand zu berücksichtigen, in wiefern der bezweckte Schade eingetreten sey.

ART. 506.

Ein Betrug geringerer Beschaffenheit, welcher bei Eingehung oder Vollziehung eines *zweiseitigen*, auf gegenseitigen Vortheil gerichteten Vertrages begangen worden, und welcher die Gültigkeit des Vertrages nicht aufhebt, hat, außer den in den bürgerlichen Gesetzen bestimm-

ten Nachtheilen, nach Beschaffenheit der Umstände, nur policeiliche Ahndung zur Folge.

ART. 507.

Die gesetzliche Bestimmung wegen Bestrafung des Betruges findet jedoch vollständige Anwendung:

1. bei betrüglichem Verkaufe einer nicht mehr vorhandenen oder auf gültige Art schon veräußerten Sache;
2. einer Waare von anderer Gattung und Materie, als wofür sie ausgegeben worden;
3. eines Gegenstandes, woran der Käufer, wegen verheimlichter Rechte eines Dritten, kein sicheres Eigenthum erlangen konnte;
4. bei der Annahme und Zueignung eines Gegenstandes von höherm Werthe, welcher irrtümlich Statt eines von geringerem Werthe überliefert wurde.

ART. 508.

Bei Verträgen, welche bloß zum Vortheile oder Gewinne des einen Theils gereichen, wie bei Schenkungen, Leihverträgen, Darlehen u. s. w. wird der Versprechende, welcher den Andern durch betrüglche Vorenthaltung oder Schmählerung der vertragsmäßigen Vortheile hintergeht, bloß nach den bürgerlichen Gesetzen beurtheilt.

ART. 509.

Die Ueberschreitung der gesetzlichen Zinsbestimmung hat bloß privatrechtliche Folgen, wenn sie unversteckt geschehen ist.

ART. 510.

Verkleidete wucherliche Contracte sollen als *einfache* Betrügereien bestraft werden.

Ein *wucherlicher Contract* heißt *verkleidet*, wenn das wahre Verhältniß der Zinsen zum Capitale nicht mit Bestimmtheit und Klarheit erkannt werden kann.

Der Richter kann jedoch Statt der Freiheitsstrafe auf angemessene Geldstrafe erkennen.

ART. 511.

Wer den Wucher als Profession betreibt, ist, nach Maafsgabe seiner Verschuldung und des gestifteten Schadens, mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre zu belegen.

ART. 512.

Steuerbetrügereien und Verkürzungen des öffentlichen Einkommens, welche nach besondern gesetzlichen Bestimmungen zu untersuchen und zu bestrafen sind, machen keinen Gegenstand dieses Gesetzbuches aus.

ART. 513.

Wer gültige Urkunden zum Nachtheil eines Dritten rechtswidrig unterdrückt, oder wer, um einen Dritten zu hintergehen, in den auf eigenem Namen ausgestellten oder mitunterzeichneten Urkunden falsche Thatsachen oder Umstände wissentlich angiebt, wird wegen einfachen Betruges gestraft.

ART. 514.

Nach den Bestimmungen wider den *ausge-*

zeichneten Diebstahl werden bestraft:

1. der Betrüger einer zu gemeinnützigen oder frommen Zwecken errichteten Anstalt;
2. der Betrug der Vormünder, Curatoren, Bevollmächtigten, Verwalter, Privatrechnungsführer, Depositarien, Gesellschaftsgenossen, erwählten Kunstverständigen oder Schiedsrichter in dem ihrer besondern Treue untergebenen Geschäftsverhältnisse;
3. diejenigen, welche die Religion, eine religiöse Handlung oder durch die Religion geheiligte Sachen als Mittel zur Ausübung eines Betruges mißbrauchen, oder in eigennütziger Absicht durch den Aberglauben des Volkes zu ihrem betrüglichen Zwecke zu gelangen streben;
4. wer die zur Bezeichnung der Grenzen der Grundstücke oder des Wasserstandes bei Mühlen gesetzten Merkmale betrügerischer Weise unkenntlich macht oder verrückt.

Ist der Gegenstand obiger ausgezeichneten Betrügereien von geringer Wichtigkeit, so ist der Richter ermächtigt, auf Gefängnißstrafe von einigen Wochen zu erkennen.

ART. 515.

Die Betrügereien des Hausgesindes und ähnlicher Personen werden nach Maafsgabe der bei dem Hausdiebstahle dargelegten Vorschriften bestraft.

ART. 516.

Ohne Rücksicht auf die Geringfügigkeit des Betrages in dem einzelnen Falle der zur Untersuchung gekommenen Betrügerei, sind mit dem *Zuchthause* diejenigen zu bestrafen, deren Betrug mit der Gefahr für die Gesundheit und das Leben Anderer verbunden ist, als z. B. Kaufleute, Krämer, Bäcker, Brauer, welche die bei ihnen käuflichen Nahrungsmittel mit der Gesundheit schädlichen Substanzen verfälschen, vorbehältlich der Ahndung eines hierdurch begangenen schweren Verbrechens.

ART. 517.

Nach dem Gesetze wider den *ausgezeichneten gefährlichen Diebstahl* sind zu bestrafen:

1. solche, die sich zur gemeinschaftlichen Verübung mehrerer Betrügereien verbunden haben;
2. Spieler von Profession, welche zugleich falsch spielen;
3. solche, welche die Betrügerei mit der Kupperei verbinden;
4. wer, wegen wiederholten Betruges, sich als Betrüger von Profession zeigt, oder sich einer solchen Art des Betruges ergiebt, welche eine unbestimmte Menge mehrmahls zu wiederholender Betrügereien umfaßt, als z. B. falsche Sammler, Collectirer u. s. w.
5. wer Privaturkunden, z. B. Testamente, Contracte, Schuldscheine, Wechsel, Quitungen,

Handelsbücher und dergleichen fälschlich auf fremden Namen ausstellt oder verfertigt, betrüglich nachahmt, in einer dergleichen gültigen Urkunden betrüglich etwas verändert, zusetzt, auslöscht, oder von einer also verfälschten Urkunde wissentlich Gebrauch macht.

ART. 518.

Betrügereien unter Ehegatten, Ältern und Kindern und Geschwistern sollen nach den Grundsätzen, welche im Titel vom Diebstahle vorgeschrieben worden, beurtheilt werden.

ART. 519.

Bei dem Zusammenflusse mehrerer einzelner Betrügereien von höherm oder geringern Betrage ist die Strafe nach dem Gesamtbetrage zu bestimmen.

DREIZEHNTER TITEL.

V o m N a c h d r u c k e .

ART. 520

Wenn Jemand Bücher, musicalische Compositionen, Landkarten oder topographische Zeichnungen, welche der Verfasser oder ein Anderer

verlegt, ohne Einwilligung des Verfassers und Verlegers, oder dessen, auf den die Rechte derselben übergegangen sind, durch den Druck vervielfältigt, um daran ein Verlagsrecht auszuüben, oder solche Gegenstände ins Publicum zu bringen, so begeht er das Verbrechen des *Nachdrucks* ¹⁾.

ART. 521.

Unter dem widerrechtlichen Nachdrucke sind auch gedruckte *Auszüge* aus Verlagsbüchern, welche letztere entbehrlich machen, und Abdrücke derselben mit Anmerkungen oder in den Sammlungen mehrerer anderer Schriften begriffen.

ART. 522.

Das Verbrechen des Nachdrucks kann so lange an einem Geisteswerke begangen werden, als nach dem bürgerlichen Rechte das Verlagsrecht an demselben besteht. Jedoch nur gegen solche Verfasser und Verleger, welche in Staaten Unterthanen oder Bürger sind, in denen das Verlagsrecht hiesiger Verfasser und Verleger gesetzlichen Schutz empfängt.

¹⁾ Vergl. *Tittmann's Entwurf* u. s. w., Art. 1123 ff.; *Entwurf eines Criminalgesetzbuchs für das Königreich Sachsen* von 1824, § 753 ff.; *Zacharia's Entwurf* u. s. w., Art. 448 ff.; *Baierischer Entwurf* von 1827, Art. 307. S. Anhang.

ART. 523.

Die Strafe des Nachdrucks besteht in der Confiscation der gesammten nachgedruckten Auflage, welche unbrauchbar gemacht werden soll, und in einer Geldstrafe, welche dem zweihundertfachen Werthe des Ladenpreises eines Exemplars des nachgedruckten Werkes gleich kömmt.

ART. 524:

In eben diese Geldstrafe verfällt

1. derjenige, welcher Nachdrucke der im Herzogthume (Fürstenthume) verlegten Bücher verkauft oder verkaufen läßt. Die Confiscation erstreckt sich auf sämmtliche im hiesigen Lande befindlichen Exemplare;
2. derjenige, welcher fremde Geisteswerke, in deren Besitz er sich auf eine erlaubte oder unerlaubte Art gesetzt hat, ohne Einwilligung des Verfassers derselben, oder eines Andern, der ein Widerspruchsrecht hat, in Verlag giebt, oder selbst das Verlagsrecht daran ausübt;
3. wer, als rechtmäßiger Verleger eines Werks, mehrere Exemplare davon drucken läßt, als ihm im Verlagscontracte gestattet worden, oder wer eine neue Auflage davon ohne Einwilligung derjenigen, von denen das Recht zu derselben abhängt, veranstaltet.

ART. 525.

Wer sich als Commissionär, in Beziehung auf den Verkauf nachgedruckter Werke, gebrau-

chen läßt, ist als Theilnehmer an dem Verbrechen zu bestrafen.

ART. 526.

Es ist der Verbrecher oder Theilnehmer, wegen der bereits abgesetzten Exemplare des Nachdrucks, den rechtmäßigen Verleger und den Eigenthümer des Werks *vollständig zu entschädigen* verbunden.

ART. 527.

Der Verleger hat gegen denselben einen Anspruch auf eine Summe, welche so viel beträgt, als er gewonnen haben würde, wenn er die Anzahl der Exemplare verkauft hätte, welche jener verkauft hat.

ART. 528.

Der Eigenthümer des Werks ist, wenn angenommen werden kann, daß durch den Nachdruck eine neue Auflage desselben verhindert worden sey, berechtigt, das ihm auf den Fall einer neuen Auflage versprochene oder nach dem Ermessen sachverständiger Personen zu bestimmende Honorar von dem Verbrecher zu fordern.

VIERZEHNTER TITEL.

Von dem Raube und der Erpressung.

Von dem Raube.

ART. 529.

Wer, um eine Entwendung zu vollbringen, einer Person Gewalt anthut, entweder durch thätliche Mißhandlungen, oder durch Drohung auf Leib und Leben, der ist des *Raubes* schuldig, er habe seine habsüchtige Absicht erreicht oder nicht

ART. 530.

Wer eine Person vergewaltigt, und in diesem Zustande eine Entwendung verübt hat, wird mit der Einrede nicht gehört, daß er nicht um Raubes willen, sondern im Zorne, aus Rache oder anderer dergleichen Ursache die Mißhandlung begangen, und erst aus einer spätern, in ihm entstandenen habsüchtigen Absicht den hilflosen Zustand des Vergewaltigten als Gelegenheit zur Entwendung benutzt habe.

ART. 531.

Wer, absichtlich mit Waffen versehen, auf einen bloßen Diebstahl ausgegangen ist, und, nachdem er bei der That entdeckt worden, sich dieser Waffen zur Schreckung oder Mißhandlung bedient hat, ist als Räuber zu bestrafen.

Dasselbe gilt von Jedem, welcher, bei einem Diebstahle ertappt, um das entwendete Gut in Sicherheit zu bringen, an eine Person thätlich Hand angelegt hat.

ART. 532.

Wenn aber ein auf der That ertappter Dieb, welcher vorher mit Waffen absichtlich nicht versehen war, sich bloß zur Sicherung seiner Person vertheidigt, so hat dieses auf die Bestrafung nur soweit Einfluß, als die Gesetze wider Körperverletzung oder Tödtung dabei in Anwendung kommen.

ART. 533.

I. Ein Raub, welcher ohne gewaltthätiges Handanlegen, durch bloße Drohungen, ohne den Gebrauch tödtlicher Waffen begangen worden, wird mit der Strafe des kleinen Karren bis zu sechs Jahren geahndet.

ART. 534.

II. Wenn zwar der Raub durch bloße Drohungen, ohne Gebrauch tödtlicher Waffen, verübt worden, jedoch der Räuber

1. in eine Wohnung eingebrochen, eingestiegen oder zur Nachtzeit eingedrungen ist;
2. wenn derselbe durch Masken u. s. w. sich unkenntlich zu machen gesucht;
3. wenn der Raub in Verbindung zweier oder mehrerer begangen worden: so ist bis auf achtjährige Strafe des großen Karren zu erkennen.

ART. 535.

III. Wenn der Räuber mit tödtlichen Waffen gedrohet hat, oder wenn der Raub durch gewaltthätiges Handanlegen und thätliche Mißhandlung einer Person verübt worden ist: so ist der Räuber bis zu zwölfjähriger Strafe des großen Karren zu verurtheilen.

ART. 536.

IV. 1. Räuber, welche eine Person, um ihr die Entdeckung verborgener Habseligkeiten auszupressen, gepeinigt haben;

2. solche, welche Jemanden durch Mißhandlung in Lebensgefahr setzten, lebensgefährlich verwundeten oder verstümmelten, oder einen bleibenden Nachtheil an der Gesundheit zufügten, sollen mit sechzehn- bis zwanzigjähriger Strafe des großen Karren, und, den beschwerenden Umständen nach, mit dem bürgerlichen Tode bestraft werden.

ART. 537.

Die Anführer und Häupter einer Räuberbande werden, nach Maafsgabe der von der Bande begangenen Verbrechen, mit dem großen Karren oder mit dem bürgerlichen Tode bestraft.

Von Erpressungen.

ART. 538.

Wer durch thätliche Mißhandlung, oder durch Drohung auf Ehre, Leib oder Leben eine Person zur Unterschrift, Ausstellung oder Aus-

lieferung einer Urkunde, welche die Erwerbung von Rechten oder die Tilgung von Verbindlichkeiten zum Inhalte hat, oder zur Auslöschung eines Schuldpostens, zur Auszahlung oder Niederlegung einer Geldsumme oder zu irgend einer Handlung, wodurch derselben oder eines Dritten Vermögen beeinträchtigt wird, nöthigte, um sich oder einem Andern einen Vortheil zu verschaffen, der ist der *Erpressung* schuldig.

ART. 539.

Ist eine Erpressung

1. mittelst thätiger Mißhandlung, oder mit Bedrohung auf Leib oder Leben (es möge eine solche durch gegenwärtige Gewalt, oder durch Erregung von Furcht vor Ermordung, mündlich oder schriftlich geschehen seyn), verübt worden: so soll der Thäter *gleich einem Räuber*, nach Verschiedenheit der Fälle, bestraft werden.
2. Ist aber die Erpressung nur durch Erregung der Furcht vor künftigen minder gefährlichen Mißhandlungen oder Beschädigungen, oder durch Bedrohungen mit Denunciation, Verläumdung, Klage, Ablegung oder Verweigerung eines Zeugnisses, oder durch ähnliche Zudringlichkeiten, geschehen: so soll der Schuldige, mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Drohung und die Gröfse des beabsichtigten oder erpressten Vortheils,

mit Gefängniß- oder Zuchthausstrafe belegt werden.

ART. 540.

Wer durch aufgesteckte Brandzeichen oder durch Drohungen von Mord, Raub oder Brandstiftung, über ganze Orte oder Gegenden Erpressungen vornimmt, soll, nach der Gefährlichkeit der Drohung, mit dem Zuchthause, dem kleinen oder großen Karren, diesen bis auf acht Jahre, bestraft werden.

FÜNFZEHENTER TITEL.

Von der Beschädigung des Eigenthums.

ART. 541.

Wer fremdes Eigenthum aus Bosheit oder Muthwillen zerstört oder beschädigt, soll, wenn die Handlung nicht als ein Verbrechen wider die öffentliche Sicherheit im Staate zu betrachten und als solche zu bestrafen, falls sich der angerichtete Schaden über *vier* Thaler beläuft, mit einer, nach den Beweggründen der That und der Größe des gestifteten Schadens zuzu-

messender, Geld- oder Gefängnißstrafe belegt werden.

Unter beschwerenden Umständen und bei mangelndem Ersatze ist jedoch auch auf Zuchthausstrafe oder Zwangsarbeit zu erkennen.

Einfache Beschädigungen von einem Betrage *unter vier* Thaler sind policeilich zu ahnden.

ART. 542.

Ist jedoch die Beschädigung an Kirchen, den Schlössern und Gärten des Landesfürsten, Gebäuden des Staates, an öffentlichen Wegen, den an solchen gepflanzten Bäumen, Meilenzeigern, Schlagbäumen, Warnungstafeln, Straßenslaternen, an den zum Löschen erforderlichen Geräthen, an den Maschinen und Vorrichtungen zum Bergbau und Hüttenwesen, an öffentlichen Denkmählern und Leichensteinen verübt worden: so soll der Thäter,

1. wenn der angerichtete Schade sich von einem bis zu zwanzig Thalern erstreckt, mit einer Gefängnißstrafe von vierzehn Tagen bis zu zwei Monaten;
2. bei dem Betrage über zwanzig Thaler, mit Gefängniß, oder, den Umständen nach, mit dem Zuchthause bis zu einem Jahre bestraft werden.

Geschah die Beschädigung aus Muthwillen, so kann der Richter auch auf angemessene Geldstrafe, bis zu dem Betrage von hundert Thalern, erkennen.

Erduldete der Thäter schon früher eine policei-liche Strafe für eine ähnliche Vergehung, so tritt schon bei einer Beschädigung von dem Betrage von einem Thaler Gefängnißstrafe ein.

ART. 543.

Bei Beschädigungen des Eigenthums ist, ohne Berücksichtigung der Gröfse des bewirkten Schadens, auf Gefängniß über zwei Monate oder, den Umständen nach, auf Zuchthaus bis zu einem Jahre zu erkennen, wenn dadurch ein bedeutender Nachtheil für das gemeine Wesen, das Leben oder die Gesundheit der Menschen oder für das Eigenthum herbeigeführt werden konnte.

ART. 544.

Wenn mit der angerichteten Beschädigung zugleich die Absicht verbunden war, den Eigenthümer oder Inhaber der beschädigten Sache zu beleidigen, so ist der Thäter für diese bössliche Absicht besonders zu bestrafen.

ART. 545.

Geschah die Beschädigung zur Nachtzeit, so bewirkt dieses Erhöhung der Strafe um ein Drittheil derselben.

SECHZEHNTER TITEL.

Von den besondern Verbrechen der
Staatsbeamten und öffentlichen Diener.

ART. 546.

Jeder Staatsbeamte und öffentliche Diener, welcher eines Verbrechens wegen Strafe empfängt, ist *sodann* seines Postens zu entsetzen, oder von solchem zu entlassen, wenn das von ihm begangene Verbrechen von der Beschaffenheit ist, daß er derjenigen Achtung und des Zutrauens nicht mehr genießen kann, welche ihm bei der Ausübung seines Amtes erforderlich sind.

ART. 547.

Es macht sich ein Staatsbeamter oder öffentlicher Diener, welcher die in der Natur seines Amtes liegenden, oder durch Instructionen ihm vorgeschriebenen Pflichten verletzt, in nachstehenden Fällen eines *Amts- oder Dienstvergehens* schuldig, und soll nach folgenden Bestimmungen bestraft werden.

ART. 548.

Es sind, hinsichtlich der Bestrafung, den Staatsbeamten und öffentlichen Dienern gleich zu achten:

1. solche Beamte, welche bei den Stadt- und Landgemeinen und bei den diesen unterge-

ordneten öffentlichen Anstalten, bei Kirchen, Stiftungen und ähnlichen Verwaltungen angestellt, und entweder eidlich, oder durch Handgelöbnis an Eides Statt verpflichtet worden;

2. diejenigen, welche zum Dienste des Publicums für besondere Geschäfte vom Staate ernannt oder ermächtigt, und deshalb förmlich in Pflichten genommen sind, wozu vorzüglich Sachwalter, Anwälte, Notare und Mäcker gehören.

Von dem Mißbrauche der Amtsgewalt.

ART. 549.

Wer die ihm vom Staate anvertraute Gewalt zur Bedrückung oder Mißhandlung der Unterthanen mißbraucht, soll, nach Maaßgabe des Beweggrundes, des Grades seines Verbrechens und des verursachten Schadens, seines Dienstes entsetzt, von demselben entlassen oder suspendirt werden, vorbehältlich der etwa überdiels verwirkten Strafe. Für geringe Vergehen dieser Art kann der Thäter auch durch Verweis oder an Gelde gestraft werden.

ART. 550.

Richter, Polizei- oder andere Obrigkeiten, welche absichtlich einen Unschuldigen dem Untersuchungsprocesse unterwerfen, sind stets mit der Dienstentsetzung zu bestrafen, und zugleich, nach den Umständen, entweder mit der Strafe

der falschen Denunciation oder der widerrechtlichen Gefangenhaltung zu belegen.

ART. 551.

Staatsbeamte, welche Jemand seinem ordentlichen Richter entziehen;

welche eine Verhaftung vornehmen, auſer in den von den Geſetzen vorgeschriebenen Fällen;

welche einen Verhafteten nicht binnen vier und zwanzig Stunden nach der Verhaftung zu Protocoll verhören;

welche die geschehene Verhaftung nicht der Oberjustizbehörde binnen drei Tagen anzeigen¹⁾, sind mit Suspension und, den Umständen nach, mit Dienstentlassung oder Entsetzung zu bestrafen.

ART. 552.

Untersuchungsbehörden, welche bei den ihnen obliegenden peinlichen Untersuchungen nicht mit pflichtmäßiger Thätigkeit verfahren, sind zuvörderst mit gerichtlichem Verweis, und wenn dieser nichts fruchtete, mit Suspension, und zuletzt mit Dienstentlassung zu bestrafen.

War der Angeschuldigte verhaftet, und der Staatsbeamte, dem die Führung der Untersuchung oblag, ließ dieselbe drei ganzer Monate ruhen: so ist er, wenn er sich in dieser Bezie-

¹⁾ Soll die bürgerliche Freiheit nicht vor den untern Behörden gefährdet werden können, so ist eine Verpflichtung dieser Art durchaus nöthig.

hung nicht völlig rechtfertigen kann, in eine Geldstrafe von funfzig bis zwei hundert Thalern zu nehmen. Dauerte die Unterbrechung der Untersuchung über drei Monate, so ist er seines Dienstes zu entlassen.

ART. 553.

Von den Oberbehörden ist darauf zu achten, daß Untersuchungsbeamte dieses Gesetz dadurch nicht umgehen, daß sie nur von Zeit zu Zeit unbedeutende Untersuchungshandlungen vornehmen, ohne den Proceß im Wesentlichen zu fördern. Lassen sich die Oberbehörden hierin Nachlässigkeiten zu Schulden kommen, so sind sie selbst verantwortlich.

ART. 554.

Wer einen Gefangenen länger in dem Gefängnisse zurückbehält, als es die Gesetze oder die Anordnungen der Oberbehörden (welche auf gleiche Weise der Staatsgewalt verantwortlich sind), gestatten, wird, wenn dieses aus Fahrlässigkeit geschah, mit einer angemessenen Geldstrafe, geschah es aber bösslich, mit Dienstentsetzung bestraft.

Überdem ist ein solcher verbrecherischer Beamter der widerrechtlich gefangen gehaltenen Person Genugthuung und vollständige Entschädigung schuldig.

ART. 555.

Ein Untersuchungsrichter, welcher den Angeschuldigten mißhandelt, d. i. ihn mit beleid-

genden, ungeziemenden Worten anfährt, ihn absichtlich in Schrecken setzt, schlagen läßt, ihm widerrechtlich droht, überhaupt eine Art von Tortur, durch moralische oder physische Mittel, gegen ihn ausübt, soll, nach Maafsgabe der Gröfse der Mißhandlung, deren etwanigen Wiederholung und der Böslichkeit der Absicht, mit Verweis, Dienstsuspension oder Dienstentlassung bestraft werden, und zur Entschädigung des Beleidigten verpflichtet seyn.

ART. 556.

Wurde durch solche Mißhandlung einem Unschuldigen ein Geständniß abgepresst, welches eine Bestrafung zur Folge hatte: so bewirkt dieses die Dienstentsetzung des verbrecherischen Beamten.

ART. 557.

Ein Untersuchungsrichter, der Zeugen drohte, oder sie auf irgend eine Art mißhandelte, wird auf gleiche Weise, nach Maafsgabe seiner Verschuldung und der Folgen derselben, bestraft.

ART. 558.

Ein Untersuchungsrichter, welcher einen Angeschuldigten widerrechtlich, d. i. ohne Nothwendigkeit, fesseln, oder dessen Gefangenhaltung auf irgend eine Art erschweren läßt, ist mit Verweis und Suspension zu bestrafen.

ART. 559.

Ein Untersuchungsrichter, welcher es unterläßt, sich monatlich von dem Zustande der in

seiner Untersuchung befindlichen Gefangenen und ihrer Gefängnisse zu unterrichten, und vorgefundene Mängel der Gefängnisse der Oberbehörde anzuzeigen, ist mit Verweis oder an Gelde zu bestrafen ¹⁾.

ART. 560.

Gerichtsdienere, Aufseher, Wärter und Wächter der Gefangenen, welche diese muthwillig oder boshaft mißhandeln, sollen mit Gefängniß, und bei einem Rückfalle, so wie bei gröbern und wiederholten Mißhandlungen, oder wenn sie Gefangene zur Unzucht mißbrauchen, mit Dienstentsetzung und mit dem Zuchthause bis zu sechs Monaten bestraft werden.

ART. 561.

Richter, welche absichtlich über einen Unschuldigen Strafe verhängen, oder einen Schul-

¹⁾ Ein Mißbrauch der Amtsgewalt kann auch durch Versäumung der Pflicht, sich nach den Folgen einer Amtsverfügung in noch nicht beendigten Criminalsachen zu erkundigen, Statt haben. — Wer es weiß, in welchen scheußlichen Löchern, in manchen Gegenden Deutschlands, die Untersuchungsgefangenen schmachten, wird es gewiß billigen, wenn der Menschenfreund nach jedem Mittel greift, den Unglücklichen Linderung zu verschaffen. In Frankreich und England bildeten sich zu diesem Zwecke Gesellschaften, an deren Spitze königliche Prinzen stehen. Möchte doch in Deutschland, diesem Lande, wo alles Gute so gern befördert wird, bald etwas Aehnliches erfolgen, möchten doch die höchsten Staatsbeamten es nicht unter ihrer Würde halten, von Zeit zu Zeit die Wohnungen der Verzweiflung zu besuchen!

digen mit härterer Strafe belegen, als ihm rechtskräftig zuerkannt worden, sind ihres Dienstes zu entsetzen und außerdem mit angemessener Freiheitsstrafe zu belegen.

ART. 562.

Handelt ein Beamter bei der Vollziehung eines Strafurtheils zum Nachtheil des Staats dem Erkenntnisse zuwider, so findet, falls sich die Sache nicht zu einer Disciplinar-Ahndung eignet, Geldstrafe, Suspension oder Dienstentlassung Statt.

ART. 563.

Eben diese Strafe wird bei rechtswidrig unterlassenen Untersuchungen oder rechtswidrigen Entlassungen aus denselben angewendet.

ART. 564.

Richter, welche bei der Leitung oder Entscheidung eines Rechtsstreites wissentlich und vorsätzlich Ungerechtigkeiten begehen, sollen ihres Dienstes entsetzt und, nach den Umständen, zugleich mit einer Freiheitsstrafe belegt werden.

ART. 565.

Ein Staatsbeamter, welcher bei einer Sache so betheiligt ist, daß er Richter zu seyn unfähig wäre, und mit Verschweigung dieses ihm bekannten Verhältnisses in der Sache nach seiner amtlichen Eigenschaft handelt, soll, ohne Unterschied, ob die Ausübung des Amtes in streitigem oder nicht streitigem, in civil- oder strafrechtlichem oder in policeilichem Wege ge-

schehen, nach Maafsgabe der Bedeutenheit des Gegenstandes und der Verschuldung oder des verursachten Schadens, mit Absetzung, Entlassung, Suspension oder Verweis bestraft werden¹⁾.

Von der Fälschung und Treulosigkeit in Amtssachen.

ART. 566.

1. Wer an seine Vorgesetzten wissentlich falsche Berichte erstattet, entweder durch Einberichtung unwahrer Thatsachen, oder durch Verschweigung erheblicher;
2. wer bei Abfassung oder Aufnahme der Urkunden die Verhandlungen durch Auslassen, Zusätze, Erdichtungen oder Veränderungen vorsätzlich entstellt;
3. wer unter amtlichem Glauben unwahre Thatsachen wissentlich als wahre bestätigt und beurkundet;
4. wer Acten, Urkunden oder andere Schriften, welche ihm seines Amtes wegen anvertraut und übergeben sind, oder die er selbst in seiner Eigenschaft als Staatsbeamter abgefaßt hat, verfälscht, bösslicher Weise vernichtet, auf die Seite schafft oder unterdrückt, der soll, mit besonderer Rücksicht auf den Beweggrund, so wie auf die Ge-

¹⁾ Vergl. den Baierischen Entwurf von 1827, Art. 330.

fährlichkeit der Fälschung oder Treulosigkeit, und auf den dadurch bezweckten oder verursachten Schaden, falls nicht die Handlung in ein schwereres Verbrechen überging, mit Dienstentlassung, Dienstentsetzung und, den Umständen nach, mit Gefängniß oder Zuchthaus bestraft werden.

Bei den höchsten Graden der Gefährlichkeit ist selbst auf Karrenstrafe zu erkennen.

War hingegen Gefahr und Schaden sehr geringe, so finden Disciplinar-Ahndungen Statt.

Von der Bestechung.

ART. 567.

Ein Staatsbeamter, der wegen einer zu seinem amtlichen Wirkungskreise gehörigen Handlung oder Unterlassung ein Geschenk oder irgend einen ihm nicht gebührenden Vortheil annimmt, ist der *Bestechung* schuldig.

ART. 568.

Die Annahme des Geschenkes oder Vortheils ist schon dann für geschehen zu achten, wenn sich der Beamte zur Annahme des Versprochenen bereit erklärt, oder wenn er das, was ihm ohne seinen Willen zugeschickt, oder was einem seiner Angehörigen, um ihn zu bestechen, gegeben worden, nachdem er hiervon Kenntniß erhalten, nicht längstens binnen drei Tagen zurückgegeben, oder dem Gerichte, oder seinem Vorgesetzten, davon Anzeige gemacht hat.

ART. 569.

Ist das Geschenk oder Versprechen vor der Amtshandlung angenommen, so wird der bestochene Beamte

1. wenn er den unerlaubten Vortheil annahm, um pflichtwidrig eine Amtshandlung zum Nachtheile des Staats oder eines Dritten zu thun oder zu unterlassen, mit Dienstentsetzung bestraft;
2. handelte der Bestochene nicht pflichtwidrig, so ist auf Suspension oder Geldbusse zu erkennen.

ART. 570.

Ist das Geschenk *nach* der Amtshandlung, ohne früher versprochen zu seyn, angenommen, so findet Dienstentsetzung Statt, wenn die Handlung pflichtwidrig, Suspension oder Geldstrafe, wenn dieses nicht der Fall war.

Schärfung der Strafe tritt dann ein, wenn der Bestochene zur Entrichtung eines Geschenkes aufgefordert hat.

Selbst eine solche Aufforderung ohne Erfolg wird mit einer nach der Analogie obiger Vorschriften auszumessenden Strafe geahndet.

Von der Anmaassung unerlaubter Vortheile.

ART. 571.

Ein Staatsbeamter, welcher, um für sich einen Vortheil zu erpressen, mit einem durch seine Amtsgewalt zu bewirkenden Nachtheile

droht, soll mit Dienstentlassung oder Dienstentsetzung bestraft und, der Beschaffenheit der Umstände nach, überdem mit einer angemessenen Freiheitsstrafe belegt werden.

ART. 572.

Staatsbeamte, welche zum eigenen Vortheile an Steuern, Taxen, Stempelgebühren, Sporteln oder andern Abgaben oder Leistungen etwas abfordern, erheben oder sich leisten lassen, wozu keine Zahlungs- oder Leistungsverpflichtung vorhanden ist, sollen das erstemahl mit Erlegung des zehnfachen Betrags, bei einem Rückfalle aber mit der Dienstentlassung oder Dienstentsetzung bestraft werden.

ART. 573.

Ein Beamter, der sich durch Geltendmachung seiner Amtsgewalt öffentliche, seiner Verwaltung nicht anvertraute Gelder zu seinem Vortheile *zu-eignet*, soll seines Dienstes entsetzt und nach den Gesetzen wider den ausgezeichneten gefährlichen Diebstahl bestraft werden ¹⁾.

ART. 574.

Wer von öffentlichen Cassen, die nicht seiner Verwaltung, jedoch seiner Aufsicht untergeben sind, ohne Genehmigung der vorgesetzten Behörde, ein *Darlehn*, ohne dafs ein Nachtheil daraus entstand, aufnahm, wird mit der Dienst-

¹⁾ Hier liegt, wie in dem bald folgenden Falle, das *Crimen peculatus*, nach Römischen Begriffen, vor. (Art. 576.)

entlassung bestraft. Entstand ein Nachtheil, so tritt die Strafe des gemeinen Diebstahls ein.

ART. 575.

Wer bei der Bestimmung oder der Erhebung öffentlicher Abgaben, Gefälle oder sonstiger Einnahmen, die seiner Verwaltung anvertrauten Einkünfte des Staats, einer Gemeinde oder Stiftung, vorsätzlich verkürzte, der soll, wenn es aus Gunst geschah, mit Erlegung des fünffachen Betrages und Suspension, wenn es aber aus Eigennutz Statt hatte, mit der Entlassung oder Entsetzung bestraft werden.

ART. 576.

Ein Staatsbeamter oder öffentlicher Diener, der Gelder oder geldeswerthe Sachen, welche ihm vermöge seines Amtes zur Verwahrung, Verwaltung oder Ablieferung anvertraut sind, sich *böslich zueignet*, es seyen die anvertrauten Gegenstände Staats- oder Privateigenthum, der soll nach den Gesetzen über den ausgezeichneten gefährlichen Diebstahl bestraft werden ¹⁾.

ART. 577.

Hatte unter den im vorhergehenden Artikel bestimmten Verhältnissen der Staatsbeamte nicht

¹⁾ Hier liegt das *Crimen peculatus* vor: L. 1. D. ad leg. Juliam peculatus, dessen Strafe L. 3. eod. bestimmt. Vergl. die treffliche Abhandl. von *Rofshirt*: Einiges zur Lehre von dem *Crimen de residuis*, im N. Archive des Cr.-R. B. X, 3, S. 453.

die Absicht, die vergriffenen Gegenstände unterzuschlagen und sich bösslich zuzueignen, sondern verletzte er seine Amtspflicht mit der Absicht, das Fehlende wieder zuzulegen, oder geschah diese Verletzung der Pflicht durch eine unerlaubte Vermischung der öffentlichen Gelder und Gegenstände mit seinem Privatvermögen, und ist er nicht im Stande, das Fehlende vollständig zu ersetzen: so wird derselbe nach den Gesetzen über den gemeinen Diebstahl bestraft ¹⁾).

ART. 578.

Ist der Staatsbeamte, unter obigen Verhältnissen, im Stande, das Fehlende der Casse völlig zu ersetzen: so trifft ihn Absetzung und Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren.

ART. 579.

Besteht das Verbrechen darin, daß der Beamte, ohne alle Gefahr für die Casse und ohne einen Betrug zu begehen, öffentliche Gelder auf Zinsen zu seinem Vorthelle aushat oder auf eine andere Weise zu seinem Privatvorthelle benutzte: so ist er mit Dienstentlassung oder, in mildern Fällen, mit Suspension oder an Geld zu bestrafen ²⁾).

¹⁾ Hier liegt das Crimen de residuis vor. L. 4. §. 3, 4, ad legem Jul. pecul. Die hier bestimmte Strafe ist jedoch viel härter, als die Römische, §. 5, cod.

²⁾ Hier träte, nach Römischen Grundsätzen, ebenfalls die Strafe ex lege de residuis ein.

ART. 580.

Hat ein Beamter durch irgend eine Fälschung, als z. B. der Rechnungen, Register, Belege u. s. w., die Unterschlagung oder Vergreifung zu verstecken gesucht, hat er eingegangene Posten absichtlich nicht berechnet oder Nicht-Zahlungen in Ausgabe gebracht: so ist er nach den Gesetzen über den ausgezeichneten gefährlichen Diebstahl zu bestrafen.

ART. 581.

Rechnungsbeamte, welche Einnahme-Posten in ihre Manuale zu spät eintragen, um deren Betrag einstweilen benutzen zu können, sind, wenn daraus kein Schaden hervorgegangen, an Gelde oder mit Suspension oder Entlassung zu bestrafen.

ART. 582.

Ein Beamter, welcher mit den ihm anvertrauten Geldern oder sonstigen Gegenständen, oder mit einem Theile derselben, entflieht, ist mit Steckbriefen zu verfolgen und als ausgezeichnet gefährlicher Dieb zu bestrafen.

ART. 583.

Münzbediente, welche absichtlich zum Schaden des Staates und des Publicums den Gehalt der von ihnen oder unter ihrer Aufsicht geprägten Münzen verringern, sind als Falschmünzer zu bestrafen.

Von der Verletzung der Amtsverschwiegenheit.

ART. 584.

Wer solche Thatsachen, welche ihm lediglich durch seine Amtsverhältnisse bekannt geworden, und welche ihrer Natur nach als Amtsgeheimnisse zu betrachten sind, entweder aus Eigennutz, oder um Jemand dadurch Schaden zu verursachen, bekannt macht, oder wer die ihm anvertrauten Urkunden und Acten, in denen Amtsgeheimnisse befindlich sind, andern Personen in Original oder Abschrift mittheilt, der soll, nach Maafsgabe der Wichtigkeit des verletzten Geheimnisses, des verursachten oder zu vermuthenden Schadens, mit Verweis, Geldstrafe, Suspension, Dienstentlassung oder Dienstentsetzung bestraft werden.

Von der Verletzung der Subordination ¹⁾.

ART. 585.

Wer den ihm anvertrauten Staatsdienst eigenmächtig, und ohne empfangene Entlassung, aufgibt und verläßt, wird, wenn ihm kein anderes Verbrechen zur Last fällt, und er auch keine Rechnungsablage schuldig ist, mit der Dienstentsetzung bestraft.

ART. 586.

Hat derselbe den Staat durch die eigen-

¹⁾ Vergl. v. Jacob's Entwurf eines Cr.-Gesetzb. für das Russische Reich, §§. 306, 307, 308.

mächtige Verlassung des Dienstes in Schaden gesetzt, so ist er nicht nur dieserhalb verantwortlich, sondern es kann auch, nach der Bedeutung des Schadens, auf Gefängniß- und selbst auf Zuchthausstrafe bis zu zwei Jahren erkannt werden ¹⁾).

ART. 587.

Der *Ungehorsam in Amtsverhältnissen eines Beamten* gegen seinen Vorgesetzten wird folgendermaassen bestraft:

1. Eine gewaltsame Widersetzung wird, aufser der dafür verwirkten gesetzlichen Strafe, mit Dienstentlassung oder Dienstentsetzung geahndet.
2. War der Ungehorsam zwar nicht mit gewaltsamer Widersetzung verbunden, jedoch mit einer Beleidigung der Amtsehre des Vorgesetzten, so findet, aufser der gesetzlichen Strafe für dieses Verbrechen, Dienstentlassung Statt.

Von der Untreue der Sachwalter.

ART. 588.

• **Sachwalter und Anwälte, welche in pflichtwidrigem Einverständnisse mit der Gegenpartei zum Nachtheile ihrer Partei handelten, oder in**

¹⁾ Vergl. *Tittmann's Entwurf eines Strafgesetzb. für das Königr. Sachsen*, §. 1693.

v. STROMBECK's Entw. e. Cr.-G.-B.

derselben Rechtssache zugleich beiden Theilen dienten, sollen mit dem Verluste der Advocatur oder Procuratur, und, bei erschwerenden Umständen, überdem mit Gefängniß bestraft werden.

*Von unsittlichem Betragen und Nachlässigkeit
im Dienste.*

ART. 589.

Beamte, welche aus Unfleiß, Leichtsinn oder Unachtsamkeit die ihnen obliegenden Dienstpflichten vernachlässigen, oder durch sittenloses Betragen sich ihres Amtes unwürdig bezeigen, sollen, nach fruchtlos gegen sie verfügten Disciplinarstrafen, auf Anzeige der vorgesetzten Behörde, in gerichtliche Untersuchung gezogen, und mit Suspension, Dienstentlassung oder Entsetzung, den Umständen nach, bestraft werden.

E N T W U R F

einer Verordnung über die Zulässigkeit
eines vollständigen Beweises in Straf-
sachen durch Anzeigen (Indicien ¹).

Die peinliche Gerichtsordnung *Kaisers Karl des fünften*, deren Gesetzeskraft bis jetzt in den hiesigen Landen besteht²), enthält in dem 22sten Artikel die ausdrückliche Vorschrift:

»dafs Niemand auf einigerlei Anzeigung, Argwohn, Wahrzeichen oder Verdacht endlich zu peinlicher Strafe soll verurtheilt werden, *sondern allein peinlich mag man darauf fragen;*«

¹) Vergl. Gesetzbuch über Verbrechen für *Oestreich* (1803), I. Thl. §. 258 ff., §. 396 ff.; Strafgesetzbuch für Baiern (1813), II. Thl. §. 308 ff.; Königl. Hannoverische Verordn., d. d. 25. März 1822; Fürstl. Schaumburg-Lippische Verordn., d. d. 11ten Sept. 1828.

²) Über die Einführung der C. C. C. in den Herz. Braunschweig-Wolfenbüttelschen Landen, s. die Abhandl. des Hofgerichts-Assessors du Roi, im Braunschw. Magazin 1789, 24. Stück.

deßsgleichen:

„soll Jemand endlich zu peinlicher Strafe verurtheilt werden, das muß *aus eigen Bekennen oder Beweisung* (wie an andern Enden in dieser Ordnung klärlich befunden wird) beschehen, *und nicht auf Vermuthung oder Anzeigung.*“

Wenn nun unter der hier erwähnten *Beweisung*, so viel den Thäter des Verbrechens anbetrifft ¹⁾, jenes Gesetzbuch allein den Zeugenbeweis ²⁾ versteht, mit Ausschluss jedes aus harmonisch zusammentreffenden *Anzeigen* herzustellenden künstlichen Beweises, als welche Anzeigen nur zur Anwendung der peinlichen Frage führen dürfen: so ist einleuchtend, daß, da der Gerichtsbrauch (unter stillschweigender Zustimmung der höchsten Staatsgewalt) schon seit vielen Jahren die Anwendung *der Folter*, als eines eben so unmenschlichen als unsichern Erforschungs-Mittels, nicht mehr gestattet, eine große Menge von Verbrechen ungestraft bleiben und die Sicherheit im Staatsgebiete gefährdet werden würden, wenn die gedachte Bestimmung der peinlichen Gerichtsordnung des Kaisers Karl

¹⁾ Der objective Thatbestand kann auf jede Weise, selbst durch künstlichen Beweis dargethan werden. P. G. O. Art. 147; v. *Feuerbach's* Lehrb. des peinl. Rechts (9te Aufl.), §. 569.

²⁾ *Hurlbusch's* Beiträge zur Civil- und Criminalgesetzgebung, Heft 1, S. 4.

des fünften wörtlich zur Anwendung kommen sollte.

Diese Betrachtung ist auch Unsern Gerichten nicht entgangen, und es ist daher von ihnen (ebenfalls unter Zustimmung der Regierung) seit der Zeit, da die Folter nicht mehr angewandt wurde, vielfältig auf einen hergestellten künstlichen Beweis, ohne daß der Angeschuldigte eingestanden hätte, eine *peinliche Strafe*, bisweilen unter der Benennung einer *aufserordentlichen Strafe*, erkannt worden.

Wenn jedoch eine *aufserordentliche Strafe*, in dem Sinne, daß der Richter den Beweis selbst für *unvollständig* hält, sich mit den Grundsätzen des Rechts nicht vereinigen läßt, indem nur *völlig bewiesene* Verbrechen bestraft werden dürfen, jedoch aus harmonisch zusammenstreichenden Anzeigen sich mit eben der, ja oft mit einer noch größern Sicherheit ein vollständiger Beweis herstellen läßt, als dieses bei dem *Beweise durch Zeugen* der Fall ist, so haben Wir für nothwendig erachtet, um alle Ungewißheit bei ermangelndem eigenen Eingeständnisse des Angeschuldigten zu beseitigen, Folgendes, in Beziehung auf die *Zulässigkeit eines vollständigen Beweises durch Anzeigen*, zu verordnen:

ART. 1.

Der Artikel 22. der peinlichen Gerichtsordnung und alle in solcher enthaltenen Vorschriften

ten, auch die speciellen Landesgesetze, welche sich auf die Anwendung der *peinlichen Frage* beziehen, werden hierdurch aufgehoben.

Es darf also so wenig auf die Tortur, als auf die Real- oder Verbal-Territion von Unsern Gerichten erkannt werden.

ART. 2.

Dagegen wird der Beweis *durch zusammen-treffende, genügende und vollständig bewiesene Anzeigen* (Indicien) für stattnehmig erklärt. Es tritt derselbe alsdann ein, wenn der Ange-schuldigte das Verbrechen leugnet, wesswegen er in Untersuchung gerathen ist, und er des-selben durch eigene gerichtliche Aussagen, Zeu-gen, Documente, Augenschein und Gutachten von Kunstverständigen, vollständig nicht über-führt werden kann.

ART. 3.

Jeder Umstand, welcher in einem solchen natürlichen Zusammenhange mit einem Verbre-chen steht, daß aus demselben auf dieses oder auf die Person, welche es begangen, nach den Gesetzen der Vernunft geschlossen werden kann, begründet eine rechtliche Anzeige.

ART. 4.

Zu Anzeigen dieser Art sind vorzüglich fol-gende, beispielsweise hier aufgeführte zu zählen:

1. wenn gegen eine Person erwiesen worden, daß sie ein besonderes Interesse gehabt ha-

be, das zur Untersuchung stehende Verbrechen zu begehen;

2. wenn Jemand dem Beleidigten mit dem vorgefallenen, oder mit einem demselben gleichartigen Verbrechen im Ernste gedroht;
3. wenn der Angeschuldigte öffentlich oder einem Dritten erklärt hat, ein solches Verbrechen begehen zu wollen;
4. wenn Jemand von dem Beleidigten nicht lange vor der That bedeutend beleidigt war, und an diesem Rache zu nehmen ernstlich gedroht hat;
5. wenn er Handlungen vorgenommen, welche als Vorbereitungen und Mittel zu dem begangenen Verbrechen anzusehen sind;
6. wenn der Angeschuldigte um die Zeit und an dem Orte des begangenen Verbrechens auf eine verdächtige Weise anwesend war; entweder, daß dieses bestimmt bewiesen werden könnte, oder aus zusammentreffenden Fußstapfen, aus dem Liegenlassen einer dem Angeschuldigten gehörenden Sache geschlossen werden könnte;
7. wenn der Angeschuldigte zur Zeit des begangenen Verbrechens auf eine verdächtige Weise von seinem Wohnorte abwesend war, und vorzüglich, wenn er diese Abwesenheit lügenhaft geleugnet hat;
8. wenn bei ihm Werkzeuge und Mittel ge-

funden, wodurch die That gewiß oder wahrscheinlich begangen worden;

9. wenn sich an dem Körper des Verdächtigen, an seinen Kleidern, Werkzeugen oder Sachen, die er im Gebrauch hatte, Spuren finden, welche auf das Begehen des Verbrechens mit Wahrscheinlichkeit schließen lassen, z. B. wenn bei einem begangenen Morde das Messer, die Kleider oder Hände des Verdächtigen mit Blut besudelt gefunden;
10. wenn Jemand, ohne sich gehörig über die Rechtmäßigkeit seines Besitzes auszuweisen, Sachen besitzt, oder besessen hat, welche entweder Gegenstände des Verbrechens sind, oder sich zur Zeit der begangenen That bei dem Beschädigten befunden haben;
11. wenn Jemand, ohne daß solches aus unschuldigen Veranlassungen erklärt werden kann, die Spuren eines Verbrechens zu tilgen suchte;
12. wenn er ohne Ursache den Verdacht des begangenen Verbrechens, ehe er dessen bezüchtigt wurde, bösslich auf Andere zu wälzen bemüht war;
13. wenn er durch Bestechung oder listige Umtriebe die Handlung der Obrigkeit in Beziehung auf ein Verbrechen abzuwenden sich bemühte;
14. wenn er, nach ruchtbar gewordener That,

sich auf eine verdächtige Weise von seinem gewöhnlichen Aufenthaltsorte entfernte.

ART. 5.

Der Verdacht, welcher aus Anzeigen dieser und ähnlicher Beschaffenheit erwächst, kann *verstärkt* werden durch den bisherigen Lebenswandel des Angeschuldigten und durch die von ihm früher begangenen gleichartigen Verbrechen; an sich und allein begründen aber diese Umstände, und am wenigstens ein furchtsames und verlegenes Betragen bei den Verhören, keine rechtliche Anzeige.

ART. 6.

Aus obigen Beispielen wird der Richter auf diejenigen Anzeigen schliessen können, welche, nach der Natur und Beschaffenheit der einzelnen Verbrechen, diese zu begleiten pflegen und auf solche hindeuten; wie denn auch die peinliche Gerichtsordnung in den Artikeln 24 bis 43 und 131 Anzeigen dieser Beschaffenheit aufzählt, auf welche hierdurch ausdrücklich verwiesen wird.

ART. 7.

Die Aussage eines einzelnen völlig glaubwürdigen Zeugen, oder auch mehrerer, denen es an völliger Glaubwürdigkeit mangelt, als z. B. der Beschädigten, der Complicen, desgleichen das aufsergerichtliche Geständniß des Angeschuldigten, gehören ebenfalls zu den Anzeigen.

ART. 8.

Eine Anzeige, welche bei dem Straferkennt-

nisse zu berücksichtigen ist, muß *vollständig bewiesen seyn*; es ist aber keinesweges erforderlich, daß dieser Beweis durch Eingeständniß, durch zwei vollgültige Zeugen, durch Documente, Augenschein oder Aussagen von Kunstverständigen hergestellt werde, sondern, so wie künftig durch harmonisch zusammentreffende Indicien das Verbrechen selbst vollständig bewiesen werden kann, so kann auch auf gleiche Weise die Anzeige bewiesen werden. Die Aussagen eines glaubwürdigen Zeugen, wenn solche mit den ausgemittelten Umständen, oder mit außergerichtlichen Bekenntnissen des Angeschuldigten vollkommen zusammentreffen, oder der Umstand, daß dieses hinsichtlich ihres Zusammentreffens unter einander der Fall ist, so daß nach den Gesetzen der Vernunft an dem Vorhandenseyn der Anzeige nicht gezweifelt werden kann, bewirkt also ebenfalls den vollständigen Beweis derselben.

ART. 9.

Wenn gleich der Beweis durch Anzeigen nach unveränderlichen, auf alle Criminal-Fälle gleichmäfsig anwendbaren Regeln nicht bestimmt zu werden vermag, weil es dabei auf die besondern Umstände jedes einzelnen Falles ankommt, und der Sachkenntniß, Erfahrung, Urtheilskraft, dem Scharfsinn, der Unbefangenheit und Gewissenhaftigkeit der Richter das Meiste überlassen werden muß, wie Wir denn dieselben beson-

ders zu der größten Vorsicht hierdurch aufgefordert haben wollen: so sind im Allgemeinen jedoch folgende Regeln streng zu beobachten.

ART. 10.

Es haben die Gerichte zu erwägen:

1. die Beschaffenheit der Anzeige, nach dem Grade ihres Zusammenhanges mit dem Verbrechen;
2. das Zusammentreffen und die Art des Zusammenhanges verschiedener Anzeigen unter einander;
3. die Anzeigen der Unschuld, welche dem Verdächtigen zur Seite stehen;
4. die Stärke des Beweises der Thatsache selbst, durch welche die Anzeige dargestellt wird.

ART. 11.

Eine Anzeige ist um so beweisender, je genauer dieselbe mit dem Verbrechen im Zusammenhange steht, je gewöhnlicher sie, der Erfahrung nach, als Ursache, Wirkung oder gleichzeitiger Umstand mit demselben verbunden ist, und je weniger sich solche nach den besondern Umständen anders, als unter Voraussetzung des Verbrechens genügend erklären läßt.

ART. 12.

So wie der Verdacht durch das harmonische Zusammentreffen mehrerer Anzeigen sich verstärkt, so wird er hingegen vermindert, wenn mehrere Thatsachen, welche einzeln Verdachtsgründe sind, sich gegenseitig widersprechen.

ART. 13.

Eine Anzeige hat, wie bereits erwähnt, nur volle Wirkung, wenn sie vollkommen erwiesen ist. Eine unvollständig bewiesene Anzeige bewirkt also um so schwächeren Verdacht, je mehr an der Vollständigkeit des Beweises derselben, nach den Grundsätzen dieses Gesetzes, mangelt.

ART. 14.

Es entsteht aus Anzeigen überzeugende Gewissheit, daß sich die verdächtige Person der That schuldig gemacht habe:

1. wenn mehrere mit dem vorliegenden Verbrechen in bestimmtem Zusammenhange stehende gleichzeitige, und mit vorausgehenden und nachfolgenden Anzeigen ¹⁾ verbundene Indicien, welche einzeln vollständig erwiesen sind, in der angezeigten Person zusammentreffen;
2. unter sich selbst dergestalt im Zusammenhange stehen, daß solche Übereinstimmung, nach dem ordentlichen Laufe der Dinge, nicht anders, als aus der Begehung des Verbrechens nach den Gesetzen der Vernunft erklärt werden kann;
3. auch dieselben mit andern erwiesenen Umständen der That zusammentreffen;

¹⁾ Vergl. v. *Feuerbach's* Lebrb. des peinl. R. (9te Aufl.), §. 547 ff.

4. überdiß der Angeschuldigte keine Anzeigen der Unschuld für sich hat;
5. zugleich durchaus keine Umstände vorhanden sind, welche die Vermuthung begründen, daß die That von einer andern Person begangen worden.

ART. 15.

Aus diesen Vorschriften folgt, daß *eine einzige, wenn gleich noch so nahe*, Anzeige zur Überführung des leugnenden Angeschuldigten niemahls genügt.

ART. 16.

Eine vorzügliche Sorgfalt der Gerichte muß es seyn, alle auf die Vertheidigung des Angeschuldigten abzweckenden *Gegenanzeigen* zu erforschen, in Ansehung derer kein strenger Beweis erforderlich ist, vielmehr *Wahrscheinlichkeit* genügen soll.

ART. 17.

Die Frage, ob der Angeschuldigte, seines Leugnens ungeachtet, durch die ausgemittelten Anzeigen für hinreichend überführt zu halten sey, soll nur durch eine Mehrheit von wenigstens zwei Drittheilen der Stimmgebenden Mitglieder des Gerichts entschieden werden ¹⁾.

¹⁾ Ich würde es zweckmäfsig finden, diese Vorschrift jeder Zeit eintreten zu lassen, da das *Geständniß* des Angeschuldigten nicht vorhanden ist.

ART. 18.

Wird der leugnende Angeschuldigte für überführt angenommen, so muß auf die *gesetzliche Strafe*, unter Berücksichtigung der ihm zu Stattn kommenden Milderungsgründe, erkannt werden ¹⁾.

¹⁾ Bei der Abfassung dieses Artikels ist der Entwurf des Gesetzbuches selbst berücksichtigt, nach welchem der physische Tod nicht erkannt werden kann. Ich habe in der *Vorrede* die Gründe dargelegt, weshalb es mir bedenklich scheint (der Ungewissheit alles menschlichen Erkennens wegen), zum Tode zu verurtheilen. Andere Ausnahmen, so wie sie im §. 6. der K. Hannoverischen Verordnung und im §. 6. der F. Schaumburg-Lippischen aufgeführt sind, zu machen, scheint mir nicht consequent. Blieben Zweifel hinsichtlich der Schuld des Angeschuldigten über, so muß er *von dem Verfahren entbunden* werden. Erfolgt eine *Verurtheilung*, so muß die moralische Gewissheit der Schuld, die hier zur gesetzlichen wird, vorhanden seyn. — Mich dünkt, der Ausspruch: »der Angeschuldigte ist *vielleicht* unschuldig, *deshalb* soll er etwas gelinder bestraft werden, als wenn gar kein Zweifel übrig bliebe«, läßt sich nicht rechtfertigen. Nur *der* Zweifel kann übrig bleiben, der selbst bei dem eigenen Geständnisse und bei dem Zeugenbeweise stets übrig bleibt, wie eine vielfache Erfahrung billig lehren sollte. *Dieses* Zweifels wegen muß die Todesstrafe gänzlich verbannt werden; andere Zweifel dürfen nicht übrig bleiben; bleiben sie aber über, so kann kein Strafurtheil erfolgen: L. 5. pr. D. de poenis. »Divus Trajanus rescripsit: satius esse impunitum reliqui facinus nocentis, quam innocentem condemnare.« Ein Ausspruch, den jeder Criminalrichter stets vor Augen haben muß. Der Beweis durch *Anzeigen* giebt aber vielfach eine weit größere Überzeugung, als der Beweis durch *Zeugen*. Man stelle folgende beiden Fälle zusammen. Ein höchstverschuldeter, unmoralischer, schon einmahl wegen Brandstiftung bestraf-

ART. 19.

Sind die ausgemittelten Anzeigen nicht von der Stärke, daß der Angeschuldigte der That für überführt gehalten werden kann, aber auch nicht in dem Grade entkräftet, daß er völlig

ter Mensch versichert seine Mobilien in der Phönix-Gesellschaft zehnfach höher, als sie Werth hatten. Er äußerte vielfach: eine solche Gesellschaft zu betrügen sey keine Sünde, ja er bekannte bestimmt den Seinen die Absicht, er wolle sein Haus anzünden, um durch die Versicherungsgelder aus seinen Schulden zu kommen. Er erfüllte den Boden des Hauses mit Brennmaterialien, welche früher auf demselben niemahls lagen, er kaufte Pulver und Schwefel, er sandte die sämmtlichen Hausgenossen aus dem Hause weg, er ließ das Wasser aus einem großen Wasserbehälter in der Nähe seines Gebäudes, ohne einen unschuldigen Grund angeben zu können, ablaufen, das Haus ging in Flammen auf, als er sich allein in demselben befunden hatte, er rief nicht nach Rettung, vielmehr rühmte er sich gegen Verwandte, die Societät durch die eigene Brandanlage betrogen zu haben; — aber vor Gericht, als er sah, die Sache werde ernstlicher genommen, leugnete er hartnäckig, obwohl alle jene Anzeigen vollständig bewiesen waren, auch schlechterdings kein Grund ausfindig zu machen stand, aus dem der Brand entstanden seyn könne: — wer kann hier an dem Thäter zweifeln? — Der zweite Fall. — In einem Walde ist ein Erschlagener gefunden. Zwei klassische Zeugen sagen eidlich aus, sie haben gesehen, daß der Waldarbeiter N. N., ein sehr rechtlicher, religiöser Mann, der mehrere Waisen von seinem Verdienste unterhält, diesen Mord begangen habe. Sie geben Umstände an, die mit der geschehenen That zutreffen. — Der Angeschuldigte leugnet: kein Grund ist vorhanden, weshalb er das Verbrechen begangen haben solle. Er bleibt bis zum Tode bei der Be-theuerung, er sey unschuldig. — Wo war hier grössere Gewissheit: bei dem Beweise durch Indicien, oder bei dem durch zwei klassische Zeugen?

frei zu sprechen wäre: so ist derselbe von der Instanz zu entbinden, die Untersuchung bis zu künftiger Entdeckung neuer Anzeigen einzustellen, und der Angeschuldigte, wenn er verhaftet war, in Freiheit zu setzen ¹⁾).

¹⁾ Bedenklich scheint es mir, gegen einen solchen einstweilen Entbundenen policeiliche Sicherheitsmafsregeln, in sofern sie die Freiheit beschränken, zur Hand zu nehmen. Unter Umständen — und wer verbürgt die Zukunft? — könnte jener Grundsatz, als Gesetz ausgesprochen, der persönlichen Freiheit sehr gefährlich werden.

R e g i s t e r.

	Art.		Art.
Abbitte und Ehrenerklärung	49	Blutschande	437
Abtreibung der Leibesfrucht	353	Brandstiftung	264
Adel, dessen Anmaafung	255	Brandzeichen	540
— Verlust desselben	29	Bücher- u. s. w. Nachdruck	520
Altersschwäche	120. 163	Bürgerpflichten	229
Amtsehre, Beleidigung derselben	208	Censur	433
Amtsgewalt	573	Confiscation	13
Amtsvergehungen	547	Contracte, wucherliche,	510
Amtsverschwiegenheit	584	Critiken, literarische,	428
Angebungen, falsche,	319	Curatoren	514
Anmaafung des Adels	255	Denunciationen, falsche,	319
— eines Staatsamts	254	Diebstahl	454
Anstifter	78. 83	— gefährlicher	480
Auflauf	226	— wiederholter	485
Aufbruch	219	— großer u. kleiner	468
Aussetzung der Kinder	361	— ausgezeichneten	472
Auszüge aus Verlagsbüchern	521	Dienstentlassung	42
Bande	97	Dienstentsetzung	33
Bankerott	324	Drohungen	540
Befehl zur Begehung eines Verbrechens	123	Duell	231
Befreiung eines Gefangenen	243	Ehe, erzwungene,	397
Begnadigung	178	— mehrfache,	416
Begünstigung des Verbrechens	112	Ehebruch	412
Bekanntmachung der Strafen	51	Ehegatten	460
Beihülfe, Strafe ders.	105	Ehescheidung	31
Beschädigung	541	Ehrenkränkungen	417
Bestechung	249. 567	Einkerkerung	398
Bestrafung, peinliche, Begriff	2	Entführung	405
Betrug	502. 514. 515. 518	Entschädigung	49
Bevollmächtigte	514	Erben	136
Blödsinn	120	Erlaubnifs des Beschädigten	124
		Ernährungspflicht	365
		Erpressung	538
		Fälschung	566
		— der Urkunden, Siegel u. s. w.	284 f. 504
		Fahrlässigkeit	55
		Fallende Sucht	164
		Familienrechte, Unterdrückung derselben	410

	Art.		Art.
Familienstand, Anmaafung		Meineid	303
desselben	411	Menschenraub	400
Feinde	6	Milderung der Strafe. . . .	146
Festungsstrafe	34	Mißbrauch der Amtsge-	
Fischdiebstahl	478	walt	549
Frauenspersonen	143	Mißgeburt	349
Fremde, Bestrafung der-		Mißhandlung der Vorge-	
selben	5. 7	setzten	377
Freiheit, Beeinträchtigung		Miterben	457
derselben	393	Mord	338
Gefangne 243 f.	554	Münzbediente	583
Gefängnißstrafe	34	Münzfälschung	290
Geheimnisse, Verletzung .	320	Nachdruck	520
Gehülfe bei einem Verbre-		Niederkunft, hülflose, . .	358
chen 80.	101	Nöthigung	393
Geldstrafe	46	Nothstand	132
Gemeinde, Verbrechen ei-		Nothwehr	126
ner	87	Nothzucht	384
Gerichtsdienner	560	Pfandgläubiger	458
Geschenk	569	Plagiate }	428
Gesellschafter	457	Polygamie	416
Gesundheitsanstalten, Ver-		Prediger	230
letzung derselben	280	Rädelsführer	92
Gewalthätigkeit, öffentli-		Raub	529
che	256	Raufhandel	342
Gewerbe, Verlust . . . 14.	116	Rechnungsbeamte	581
Gift, Beschädigung durch .	375	Religionsstörung	258
Gottesdienst, Störung . . .	260	Reichsthaler, Bedeutung . .	469
Gotteslästerung	258	Retorsion	429
Handwerker, Meutereien .	227	Rückfall	174
Hausdiebstahl 461.	474	Schändung	387
Hausfrieden, Störung des,	262	Schatz	500
Hehlerei	115	Schlägerei	842
Hochverrath	183	Scheintodte	352
Holzdiebstahl	477	Schwächung	444
Injurien	422	Selbstödtung	366
Karren, der große, . . . 15.	17	Selbstverstümmelung	379
— der kleine,	18	Seelenkrankheit . . . 120.	162
Kinder	153	Sodomie	447
Kindesmord	343	Spion	188
Körperverletzung	368	Staatsbeamte	546
Komplot	89	Staatspapiere, Verfälschung	
Krankheit, venerische, . . .	376	der	300
Krankheiten, Verbreitung		Staatsicherheit	194
derselben	276	Staatsverfassung, Herabwür-	
Kuppelei	452	digung der	207
Landesverrath	187	Staatsverweser	201
Landesverweisung	32	Strafen 9.	11
Leichen-Diebstahl	479	Straflosigkeit 118 f.	133
Leichname	8	Stempel, falsche,	287
Leibesfrucht	351	Steuern	572
Majestäts-Beleidigung . . .	197	Steuerbetrügereien	512

	Art.		Art.
Subordination	585	Vergiftungen	276 f. 339
Suspension vom Amte . . .	43	Vergreifung	580
Taubstumme	120	Verjährung	137
Stimmen	572	Verläumdung	417
Theilnehmer an einem Ver-		Verlassung Hülfloser . . .	361
brechen	76	Verlorene Sachen	494
Theurung, Herbeiführung		Versuch eines Verbrechens	65
derselben	282	Verwalter	514
Tod, der bürgerliche, . . .	16	Verweis	45
Tödtung	335	Viehseuche, Verbreitung	
Todtschlag	340	derselben	279
Tortur	555	Vorenthaltung	490
Treulosigkeit	566	Vormünder	323. 514
Ueberschwemmung, verur-		Vorsatz, bösslicher,	52
sachte	275	Vortheile, unerlaubte, . . .	571
Unterschlagung	487 f. 580	Wächter und Wärter	560
Untersuchungsbehörden . .	552	Waffen, Bedeutung des	
— richter	555. 557	Worts	216
Untersuchungs-Haft	165	Wilddiebstahl	478
Untreue	323	Willen, Gesetzwidrigkeit .	145
Unwissenheit	121	Wollust, widernatürliche,	447
Unzucht	449	Wucher	511
Urheber eines Verbre-		Würden, Verlust ders. . . .	29
chens	78	Zinsbestimmung	509
Verbrechen, Begriff	2	Züchtigung, körperliche . .	12
— Vollendung	62	Zuchthaus	22
— deren Zusam-		Zunftrechte, Verlust	30
menfluß	167	Zumessung der Strafe . . .	142
Verbrecher, jugendliche . .	157	Zunft oder Corporation . .	87
Vergehungen, Polizei- . . .	4	Zwangsarbeit	22
Vergewaltigung	378	Zweikampf	231

In demselben Verlage ist erschienen :

Darstellung
aus meinem Leben

und

aus meiner Zeit.

Von

Friedrich Karl von Strombeck.

In zwei Theilen.

Preis: 2 Thlr. 8 Ggr.

